

Professor Paul Witt

Christina Krause, M.A.

Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl



UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES

**Warum wird der Beruf der
Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters von
potenziellen Kandidatinnen und
Kandidaten als „familienfeindlich“
wahrgenommen mit der Folge, dass
scheinbar immer weniger qualifizierte
Kandidatinnen und Kandidaten,
insbesondere wenige Frauen, sich
bewerben?**

Empirisches Fachprojekt von Studierenden der Hochschule für
öffentliche Verwaltung Kehl
2013 / 2014



Hintere Reihe von links nach rechts: Patricia Wiedenmann, Julia Kappenstein, Mirjam Armbruster, Sarah Gericke, Christina Krause, M. A.
Vordere Reihe von links nach rechts: Professor Paul Witt, Celia Mellert, Lisa Strohäcker, Selina Pfeifer, Jessica Entreß, Thorsten Daubenmthaler, Jan Sachs, Stephanie Schwab

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	- 1 -
2. Ergebnisse der Befragung der Bürgermeister/innen	- 3 -
2.1 Steckbrief.....	- 3 -
2.1.1 Wie alt sind Sie?	- 3 -
2.1.2 Wie lange sind Sie schon Bürgermeister/in?.....	- 4 -
2.1.3 Gehören Sie einer Partei an? Wenn ja, welcher?	- 5 -
2.1.4 Wie viele Einwohner hat die Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?	- 7 -
2.1.5 Zu welchem Regierungsbezirk gehört die Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?	- 8 -
2.1.6 Wohnen Sie in der Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind? ..	- 9 -
2.1.7 Haben Sie neben Ihrem Amt als Bürgermeister/in noch andere berufliche oder ehrenamtliche Verpflichtungen (wie z. B. Kreistagsmandat, Verbandsvorsitz)?	- 9 -
2.2 Amtsbezogene Fragen	- 10 -
2.2.1 Was hat Sie motiviert, Bürgermeister/in zu werden und was motiviert Sie heute?.....	- 10 -
2.2.2 Wie viele Tage pro Woche arbeiten Sie normalerweise?.....	- 13 -
2.2.3 Wann beginnt morgens normalerweise Ihr Arbeitstag und wann endet er abends?	- 14 -
2.2.4 Wie oft haben Sie ein freies Wochenende?	- 15 -
2.2.5 An wie vielen Sitzungen nehmen Sie durchschnittlich pro Monat teil und wie lange dauern diese?	- 17 -
2.2.6 Man weiß, dass Bürgermeister/innen viele Repräsentationspflichten haben. Wie viel Zeit verwenden Sie durchschnittlich pro Woche für solche?	- 18 -
2.2.7 Wäre es möglich, dass Sie einige Repräsentationspflichten nicht selbst wahrnehmen, sondern an einen Stellvertreter delegieren? Wenn Nein: Warum nicht?	- 18 -
2.2.8 Haben Sie schon einmal Seminare über Zeitmanagement oder zu ähnlichen Themen besucht? Waren diese Seminare hilfreich?	- 20 -
2.2.9 Welche Nachteile sind Ihrer Meinung nach mit dem Beruf des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin verbunden?	- 21 -
2.3 Freizeit/Familie.....	- 21 -
2.3.1 Wie ist Ihr Familienstand?.....	- 21 -

2.3.3 Ist Ihr Ehepartner/Lebenspartner/Ihre Ehepartnerin/Lebenspartnerin berufstätig?	- 23 -
2.3.4 Empfinden Sie die zeitliche Beanspruchung durch Ihren Beruf als belastend?	- 23 -
2.3.5 Denken Sie, dass es Ihre Familie belastet, dass sie durch Ihr Bürgermeisteramt ständig in der Öffentlichkeit steht?	- 24 -
2.3.6 Würden Sie gerne mehr Zeit mit Ihrer Familie verbringen?	- 26 -
2.3.7 Lässt Ihnen Ihr Beruf auch manchmal Zeit für außerberufliche Sozialkontakte oder Hobbies?	- 27 -
2.3.8 Können Sie in Ihrer Freizeit abschalten oder müssen Sie als Bürgermeister/in ständig erreichbar sein? Wie sehr belastet Sie das? ..	- 28 -
2.3.9 Wie viel Zeit haben Sie im Jahr, um in Urlaub zu fahren? Müssen Sie auch während des Urlaubs ständig erreichbar sein? Wie sehr belastet Sie das?	- 29 -
2.3.10 Denken Sie, dass Sie die für Ihr Amt angemessene Wertschätzung durch die Bürger erfahren?	- 33 -
2.3.11 Warum gibt es Ihrer Meinung nach so wenige Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg?	- 35 -
2.3.12 Warum bewerben sich Ihrer Meinung nach so wenige Kandidaten? ..	- 40 -
3. Einschätzungen und Aussagen von Familienangehörigen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern	- 42 -
4. Bürgerbefragung	- 44 -
4.1 Alter	- 44 -
4.2 Geschlecht	- 45 -
4.3 Gemeindegröße	- 45 -
4.4 Wie zufrieden sind Sie mit der Gemeindepolitik in Ihrer Gemeinde? ..	- 46 -
4.5 Wie informieren Sie sich über das Geschehen in Ihrer Kommune? ...	- 48 -
4.6 Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Bürgermeister/ Ihrer Bürgermeisterin? ...	- 48 -
4.7 Sind Sie mit der Häufigkeit des Auftretens Ihres Bürgermeisters/ Ihrer Bürgermeisterin zufrieden?	- 51 -
4.8 Würden Sie auf Veranstaltungen einen Stellvertreter akzeptieren? ...	- 53 -
4.9 Wie viele Wochenstunden, schätzen Sie, arbeitet Ihr Bürgermeister/ Ihre Bürgermeisterin?	- 55 -
4.10 Was erwarten Sie von Ihrem Bürgermeister/ Ihrer Bürgermeisterin? ..	- 56 -
4.11 Halten Sie das Amt des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin für familienfreundlich?	- 57 -
4.12 Verbesserungsvorschläge für ein familienfreundlicheres Bürgermeisteramt	- 59 -

5. Stellungnahme von Parteien, Verbänden und sonstigen Institutionen	- 60 -
6. Fazit	- 64 -
7. Literaturverzeichnis	- 67 -
Anhang.....	- 69 -
Anhang 1: Fragebogen für Bürgermeister/innen.....	- 69 -
Anhang 2: Fragebogen für Bürger/innen	- 71 -

1. Einleitung

„In den vergangenen 20 Jahren ist die Zahl der Bürgermeisterinnen im Land drastisch angestiegen. Waren es 1994 gerade vier Damen an der Rathauspitze, sind es laut dem Gemeindetag Baden-Württemberg aktuell schon 53¹“, so titelte die Stuttgarter Zeitung am 19.02.2014.

Dennoch stellt Baden-Württemberg in Bezug auf den Frauenanteil in politischen Führungsebenen noch immer das Schlusslicht dar. Erkennbar ist dies auch daran, dass es hierzulande gerade einmal 5% Bürgermeisterinnen im Amt gibt. In Anbetracht der Tatsache, dass es an den sogenannten „Bürgermeisterschmieden“, den Hochschulen für öffentliche Verwaltung des Landes Baden-Württemberg in Kehl und Ludwigsburg, in den letzten Jahren fast doppelt so viele weibliche wie männliche Absolventen gibt, erstaunt diese Zahl doch sehr.

Deshalb wurde folgende Fragestellung untersucht: **„Warum wird der Beruf der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters von potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten als „familienfeindlich“ wahrgenommen mit der Folge, dass scheinbar immer weniger qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten, insbesondere wenige Frauen, sich bewerben?“**

Hierzu wurden in der vorliegenden Untersuchung Gründe gesucht, diese analysiert und versucht, Lösungsmöglichkeiten zu erkennen, aber auch zu formulieren.

Der geringe Frauenanteil könnte daraus resultieren, dass der Bürgermeisterberuf als familienfeindlich angesehen wird. Jedoch halten auch v.a. jüngere männliche Bewerber das Amt des Bürgermeisters für überwiegend familienfeindlich. Dadurch zeichne sich auch die Entwicklung ab, dass es unter den männlichen Kandidaten weniger qualifizierte Bewerber gebe; so jedenfalls die Einschätzung eines nicht unerheblichen Anteils der männlichen Bewerber.

Im ersten Schritt dieses Projektes wurde analysiert, welche Ursachen der These zugrunde liegen, aufgrund derer der Bürgermeisterberuf als nicht oder nur schwer mit der Familie vereinbar angesehen wird. Anschließend wurde seitens der Projektgruppe versucht, die Verbesserungspotenziale hinsichtlich der vorliegenden Problemlage aufzudecken und herauszukristallisieren.

Hierzu wurden in ganz Baden-Württemberg 35 Bürgermeister/innen aus unterschiedlich großen Gemeinden und Städten kontaktiert und anhand identischer Fragestellungen zu verschiedenen thematischen Komplexen befragt.

Um ein möglichst umfassendes Bild der Situation in Baden-Württemberg zu erhalten, wurden zusätzlich zu den Bürgermeister/innen auch 139 Bürger/innen befragt. Hierbei wurde der unterschiedlichen Gemeindegröße Rechnung getragen. Abschließend wurden verschiedene Parteien, Verbände und Institutionen in Baden-Württemberg kontaktiert, um sie zu dieser Thematik zu befragen.

¹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommunen-in-baden-wuerttemberg-immer-mehr-buergermeisterinnen.8bf3aeb9-eef9-47a1-9ab7-4cdb5789bd31.html>, 22.04.2014

Hinweis:

Zur Wahrung der Anonymität der Beteiligten, vor allem der Bürgermeister/innen, werden weder Angaben zu konkreten Personen, noch zu konkreten Gemeinden gemacht. Persönliche Begründungen, soweit sie Bestandteil der Untersuchung waren, wurden verallgemeinert.

2. Ergebnisse der Befragung der Bürgermeister/innen

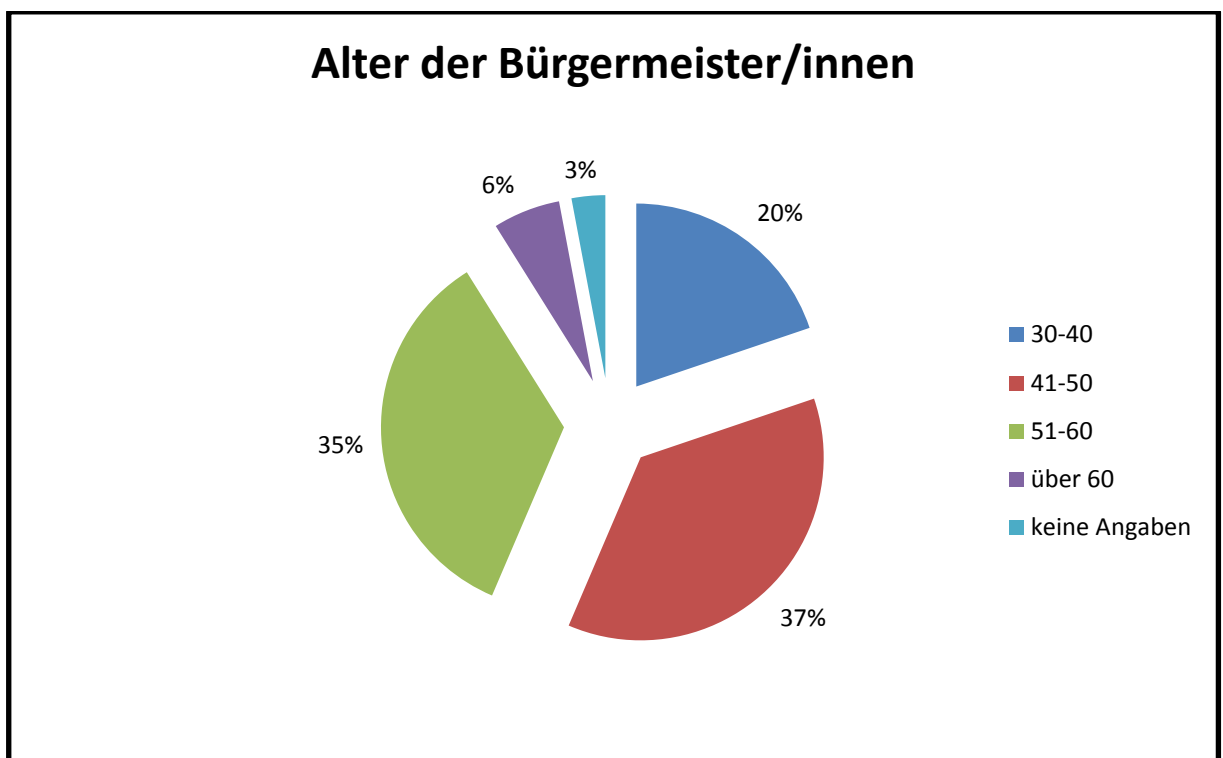
Der Fragebogen für die Bürgermeister/innen wurde in 3 Fragebereiche unterteilt:

1. Steckbrief:
Kurzer Überblick über die persönliche Situation der befragten Bürgermeister/innen (unterteilt in 8 Kategorien)
2. Amtsbezogene Fragen:
Fragen zur Motivation für die Amtsausübung, zum Zeitaufwand insgesamt sowie für spezielle Tätigkeiten
3. Freizeit/Familie:
Fragen zur Freizeitgestaltung und zum Familienleben der Bürgermeister/innen

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung vorgestellt.

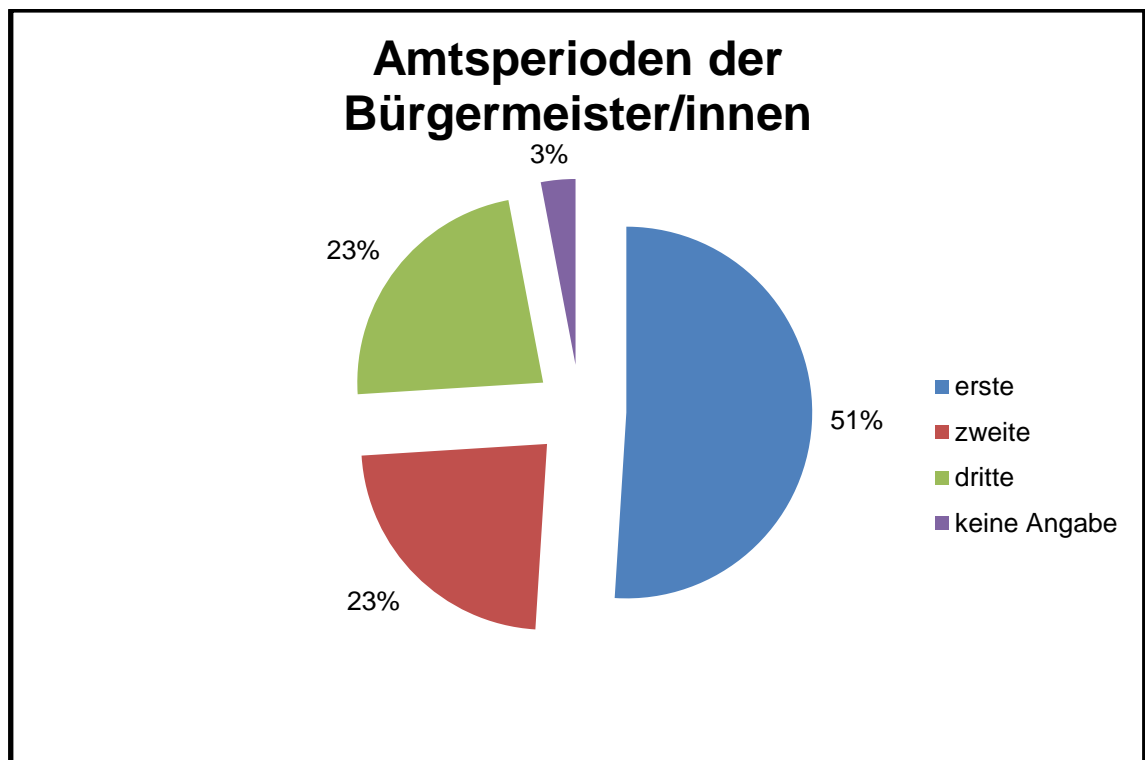
2.1 Steckbrief

2.1.1 Wie alt sind Sie?



Es wurden Bürgermeister/innen aus allen Altersstufen ausgewählt. Das Alter der befragten Bürgermeister/innen beläuft sich im Durchschnitt auf 48 Jahre. Zwischen 30-40 Jahre lagen 7 (20%), zwischen 41-50 Jahre lagen 13 (37%) und zwischen 51-60 Jahre lagen 12 (34%) der Befragten. Über 60 Jahre lagen 2 der Befragten (6%). Eine Person machte keine Angabe zum Alter (3%).

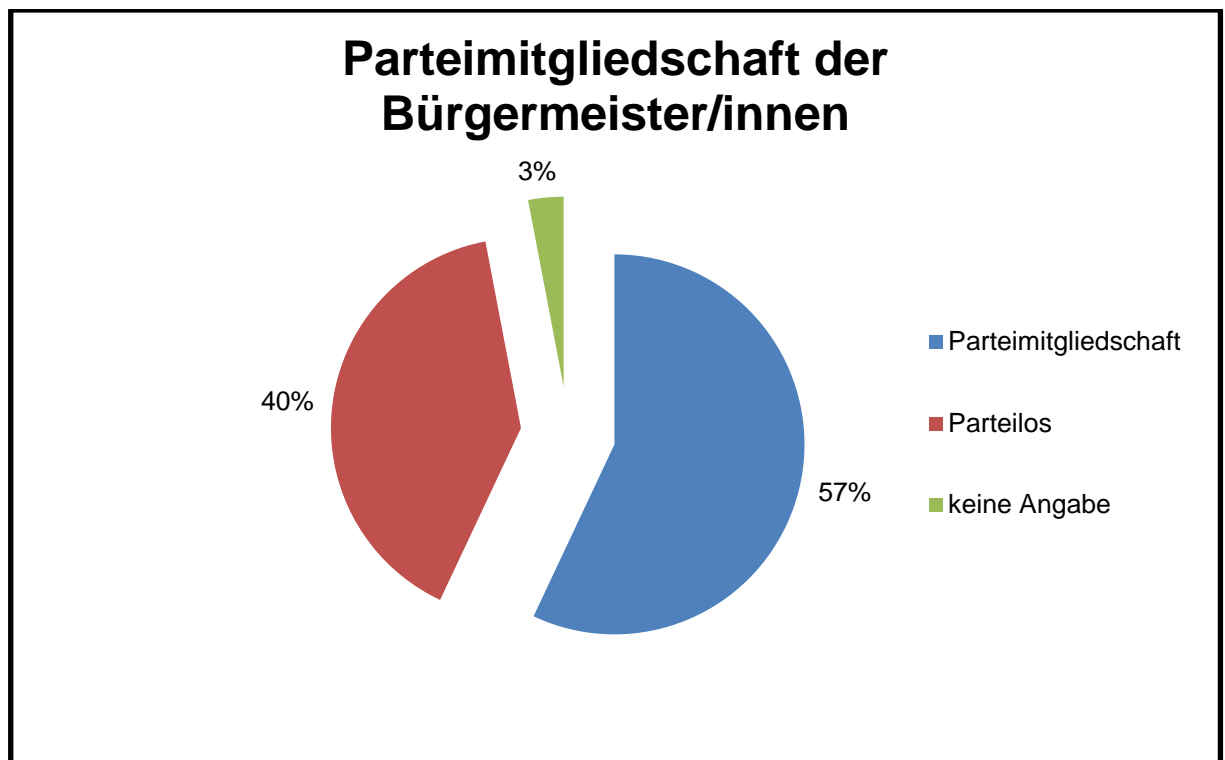
2.1.2 Wie lange sind Sie schon Bürgermeister/in?



Die Frage, in welcher Amtsperiode sich die Bürgermeister/innen befinden, war für die Untersuchung wichtig, da sich hieraus bestimmte Antworten der Befragten (z.B. zum Umgang mit Medien oder dem Thema Wiederwahl) erklären lassen.

Die befragten Bürgermeister/innen waren zum Teil bereits in der zweiten (23%) oder dritten (23%) Amtsperiode. Der größte Teil war jedoch in der ersten Amtsperiode (51%). Auch hierzu hat ein Befragter keiner Angaben gemacht (3%).

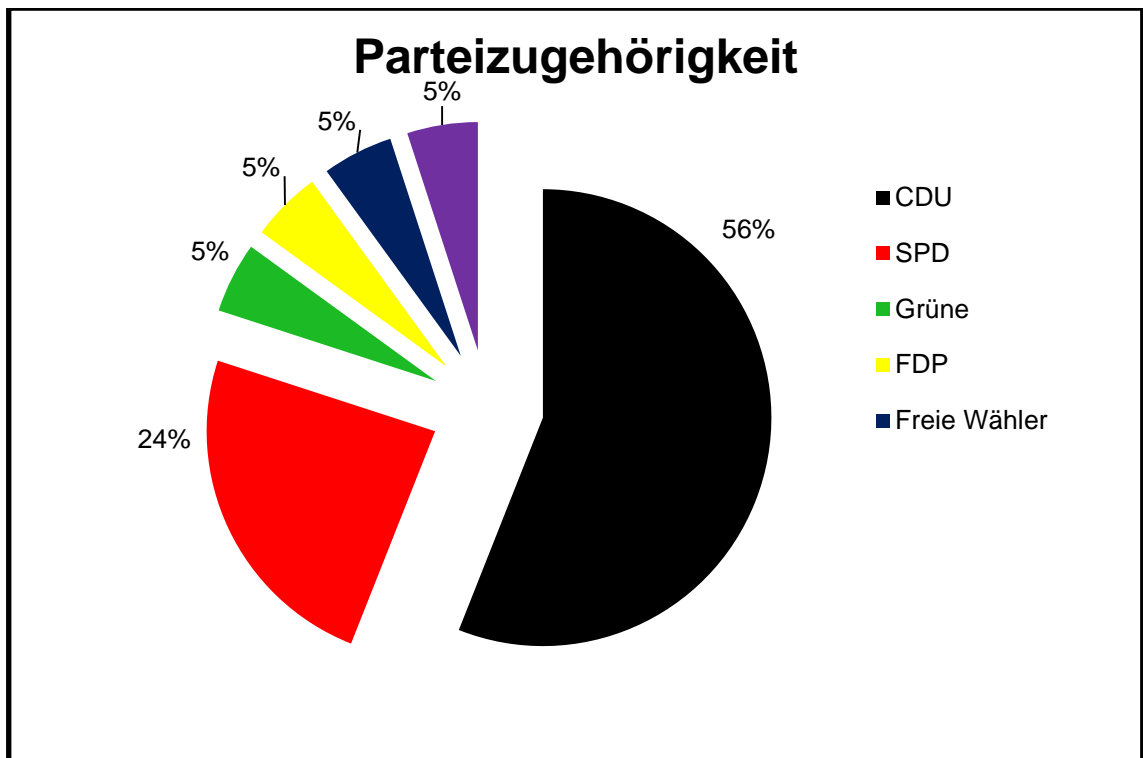
2.1.3 Gehören Sie einer Partei an? Wenn ja, welcher?



Vierzehn der befragten Bürgermeister/innen gehörten keiner Partei an (40%). Eine Mehrheit von 20 Bürgermeistern/innen gab an, Mitglied in einer Partei zu sein (57%). Ein Befragter machte auch hierzu keine Angaben. Hieraus ergibt sich, dass eine Parteizugehörigkeit für eine erfolgreiche Wahl zum/zur Bürgermeister/in nicht notwendig ist.² Deutlich wird auch, dass es wichtiger ist, eine Unterstützerguppe zu finden. Nur bei größeren Gemeinden ist auch nach der Befragung zu erkennen, dass eine Parteizugehörigkeit von Vorteil ist.

Bei Bürgermeister/innen, die angaben, Mitglied einer Partei zu sein, wurde nach der Parteizugehörigkeit gefragt. Die Befragung ergab folgendes Ergebnis:

² Frei, Thorsten: Motivation zur Kandidatur und Umsetzung im Wahlkampf – Eine Darstellung entlang eigener Wahlkampfverfahren, in: Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister: Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg Verlag, Stuttgart 2010, S. 142f. und 159

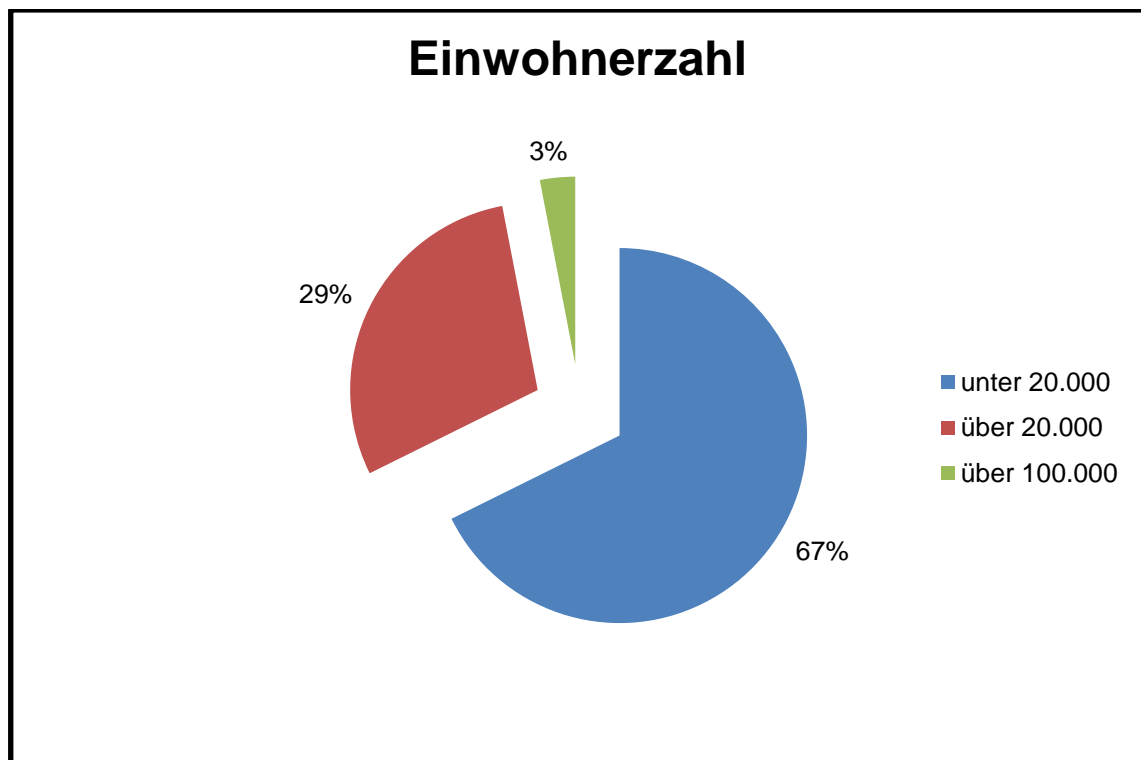


Als Parteizugehörigkeit gaben 56% an, der CDU anzugehören. 24% gehörten der SPD an. Jeweils 5% der Befragten gehörten zu Bündnis 90/Die Grünen, FDP und den Freien Wählern.

Die Befragung entspricht in diesem Punkt dem Ergebnis anderer Studien³.

³ Holtkamp, Lars: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit), VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage, Wiesbaden 2008, S. 193;
 Schröter, Susanne: Pressemitteilung zum Bürgermeistertag 2014, 14.03.2014, „Parteilos – kommunal – souverän – Eine beachtliche politische Kraft“, http://www.der-buergermeistertag.de/downloads/pressemitteilung_140314.pdf, 22.04.2014
 Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt?, 2.Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2008, S.55f.

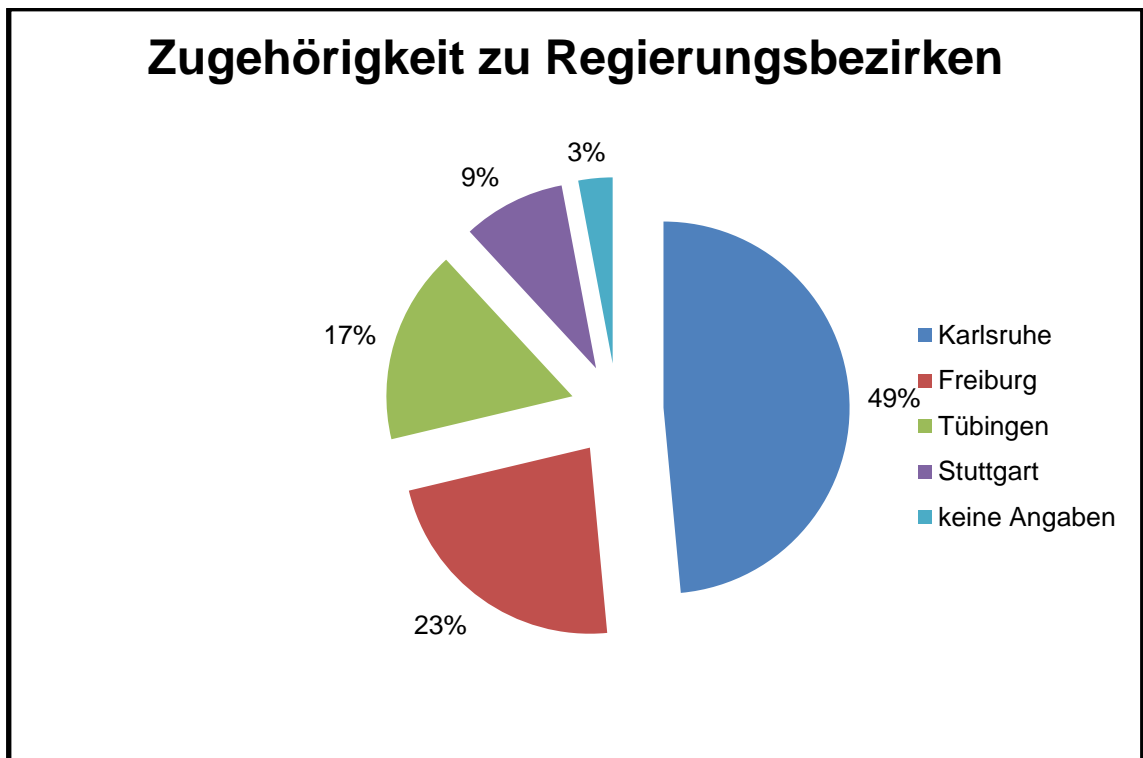
2.1.4 Wie viele Einwohner hat die Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?



Zur Anonymisierung der Daten wurden drei Gruppen von Gemeindegrößen festgelegt. Um eine repräsentative Befragung zu gewährleisten und das ungefähre Verhältnis der Gemeindegrößen in Baden-Württemberg abzubilden⁴, wurden 24 (69%) Bürgermeister/innen in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, zehn Bürgermeister/innen (28%) in Gemeinden über 20.000 Einwohner sowie ein/e Bürgermeister/in (3%) in einer Gemeinde über 100.000 Einwohnern befragt.

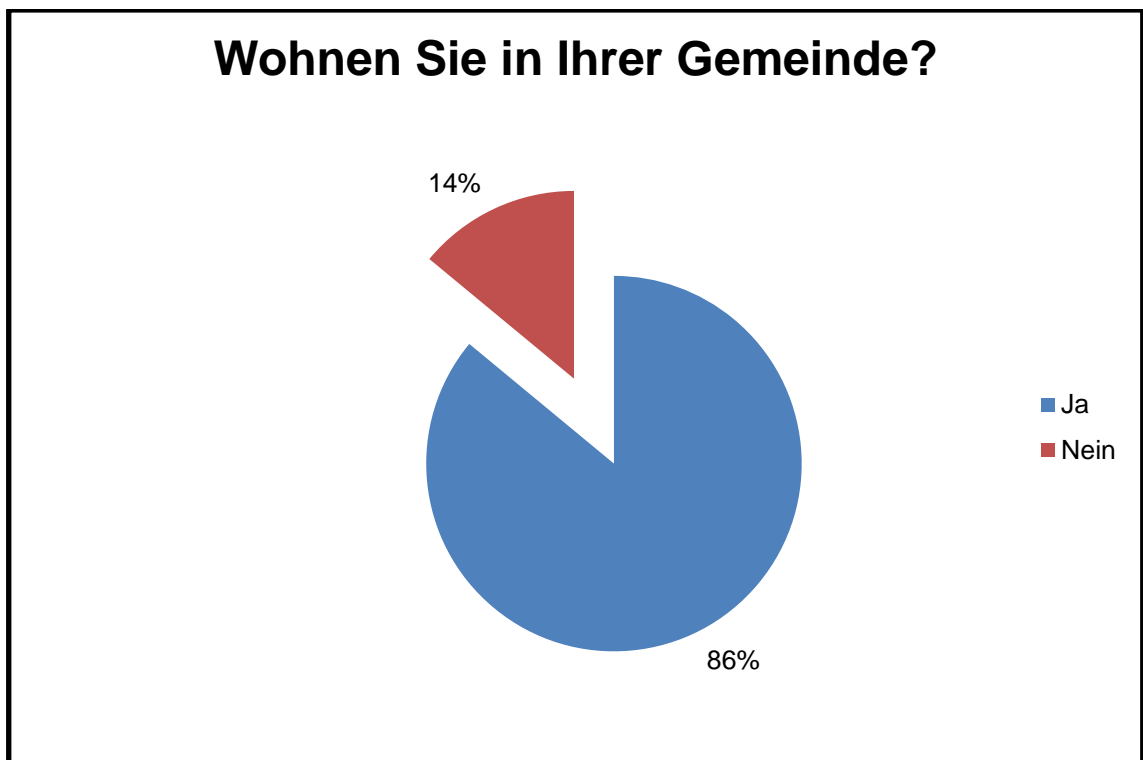
⁴ Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung - Eine policyorientierte Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaft/ GWV Fachverlage, Wiesbaden 2013, S. 24f.

2.1.5 Zu welchem Regierungsbezirk gehört die Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?



Die meisten Bürgermeister/innen (49%) wurden im Regierungsbezirk Karlsruhe befragt. Im Regierungsbezirk Freiburg wurden 8 Befragungen durchgeführt (23%) und im Regierungsbezirk Tübingen 6 (17%). Drei Befragte kamen aus dem Regierungsbezirk Stuttgart (8%). Auch hier wurden von einem Befragten keine Angaben gemacht (3%).

2.1.6 Wohnen Sie in der Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?



Der größte Teil (86%) der befragten Bürgermeister/innen gab an, in der eigenen Gemeinde zu wohnen. Nur 5 Befragte (14%) wohnen außerhalb ihrer Gemeinde, beabsichtigen jedoch teilweise, bald dorthin zu ziehen.

2.1.7 Haben Sie neben Ihrem Amt als Bürgermeister/in noch andere berufliche oder ehrenamtliche Verpflichtungen (wie z. B. Kreistagsmandat, Verbandsvorsitz)?

Allgemein bekannt ist, dass die meisten Bürgermeister/innen trotz der zeitlichen Belastung, die ihr Amt mit sich bringt, meist noch weitere berufliche oder ehrenamtliche Verpflichtungen haben. Bei der Untersuchung lag es nahe, danach zu fragen, wie viele solcher Verpflichtungen die Bürgermeister/innen nachgehen.

Es ergab sich ein Durchschnitt von ca. 4 solcher Tätigkeitsfelder pro Befragtem. Eine genaue Berechnung des Durchschnitts war jedoch nicht möglich, da viele Befragte nur einige ihrer Ämter angaben und keine genaue Zahl nannten. Zu vermuten ist, dass der eigentliche Durchschnitt höher liegen dürfte. Zwei Befragte gaben an, kein weiteres Amt neben dem Bürgermeisteramt zu bekleiden, während der Höchstwert bei 15 weiteren Verpflichtungen lag.

Wie nicht anders zu erwarten, sind die meisten dieser Verpflichtungen amtsbezogen, so gaben einige Befragte ohne weitere Details zu nennen an, dass sie einige weitere Ämter bekleiden würden, die alle amtsbezogen seien. Beispiele hierfür sind der Vorsitz in gemeindeeigenen Stiftungen, in Ortsverbänden wie z.B. dem Deutschen Roten Kreuz sowie in diversen Schul- und Kindergartenausschüssen. Zwar ist kein/e Bürgermeister/in verpflichtet, ein

solches Ehrenamt wahrzunehmen; ein Engagement in dieser Richtung wird aber erwartet. Vierzehn Bürgermeister/innen sind Mitglieder in mindestens einem Zweckverband, in dem sie zumeist auch den stellvertretenden Vorsitz/Vorsitz innehaben.

Auch die Mitgliedschaft in Regionalverbänden und dem Gemeinde- bzw. Städtetag ist weit verbreitet, ebenso die Mitgliedschaft in Organisationen, in denen sie die Interessen ihrer Gemeinde vertreten können.

Achtzehn Bürgermeister/innen haben ein Kreistagsmandat oder streben ein solches in naher Zukunft an; eine Person davon ist parteilos. Gerade die Mitgliedschaft in einer Partei ist hier beinahe zwingend. Siebzehn der 20 Befragten, die Mitglied einer Partei sind, haben auch ein Kreistagsmandat. Dies führt teilweise zusätzlich zu weiteren Verpflichtungen wie z.B. dem Vorsitz in Parteigremien. Welcher Partei man angehört, spielt hierbei keine Rolle.

Es lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass das Bürgermeisteramt in aller Regel weitere Verpflichtungen mit sich bringt. Die zeitliche Belastung, die für Bürgermeister/innen ohnehin schon beachtlich ist, wird dadurch noch vergrößert. Allerdings verschafft die Wahrnehmung dieser Verpflichtungen den Bürgermeistern/innen wichtige Kontakte und Renommee in der Öffentlichkeit. Daher ist zu vermuten, dass die Bürgermeister/innen gerade in Organisationen, die eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung der Interessen ihrer Gemeinde spielen, selbst vertreten sein möchten und diese Aufgabe nicht delegieren wollen.

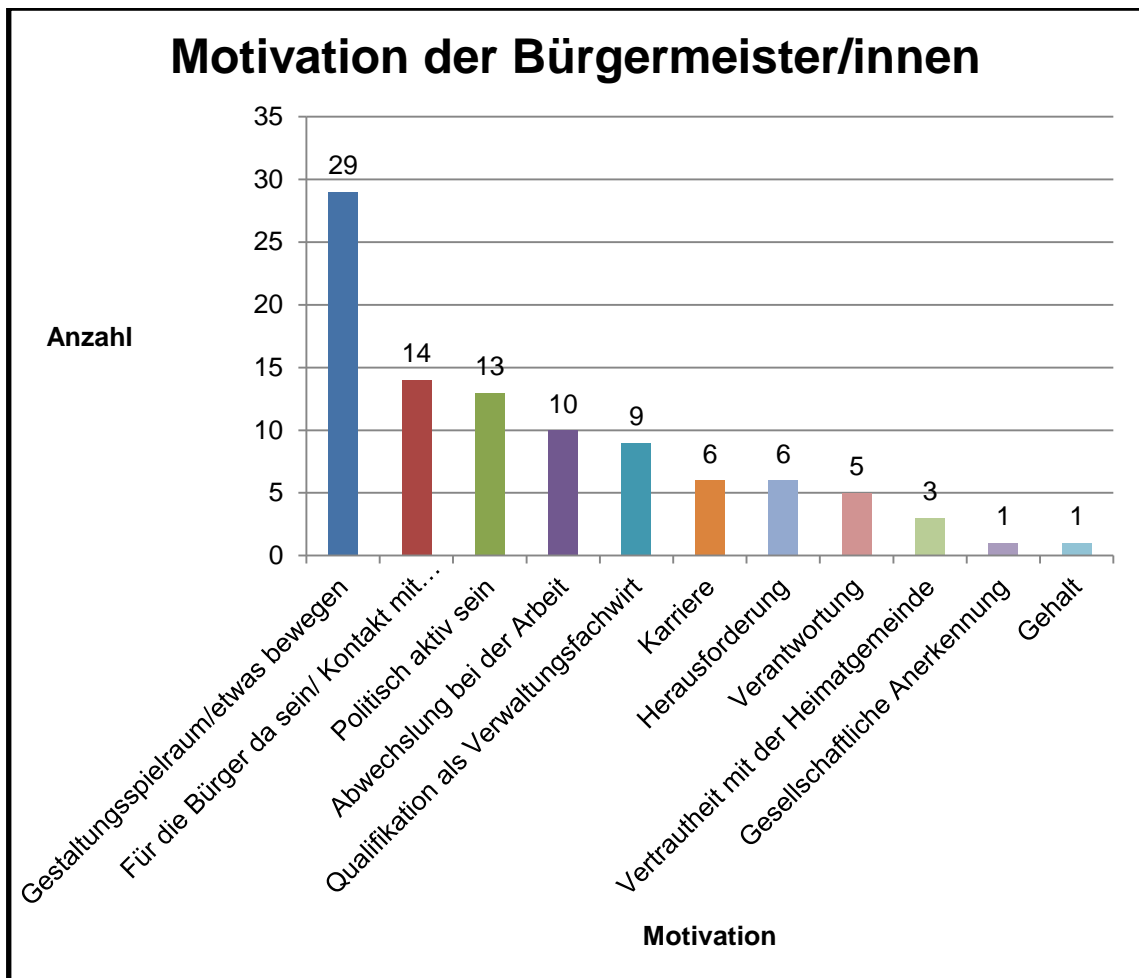
2.2 Amtsbezogene Fragen

2.2.1 Was hat Sie motiviert, Bürgermeister/in zu werden und was motiviert Sie heute?

Da der Bürgermeisterberuf mit sehr viel Aufwand verbunden ist, es aber dennoch bei Bürgermeisterwahlen Bewerber/innen gibt, die ihn ausüben wollen, stellt sich die Frage, was diese dazu motiviert und motiviert hat. Die Frage wurde als offene Frage formuliert, wobei bei der Auswertung die wichtigsten Antworten herausgearbeitet wurden.

Es ist hier zunächst anzumerken, dass die befragten Bürgermeister/innen bei der Beantwortung der Frage kaum auf die Differenzierung zwischen Vergangenheits- und Gegenwartsbezug eingingen. Die Motivation damals zur Kandidatur stimmt also mit der heutigen, das Amt weiter auszuüben weitestgehend überein. Das deutet darauf hin, dass die Befragten bei ihrer Wahl eine ziemlich genaue Vorstellung davon hatten, was sie erwartet.

Im Einzelnen ergab sich folgendes Bild:



Wie auch schon andere Studien zeigten⁵, ist eines der wichtigsten Motive für die Ausübung des Bürgermeisteramtes die Möglichkeit, etwas zu bewegen, bzw. das Geschehen in der Gemeinde nachhaltig zu beeinflussen. Mit 29 Nennungen wurde es mehr als doppelt so oft angegeben wie das Motiv, für die Bürger da zu sein, bzw. Kontakt mit Menschen zu haben (14 Nennungen). Gerade die starke Stellung innerhalb der baden-württembergischen Kommunalverfassung räumt den Bürgermeister/innen hier einen enormen Gestaltungsspielraum ein⁶. Als Leiter der Gemeindeverwaltung, Vorsitzender des Gemeinderates und Vertreter der Gemeinde nach innen und außen hat man als Bürgermeister/in beste Voraussetzungen seine Ideen in die Tat umsetzen und die Entwicklung der Gemeinde steuern zu können.

Auf Platz 2 findet sich „Für die Bürger da sein/ Kontakt mit Menschen“. Auch dies dürfte wenig überraschend sein, da der Beruf des Bürgermeisters von seiner Natur her den Kontakt mit unterschiedlichsten Menschen wie Bürgern, Gemeinderäten oder Vertretern der Wirtschaft mit sich bringt. Außerdem ist naheliegend, dass die direkt gewählten Bürgermeister/innen sich

⁵ Vgl. z. B. Bertelsmann-Stiftung/ Deutscher Städtetag/ Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, 2008, S.31

⁶ Banner, Gerhard: Die baden-württembergische Kommunalverfassung – Ein Modell für Deutschland und Frei, Thorsten: Motivation zur Kandidatur und Umsetzung im Wahlkampf – Eine Darstellung entlang eigener Wahlkampfverfahren in: Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister : Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010

als Vertreter der Bürger/innen sehen und deren Interessen umsetzen wollen. Dies mag auch erklären, warum „Verantwortung“ mit nur 5 expliziten Nennungen relativ selten vorkam, da Verantwortung für die Bürger hier ebenfalls mitschwingt.

Auf Platz 3 liegt mit 13 Nennungen „Politisch aktiv sein“. Da das Amt des Bürgermeisters einen solch großen Gestaltungsspielraum bietet, ist es sicherlich – v.a. für politisch Aktive – verlockend, zumal man als Bürgermeister/in wohl mehr erreichen kann als ein Mitglied des Gemeinderats oder einer Bürgerbewegung. Auch die Tatsache, dass 20 der befragten Bürgermeister/innen Parteimitglieder sind, erklärt, dass das Streben nach politischer Aktivität ein Motiv sein kann. Ferner waren die meisten der Befragten, die dieses Motiv nannten, schon vorher politisch aktiv und sahen das Bürgermeisteramt als nächsten Karriereschritt.

Als nächstes folgt „Abwechslung bei der Arbeit“ mit 10 Nennungen. Das Bürgermeisteramt verlangt Generalisten, keine Spezialisten. Abwechslung ist hier garantiert. Gerade im Vergleich zu anderen Posten in der Verwaltung, aus deren Umfeld viele Bürgermeister/innen stammen, bietet es sicherlich mehr Abwechslungsreichtum als beispielsweise die Arbeit in einem bestimmten Fachbereich.

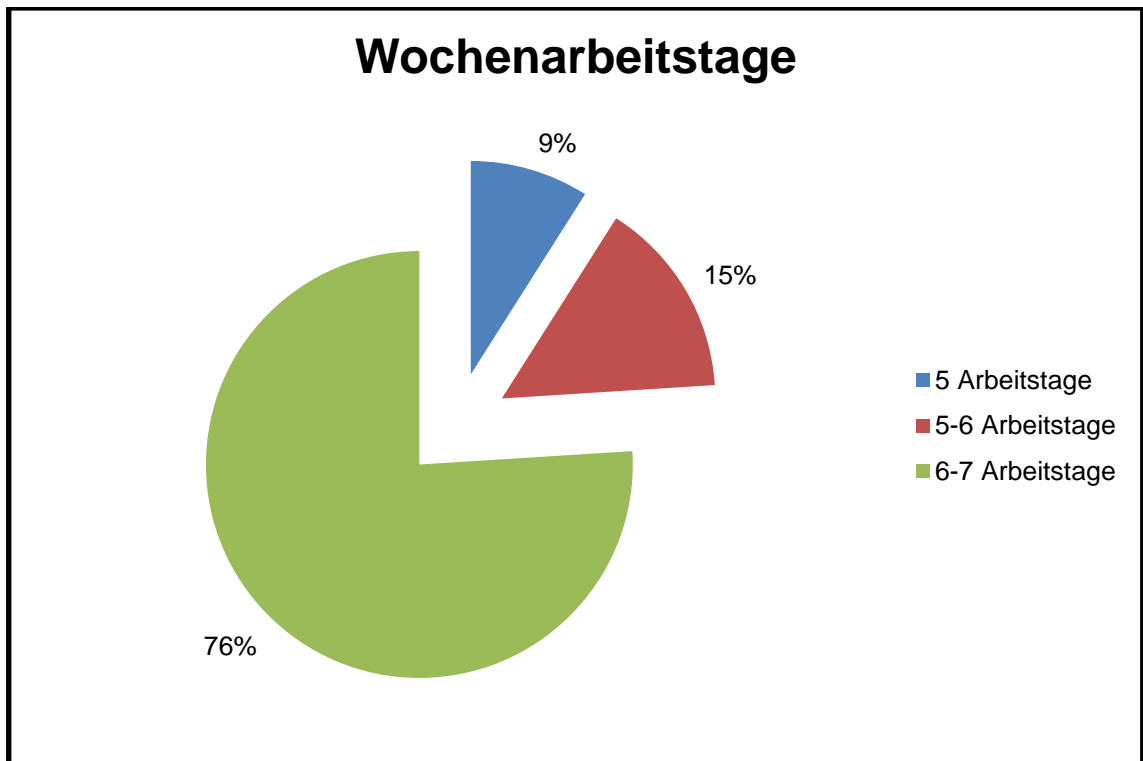
In diesem Zusammenhang kommen als nächste Antwortkategorien „Qualifikation als Verwaltungsfachwirt“ (9 Nennungen) und „Karriere“ (6 Nennungen). Besonders in kleineren und mittelgroßen Gemeinden kommen Bürgermeister/innen oft aus der Verwaltung, haben also ein Studium zum Dipl.-Verwaltungswirt bzw. als Bachelor of Arts – Public Management absolviert. Im Normalfall stellt das Bürgermeisteramt für Menschen mit einer Verwaltungsausbildung den Höhepunkt der Karriereleiter dar, während es für Menschen mit anderer Ausbildung durchaus andere Karrierepfade und finanziell attraktive Alternativen geben mag. So ist es auch nicht all zu verwunderlich, dass „Gehalt“ als eigenständiges Motiv nur einmal genannt wurde, wobei es beim Merkmal „Karriere“ sicherlich auch eine Rolle spielt.

Dass „Vertrautheit mit der Heimatgemeinde“ nur 3 Mal genannt wurde, sollte nicht überraschen, da die meisten Bürgermeister/innen ihr Amt nicht in ihrer Heimatgemeinde antreten. Dies liegt größtenteils daran, dass die Wählerschaft einheimische Kandidaten aufgrund ihrer vermeintlichen Voreingenommenheit nicht unbedingt bevorzugt⁷.

Es lässt sich also feststellen, dass insbesondere die Möglichkeit, etwas zu bewegen bzw. der enorme Gestaltungsspielraum die Bürgermeister/innen motiviert, diesen Beruf zu ergreifen bzw. diesen später lange Zeit auszuüben.

⁷ Wehling, Hans-Georg in: Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister: Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010, S. 43f.

2.2.2 Wie viele Tage pro Woche arbeiten Sie normalerweise?

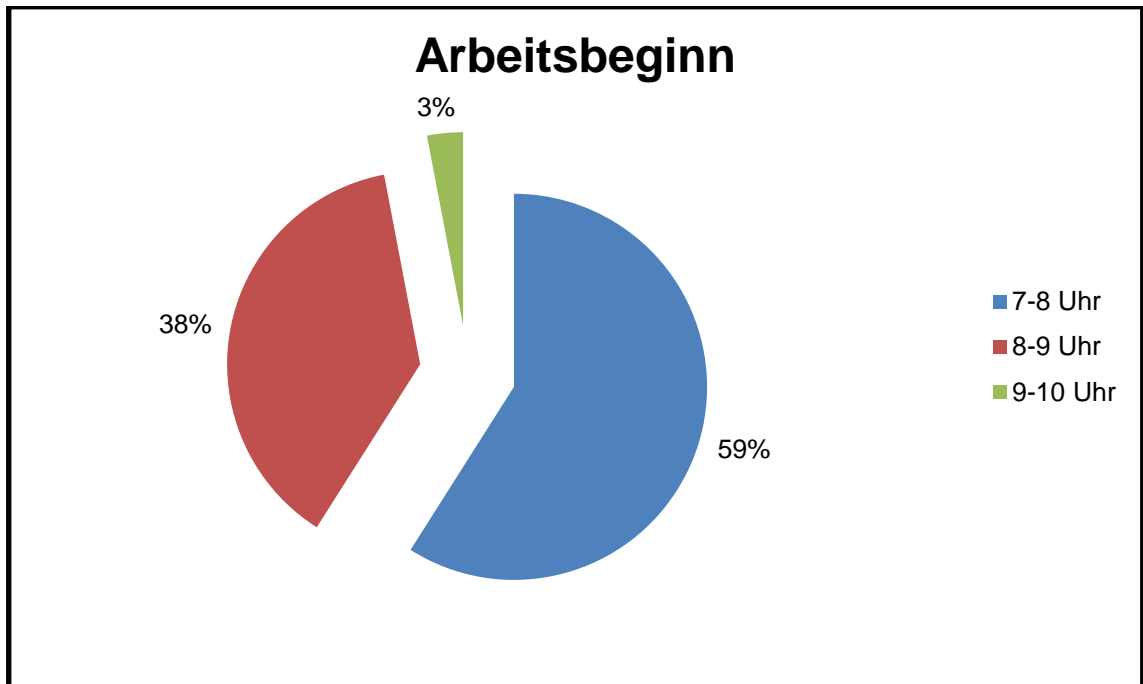


Die Datenerhebung ergab, dass 15% der Befragten 5 Tage und 9% 5 bis 6 Tage pro Woche arbeiten.

76% der Bürgermeister/innen gaben an, eine Arbeitswoche mit 6 bis 7 Tagen zu haben. Dies stimmt mit dem Ergebnis der befragten Bürger überein; danach sind 22,5% der Bürger der Meinung, dass das Amt des Bürgermeisters aufgrund des hohen Zeitaufwandes familienunfreundlich ist.

Insgesamt 85% der Bürgermeister/innen sind laut der Datenerhebung auch an Wochenenden tätig, was auch 10,8% der befragten Bürger bewusst ist (siehe nachfolgende Befragung der Bürger/innen, Kapitel 4.11). Sie gaben an, dass Bürgermeister/innen viele Wochenendtermine haben.

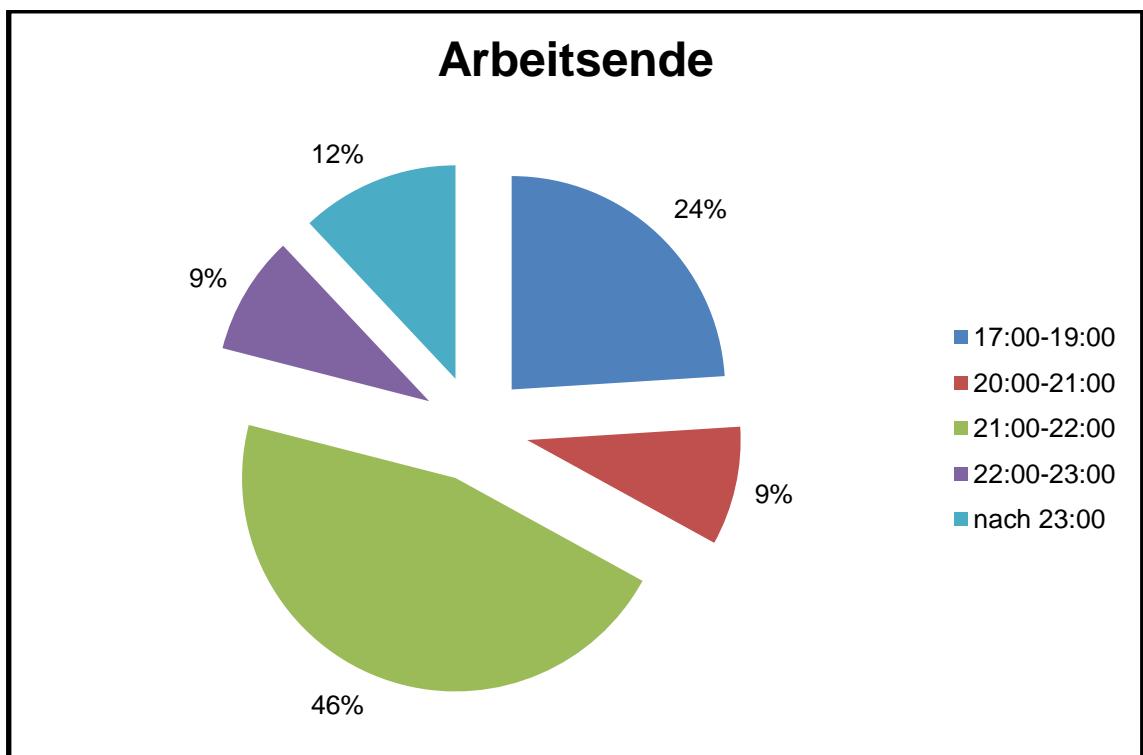
2.2.3 Wann beginnt morgens normalerweise Ihr Arbeitstag und wann endet er abends?



Die Datenerhebung brachte hervor, dass 3% der Befragten zwischen 9 Uhr und 10 Uhr zu arbeiten beginnen.

38% der Bürgermeister/innen starten ihren Arbeitstag zwischen 8 Uhr und 9 Uhr, während 59% der Befragten ihre Arbeit zwischen 7 Uhr und 8 Uhr beginnen.

Der Zeitraum von 7 Uhr bis 10 Uhr bildet eine weite Spanne, was zeigt, dass die Bürgermeister/innen den Arbeitsbeginn flexibler gestalten können.



24% der Befragten gaben an, den Arbeitstag zwischen 17 Uhr und 19 Uhr und 9 % zwischen 20 Uhr und 21 Uhr zu beenden.

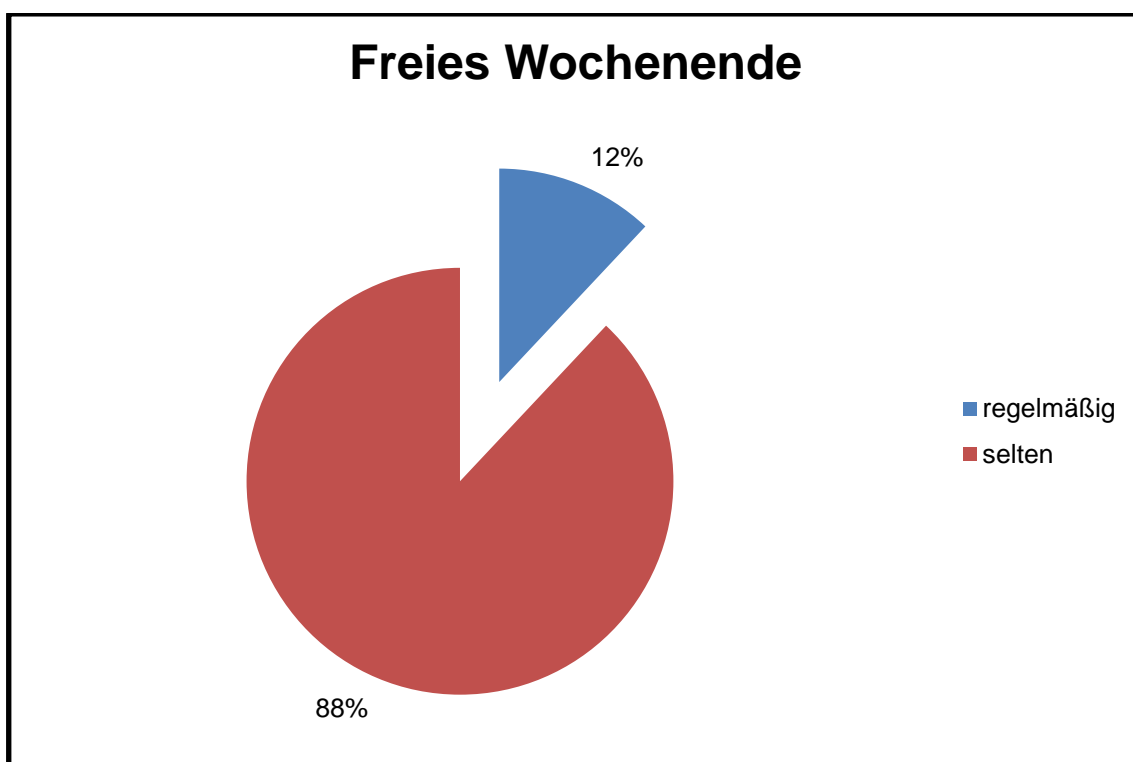
Die Datenerhebung brachte ebenfalls hervor, dass für 46% der Arbeitstag zwischen 21 Uhr und 22 Uhr sowie für 9% zwischen 22 Uhr und 23 Uhr endet.

12% der Befragten beenden ihre Arbeit später als 23 Uhr. Insgesamt 76% beenden ihren Arbeitstag ab 20 Uhr oder später. Dies unterstreicht, dass das Bürgermeisteramt ein spätes Arbeitsende mit sich bringt. Dessen sind sich viele Bürger/innen bewusst. So sind 10,8% der befragten Bürger/innen der Meinung, dass die zahlreichen Abendtermine zur Familienunfreundlichkeit des Bürgermeisterberufs (siehe Kapitel 4.11) führen.

Im Regelfall haben Bürgermeister/innen eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 bis 70 Stunden.⁸ Im Vergleich zu deutschen Manager/innen privatwirtschaftlicher Unternehmen, die laut einer Umfrage des Berufsverbandes „Die Führungskräfte“ 50 Stunden in der Woche arbeiten⁹, erfüllen die Bürgermeister/innen ein deutlich höheres Arbeitspensum.

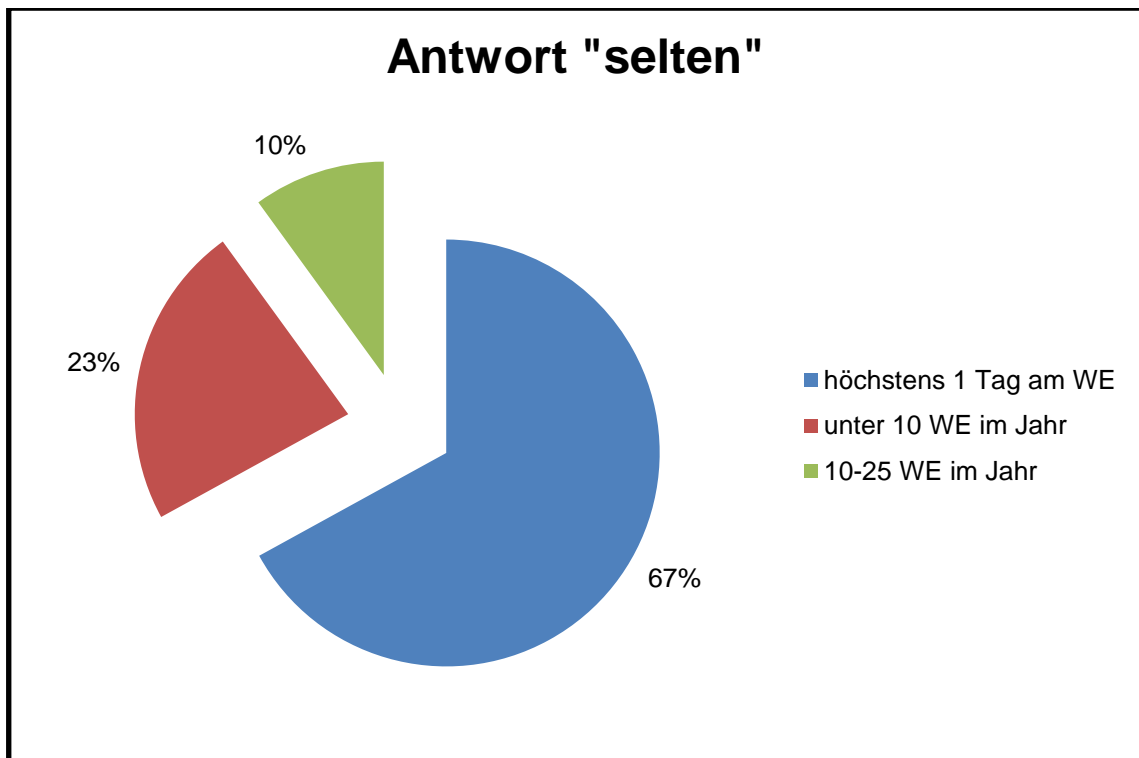
Die befragten Bürger/innen schätzten im Durchschnitt, dass ein/e Bürgermeister/in 56 Stunden in der Woche arbeitet und führten den hohen Zeitaufwand als Grund für die Familienunfreundlichkeit an (siehe Kapitel 4.9).

2.2.4 Wie oft haben Sie ein freies Wochenende?



⁸ Zellner, Hans, Vorsitzender des Verbandes Baden-Württembergischer Bürgermeister e. V., 1998, in Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt?, 2. Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2008, S. 69

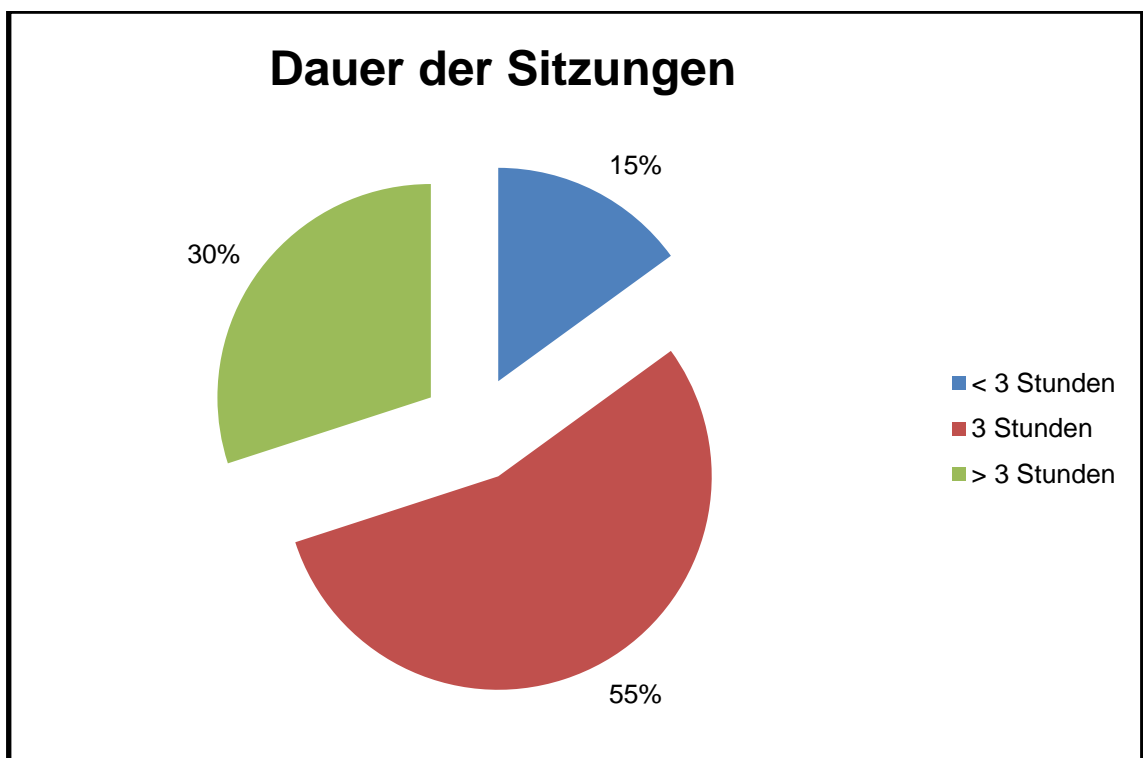
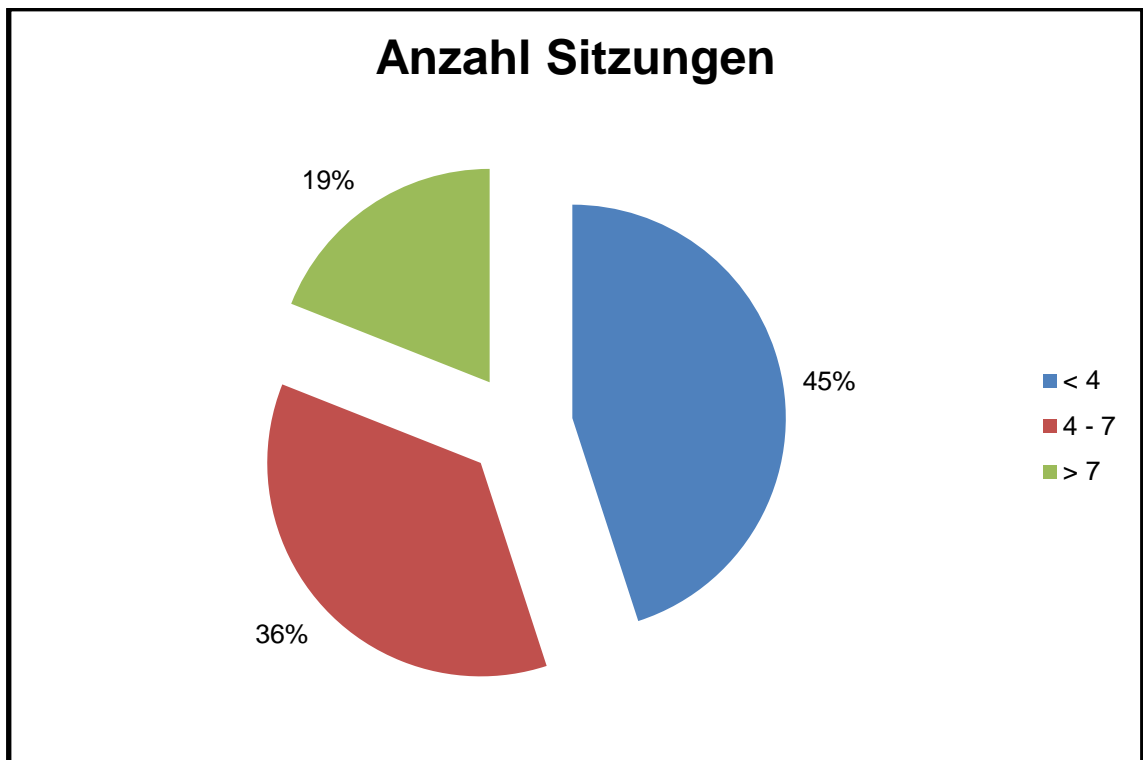
⁹ <http://www.karriere.de/karriere/manager-arbeiten-weniger-165450/>, 03.04.2014



Aus den Antworten ist zu entnehmen, dass die deutliche Mehrzahl der befragten Bürgermeister/innen nur selten ein freies Wochenende hat. Nur 12% sagten von sich selbst, dass sie regelmäßig ein freies Wochenende zur Verfügung hätten. Dabei ist zu erwähnen, dass drei Viertel derjenigen Bürgermeister/innen, welche regelmäßig ein freies Wochenende haben, aus einer Stadt oder Gemeinde kleiner als 20.000 Einwohner kommen. Somit ist die Wochenendbelastung durch zusätzliche Termine in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern deutlich höher als in kleineren Gemeinden. Besonders die Zahl der Repräsentationstermine, welche die Bürgermeister/innen an den Wochenenden wahrzunehmen haben, beispielsweise durch Stadtfeste oder Sportveranstaltungen, sind dort hoch.

Falls die Frage „Wie oft haben Sie ein freies Wochenende“ mit selten beantwortet wurde, unterteilte der Fragebogen nochmals in „höchstens einen freien Tag am Wochenende“, „etwa zehn bis 25 freie Wochenenden im Jahr“ und „unter zehn freien Wochenenden im Jahr“. Dabei ist ersichtlich, dass 67% der befragten Bürgermeister/innen, also die deutliche Mehrzahl, höchstens einen Tag am Wochenende frei hat. 10% der Bürgermeister/innen hat etwa 10 bis 25 freie Wochenenden im Jahr und gut ein Fünftel der Befragten hat sogar weniger als zehn freie Wochenenden im Jahr.

2.2.5 An wie vielen Sitzungen nehmen Sie durchschnittlich pro Monat teil und wie lange dauern diese?



Durchschnittlich nehmen die Bürgermeister/innen an vier Sitzungen im Monat teil. Dabei variiert die Anzahl der Sitzungen erheblich. Vor allem in den kleineren Gemeinden und Städten finden weniger Sitzungen statt als in den großen Städten mit über 20.000 Einwohnern. Die Häufigkeit der Sitzungen beträgt zwischen 1 und 16. Nicht ganz deutlich wird dabei jedoch, ob

tatsächlich immer alle Sitzungen berücksichtigt oder ob nur die Gemeinderatssitzungen an sich gezählt wurden. Durchschnittlich fanden 4 Sitzungen pro Monat statt. Dies entspricht auch der häufigsten Nennung.

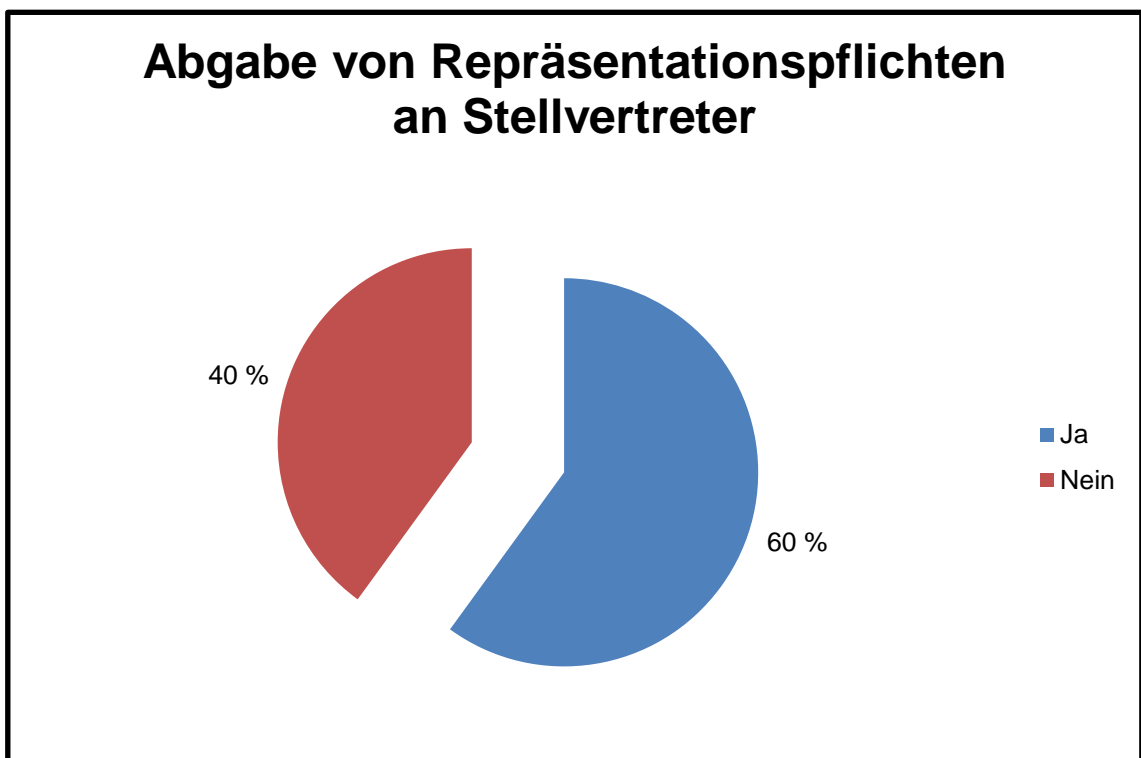
Die Frage wurde zudem noch erweitert, sodass auch nach der Zeitdauer der jeweiligen Sitzung gefragt wurde. Hierbei beträgt der Durchschnitt drei Stunden. Bei dieser Frage gab es relativ wenige Abweichungen nach oben oder unten. Die Spannweite betrug zwei bis vier Stunden, wobei die deutliche Mehrheit angab, dass die Sitzungen etwa drei Stunden dauern. Jedoch wurde diese Zusatzfrage nur etwa von der Hälfte der befragten Bürgermeister/innen beantwortet.

2.2.6 Man weiß, dass Bürgermeister/innen viele Repräsentationspflichten haben. Wie viel Zeit verwenden Sie durchschnittlich pro Woche für solche?

Im Durchschnitt werden pro Woche ca. 14 Stunden für repräsentative Aufgaben in Anspruch genommen. Die Bandbreite der Antworten reichte von 2 bis zu 30 Stunden. Hierbei sind keine deutlichen Unterschiede zwischen den Gemeindegrößen erkennbar.

Als Begründung wurde bei dieser Frage mehrfach die Aussage getroffen, dass die Aufgabenbereiche nicht klar zu trennen sind und keine direkte Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten besteht. Oft sind diese Termine auch mit Freizeit und Spaß verbunden.

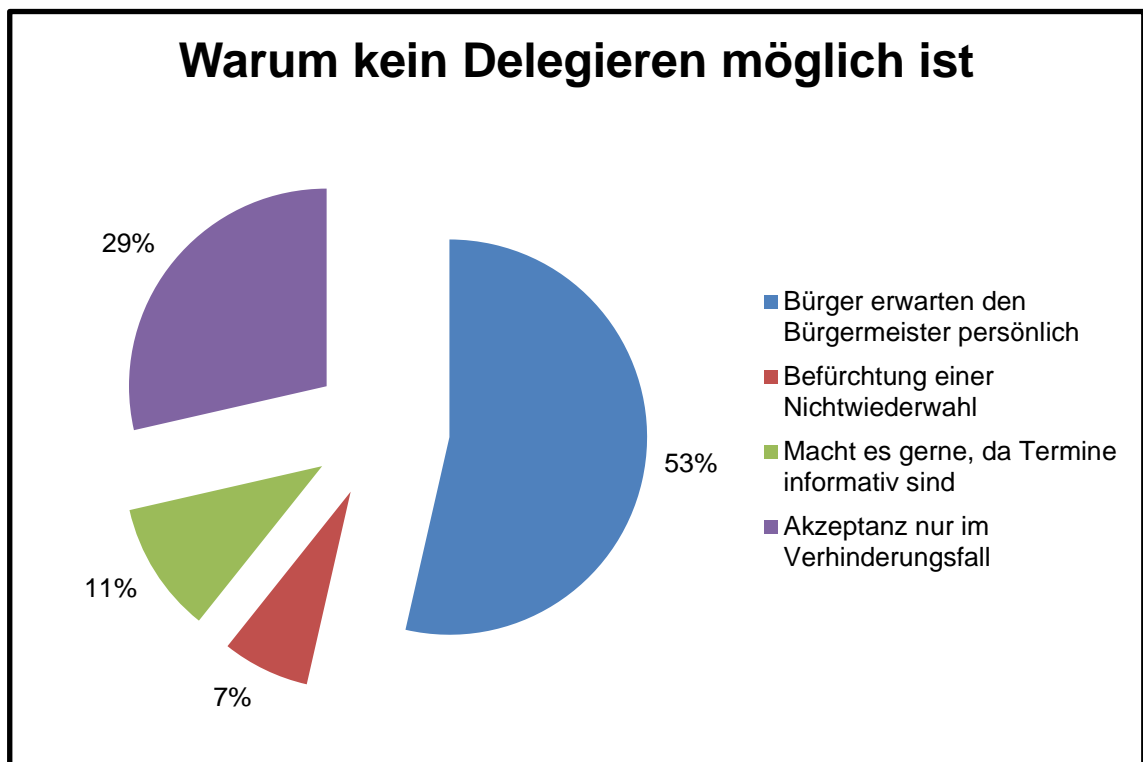
2.2.7 Wäre es möglich, dass Sie einige Repräsentationspflichten nicht selbst wahrnehmen, sondern an einen Stellvertreter delegieren? Wenn Nein: Warum nicht?



Es ist ersichtlich, dass 60% der Befragten die Ansicht vertreten, einige repräsentative Aufgaben an Stellvertreter abgeben zu können. Auf der anderen Seite geben 40% an, dass diese Möglichkeit nicht besteht.

Auffällig ist, dass vor allem in den kleineren Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern angegeben wurde, dass ein Delegieren grundsätzlich nicht möglich ist. In größeren Gemeinden über 20.000 Einwohnern wurde dagegen von allen Befragten angegeben, dass eine Delegation an Stellvertreter möglich und auch aufgrund der Vielzahl an Veranstaltungen notwendig ist. Wobei jedoch die persönliche Anwesenheit des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin immer gern gesehen wird.

Häufig ist es für die Bürgermeister/innen aber auch selbst wichtig, bei den Veranstaltungen anwesend zu sein. Als Begründung wurde angegeben, dass man nur so Neuigkeiten und Informationen über die Meinungen der Bürger erhält.



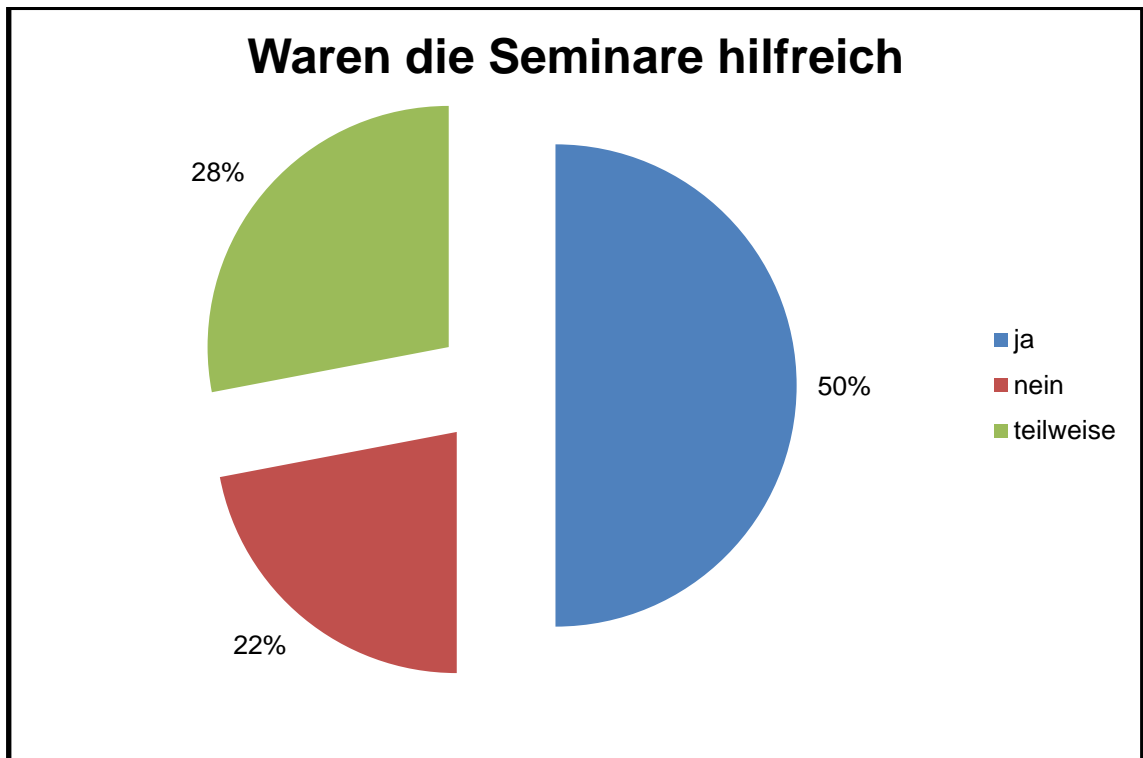
Als Grund, warum eine Delegation nicht möglich ist, wurde von 53% angegeben, dass die Bürger/innen dies nicht wünschen bzw. nicht akzeptieren. Einer der Befragten gab an, die Vertretung durch den/die Bürgermeister/in wäre unabdingbar, denn ein Stellvertreter sei nur ein Drittel wert. 29% sind der Ansicht, dass eine Delegation von den Bürgern/innen nur akzeptiert wird, wenn der/die Bürgermeister/in verhindert ist, er/sie sich im Urlaub befindet oder Überschneidungen von Veranstaltungen vorliegen.

In zwei Fällen wurde angegeben, dass bei einer Delegation von repräsentativen Aufgaben eine Nichtwiederwahl befürchtet wird.

2.2.8 Haben Sie schon einmal Seminare über Zeitmanagement oder zu ähnlichen Themen besucht? Waren diese Seminare hilfreich?

Ungefähr 63% der befragten Bürgermeister/innen haben schon einmal ein solches oder ähnliches Seminar besucht. Von den Seminarbesuchern haben auf die Frage, ob die Seminare hilfreich waren, nur 82% geantwortet, 18% haben sich diesbezüglich enthalten.

Ob die Seminare für die Bürgermeister/innen als hilfreich empfunden wurden, zeigt sich im folgenden Diagramm.



Dem Umfrageergebnis ist zu entnehmen, dass die Hälfte der besuchten Seminare als hilfreich empfunden wurde und zumindest die Mehrheit der Seminare zum Teil hilfreich waren.

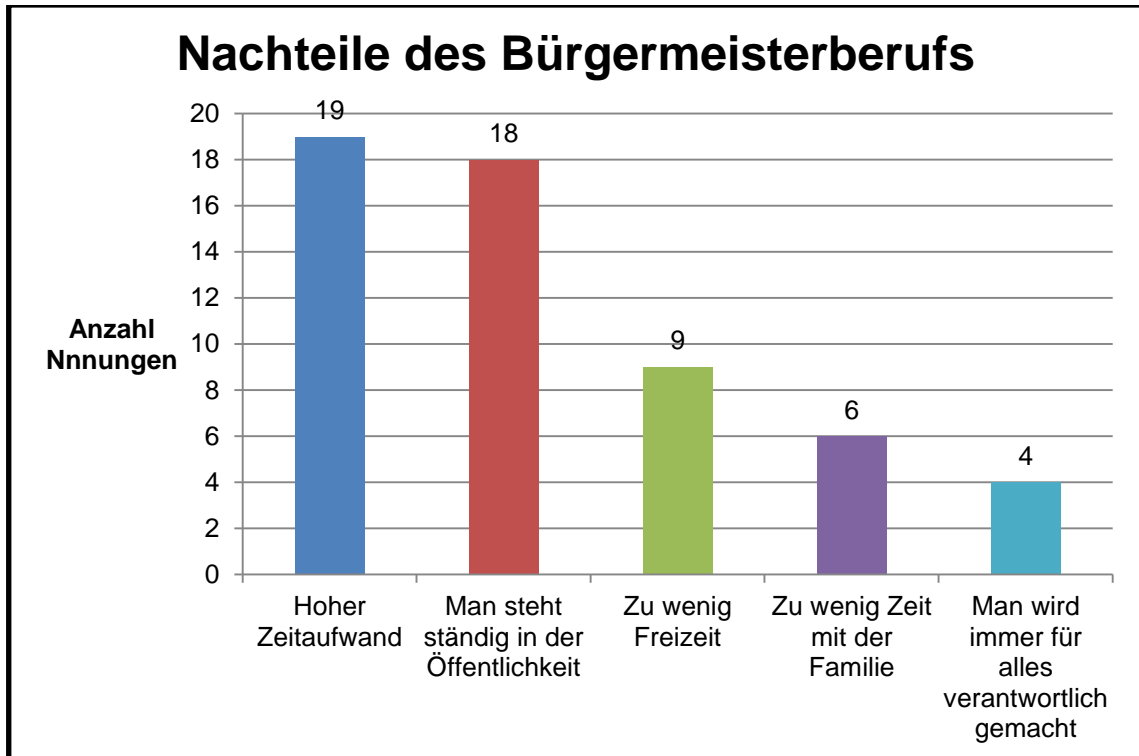
Fraglich ist, weswegen manche Seminare nur teilweise oder überhaupt nicht hilfreich für die Bürgermeisterinnen waren. Am häufigsten wurde der Grund genannt, dass die Seminarinhalte schwierig im Beruf umzusetzen sind. Dies gaben 23% der Bürgermeister/innen, die an Seminaren teilgenommen hatten, als Grund an.

Fraglich ist nun, was die Ursache dafür ist, dass 34% der Befragten keine Seminare besucht haben. Hierfür wurden verschiedene Gründe genannt, wobei der häufigste mit 33% Zeitmangel war.

Weiterhin haben 33% der Bürgermeister/innen angegeben, Seminare nur vor Amtsantritt besucht zu haben, obwohl sie diese für hilfreich gehalten haben. Dies lässt vermuten, dass der Grund dafür ebenfalls fehlende Zeit ist.

2.2.9 Welche Nachteile sind Ihrer Meinung nach mit dem Beruf des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin verbunden?

Von den 35 befragten Bürgermeister/innen wurden viele verschiedene Nachteile genannt. In nachfolgender Grafik sind die häufigsten Antworten aufgeführt.



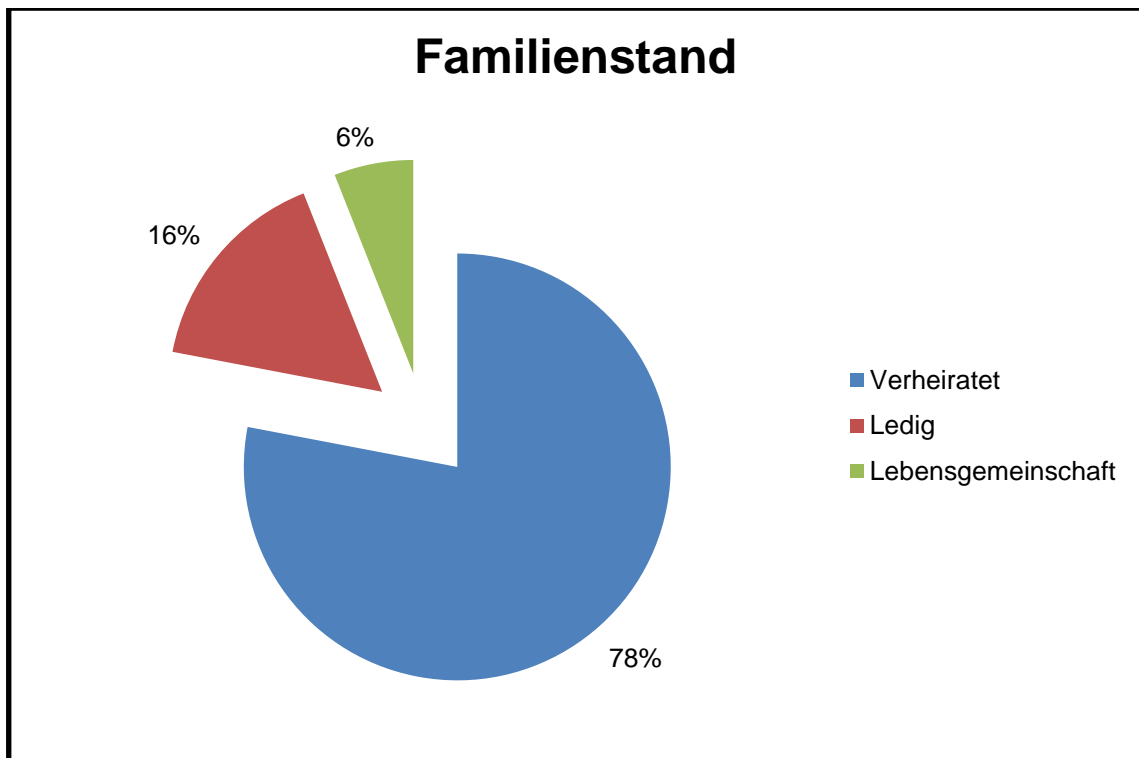
Auffallend ist, dass mehr als die Hälfte der befragten Bürgermeister/innen den hohen Zeitaufwand und den Umstand, ständig in der Öffentlichkeit zu stehen, als Nachteil angegeben haben (Verlust an Privatheit). Dies haben auch andere Untersuchungen ergeben.

2.3 Freizeit/Familie

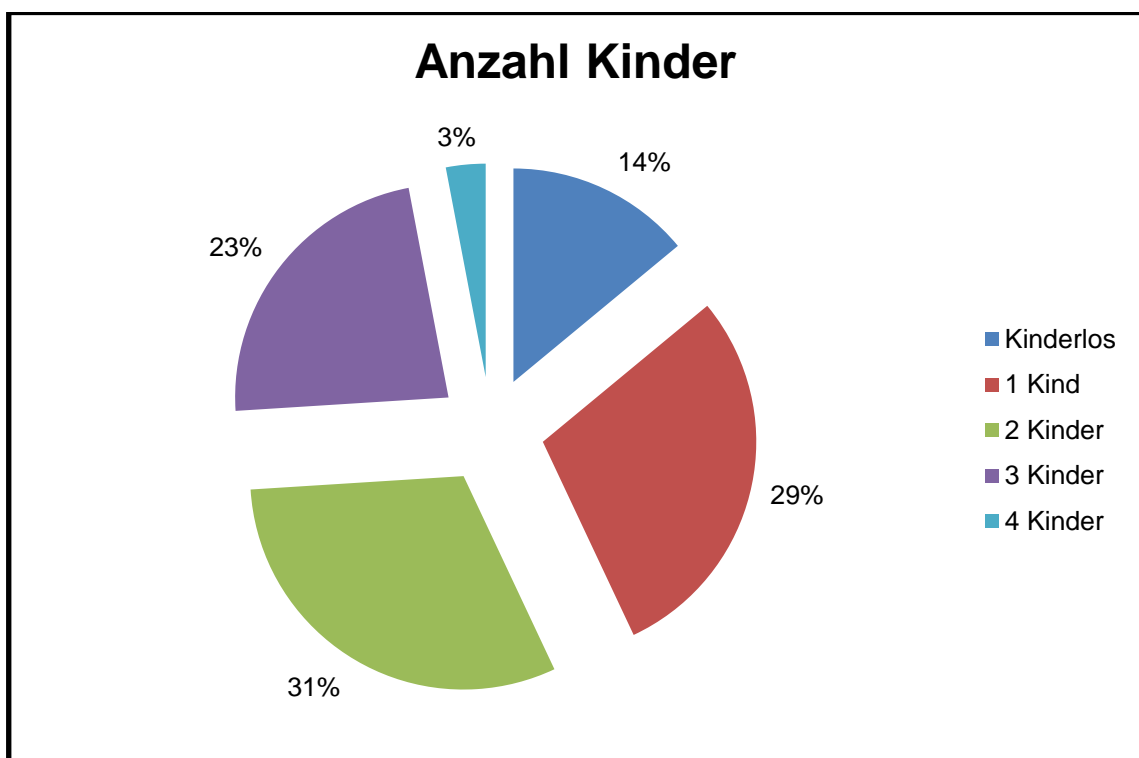
2.3.1 Wie ist Ihr Familienstand?

Obwohl das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ein sehr zeitaufwändiger Beruf ist und oft wenig Raum für Privates bleibt, sind gemäß den Umfragewerten die meisten Bürgermeister/innen verheiratet oder leben in einer Lebensgemeinschaft.

So sind laut Befragung knapp 78% der Bürgermeister/innen verheiratet, 6% befinden sich in einer Lebensgemeinschaft und 16% sind ledig. Zur Anschauung dient das nachfolgende Diagramm.

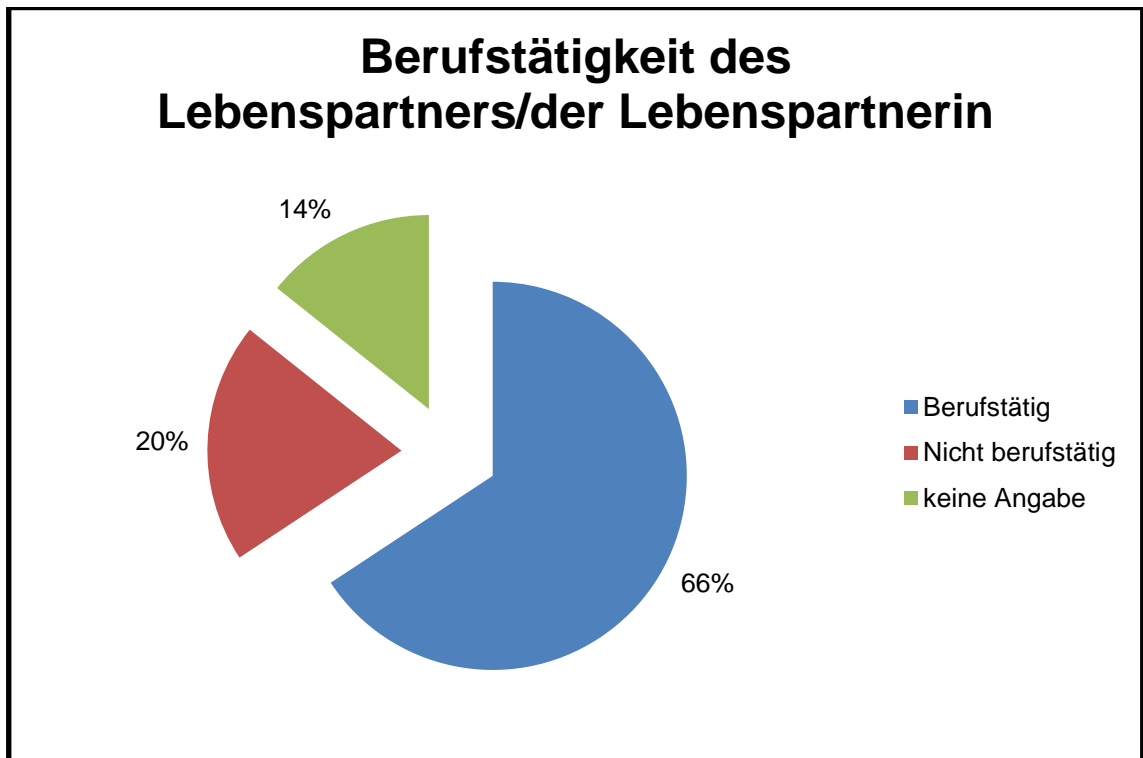


2.3.2 Wie viele Kinder haben Sie und wie alt sind diese?



Der Durchschnittswert der Kinder pro Bürgermeister/in betrug 1,71 Kinder. Mehr als vier Kinder hatte keiner der Befragten. Es ist anhand der Anzahl an Kindern pro Bürgermeister/in nicht abzuleiten, dass der Bürgermeisterberuf besonders familienunfreundlich ist.

2.3.3 Ist Ihr Ehepartner/Lebenspartner/Ihre Ehepartnerin/Lebenspartnerin berufstätig?



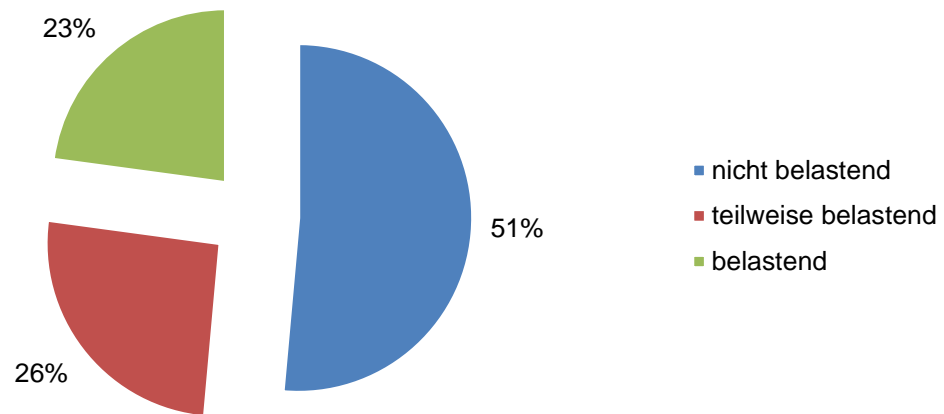
Von den befragten Bürgermeister/innen haben 66% einen Ehepartner/Lebenspartner oder eine Ehepartnerin/Lebenspartnerin, welcher/welche berufstätig ist. Bei 20% besteht keine Berufstätigkeit. 14% haben zu dieser Frage keine Angaben gemacht.

2.3.4 Empfinden Sie die zeitliche Beanspruchung durch Ihren Beruf als belastend?

Im Rahmen der Untersuchung wurde festgestellt, dass Bürgermeister/innen meist deutlich mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten. Dadurch stellt sich die Frage, inwieweit diese zeitliche Intensität als belastend empfunden wird.

Im Ergebnis empfinden 51% befragten Bürgermeister/innen die zeitliche Beanspruchung nicht als belastend, während 26% der befragten Amtsinhaber diese als teilweise belastend und weitere 23% als belastend ansehen.

Empfinden Sie die zeitliche Beanspruchung durch Ihren Beruf als belastend?



Mehr als die Hälfte der Befragten betrachtet also die zeitliche Beanspruchung nicht als belastend. Als Gründe hierfür werden vor allem die Arbeitsroutine, das gute Zeitmanagement, die familiäre Unterstützung, der Spaß an der Arbeit oder die Ähnlichkeit zu anderen Führungspositionen hinsichtlich der Zeitintensität aufgeführt.

Rund ein Viertel der Befragten sieht die zeitliche Beanspruchung durch das Bürgermeisteramt zumindest als teilweise belastend an, weil in bestimmten Hochphasen (z.B. vor den Sommerferien oder vor dem Jahreswechsel) viele Anliegen der Bürger abgearbeitet werden müssen oder bestimmte Situationen von Natur aus besonders beanspruchend sind.

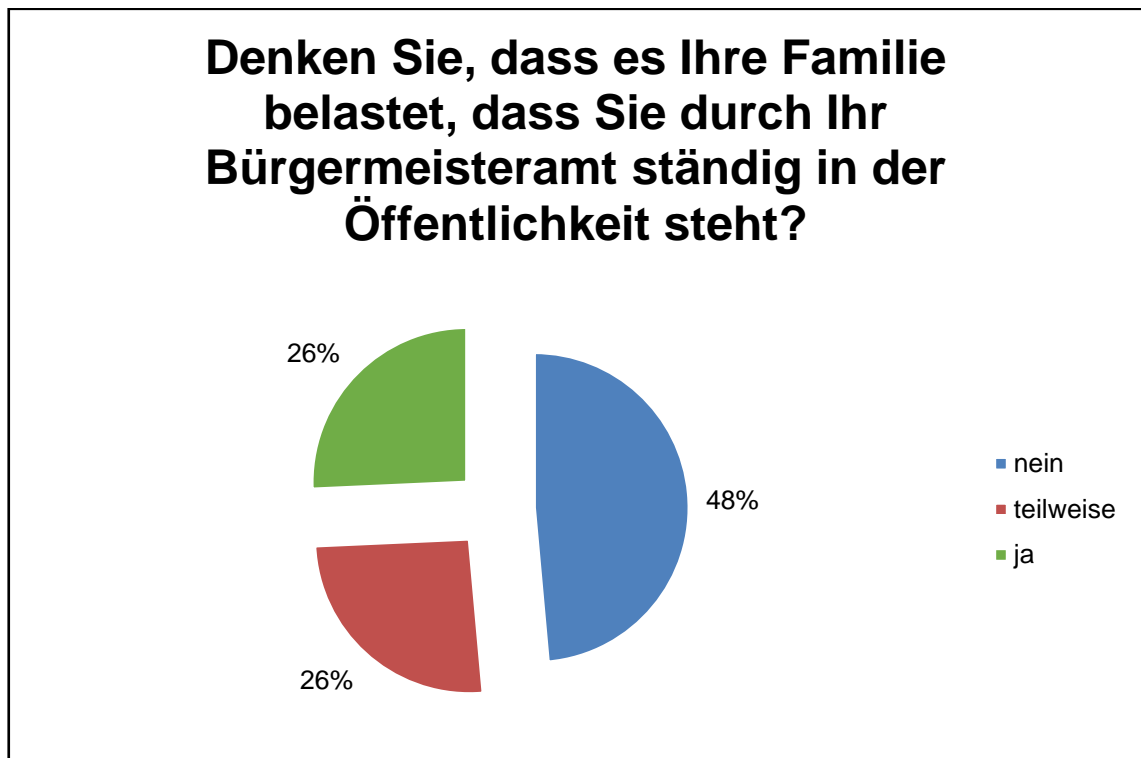
Im Gegensatz zu ihren Kolleginnen und Kollegen nehmen weitere 23% der Befragten u.a. aufgrund keiner oder sehr selten verbleibender Freizeit die beruflich bedingte zeitliche Beanspruchung durchaus als belastend wahr. Durch die Einspannung der Amtsinhaber müsse die Familie oftmals zurückstecken und auch die Ausübung bisheriger Hobbies oder das Treffen mit Freunden sei nur unregelmäßig möglich, sodass sich dadurch fast ein Viertel der Befragten belastend eingeschränkt fühlt.

2.3.5 Denken Sie, dass es Ihre Familie belastet, dass sie durch Ihr Bürgermeisteramt ständig in der Öffentlichkeit steht?

Für die vorliegende Untersuchung ist es hinsichtlich der Familienfeindlichkeit nicht nur von großem Interesse, ob und inwieweit die Amtsinhaber/innen selbst eine Belastung durch ihren Beruf empfinden, sondern auch, wie die Familie dadurch belastet wird, dass sie durch das Amt in der Öffentlichkeit steht.

Im Ergebnis denken 48% der befragten Bürgermeister/innen nicht, dass es sich auf die Familie belastend auswirkt, dass sie durch das Amt in der Öffentlichkeit steht. 26% der befragten Amtsinhaber sehen darin teilweise eine

Belastung für die Familie, während weitere 26% der Bürgermeister/innen eine solche Belastung eindeutig feststellen können.



Dies zeigt, dass mehr als die Hälfte der befragten Amtsinhaber/innen durch die Öffentlichkeitspräsenz mindestens eine teilweise Belastung für die Familie wahrnehmen.

Für knapp ein Viertel der Befragten ist die Belastung eindeutig und dauerhaft existent, für weitere 26% bestehen zumindest teilweise belastende Nachteile.

Dadurch erweist sich der Bürgermeisterberuf und die daraus resultierende Präsenz in der Öffentlichkeit für 52% der befragten Amtsinhaber als z.T. negativer Einflussfaktor für das Familienleben.

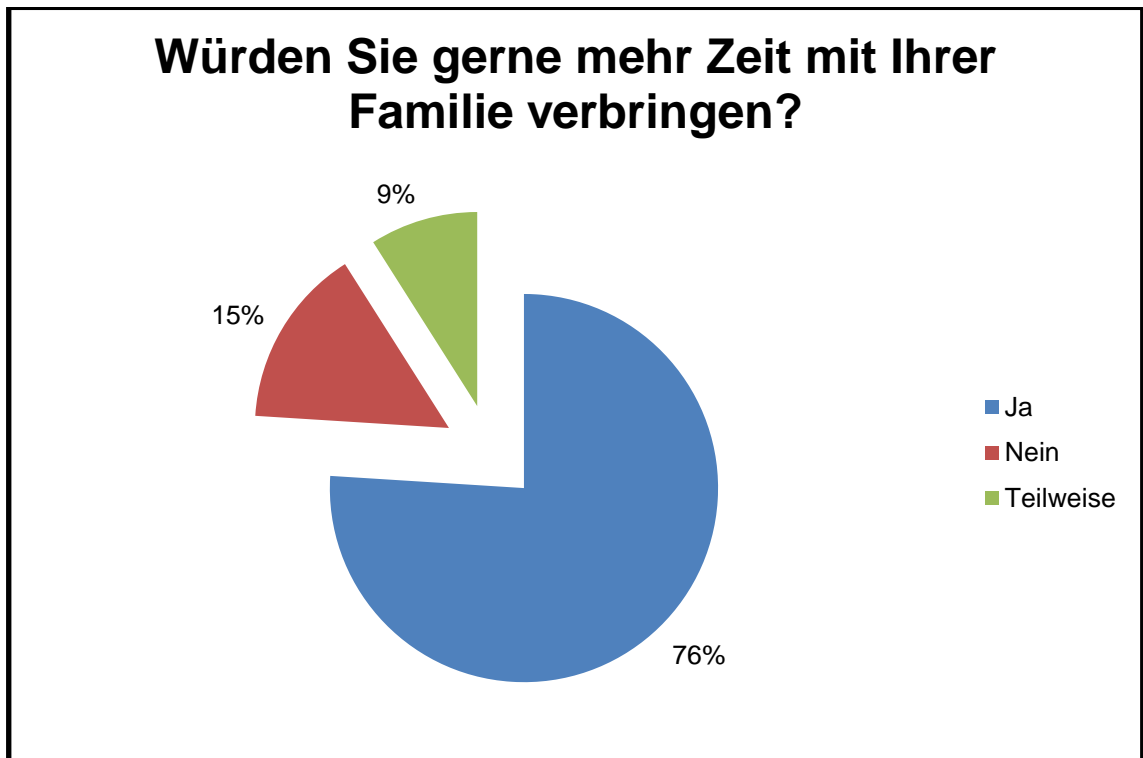
Unter den Befragten bezeichnete eine Person die durch den Beruf entstandenen Anstrengungen und Belastungen für den Ehepartner sogar als Scheidungsgrund. Die Zeit für die Pflege der Ehe durch die Omnipräsenz als Bürgermeister/in fehle einfach.

Im Gegensatz hierzu halten es 48% der befragten Bürgermeister/innen jedoch nicht für belastend, dass die Familie durch das Bürgermeisteramt in der Öffentlichkeit steht.

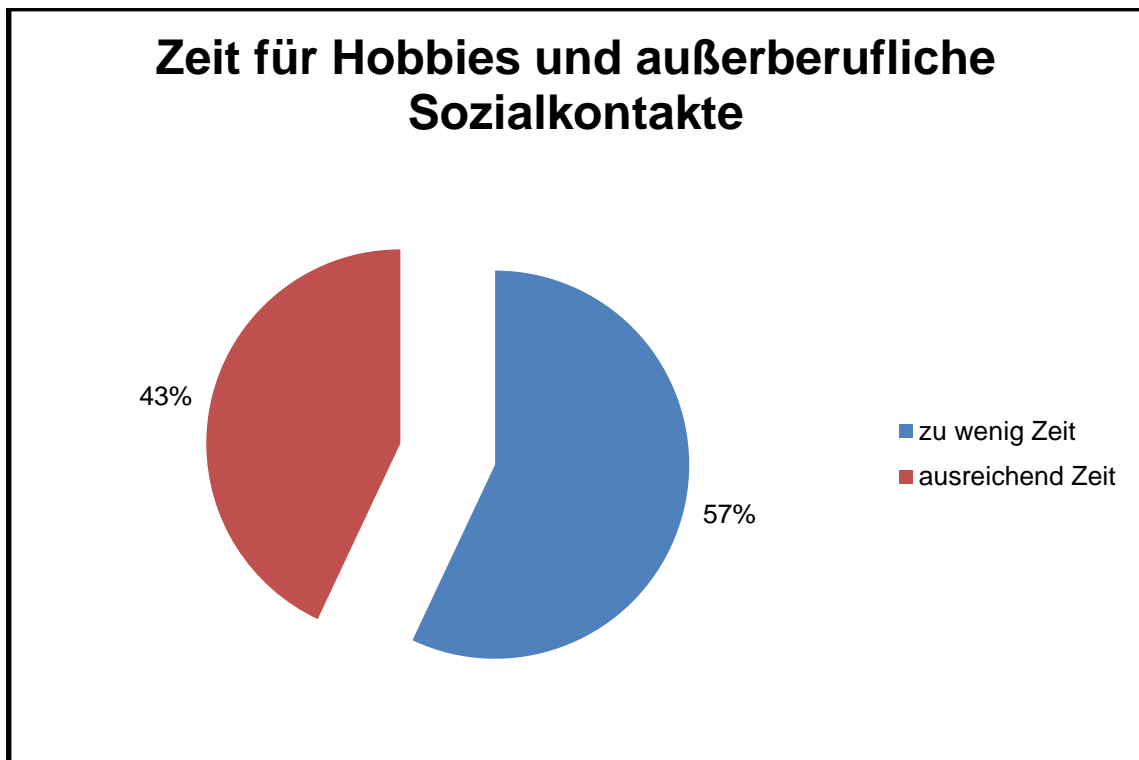
An dieser Stelle zeigte die Untersuchung, dass sich die familiären Belastungen durch die Präsenz in der Öffentlichkeit im Rahmen des Bürgermeisteramtes erheblich unterscheiden können. Als Erklärungen für die unterschiedlichen Belastungsstärken können diverse Faktoren aufgeführt werden. Die aus dem Beruf resultierenden familiären Belastungen sind u.a. von der Situation, der Gemeindegröße, dem Alter und der Wahrnehmung der Kinder bzw. der Wahrnehmung des (Ehe-)Partners, der Routine, der Häufigkeit der öffentlichen Präsenz der Familie und der Kritik am Amtsinhaber abhängig.

2.3.6 Würden Sie gerne mehr Zeit mit Ihrer Familie verbringen?

Der größte Teil der befragten Bürgermeister/innen gab an, zu wenig Zeit für die Familie zu haben. Dies ist vor allem den zahlreichen repräsentativen Pflichten dieses Berufs geschuldet. So beantworteten 76% der Befragten die Frage mit „ja“, 15% gaben an, dass sie zufrieden seien mit der Zeit, die sie mit ihrer Familie verbringen können und 9% der Befragten gaben an, nicht ganz zufrieden zu sein, sich jedoch mit der Situation zu arrangieren. Diese Antworten sind im unten stehenden Diagramm unter „teilweise“ berücksichtigt.



2.3.7 Lässt Ihnen Ihr Beruf auch manchmal Zeit für außerberufliche Sozialkontakte oder Hobbies?



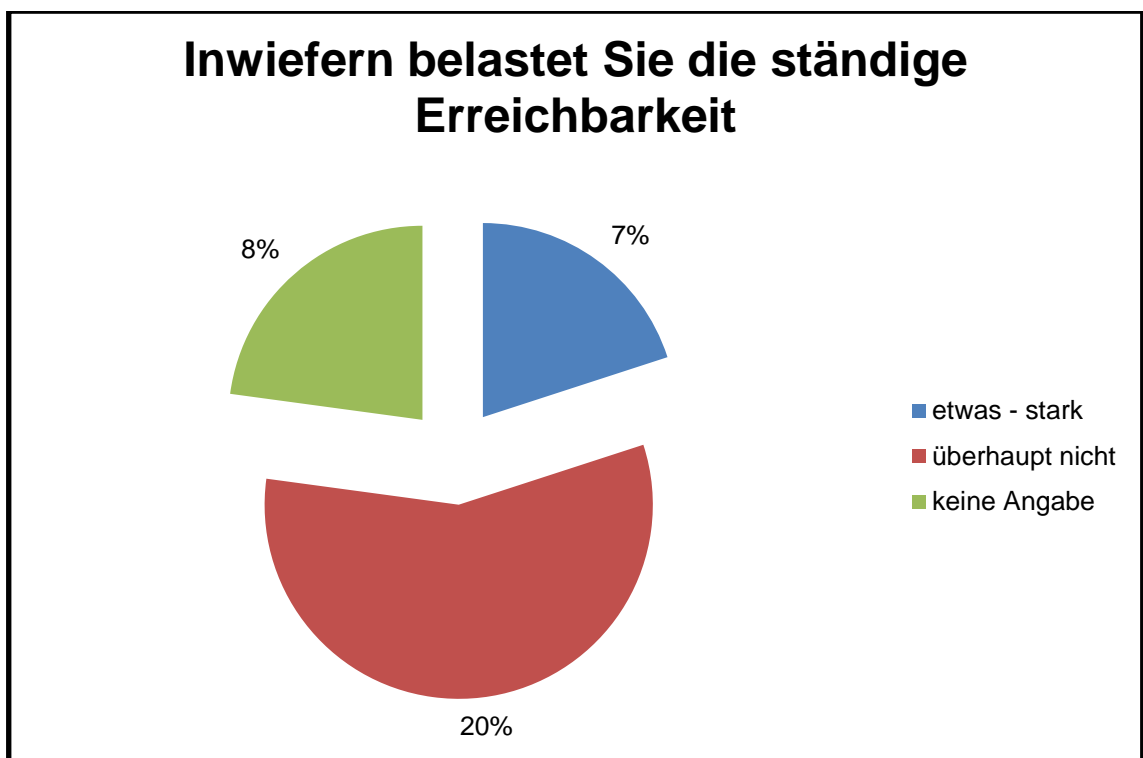
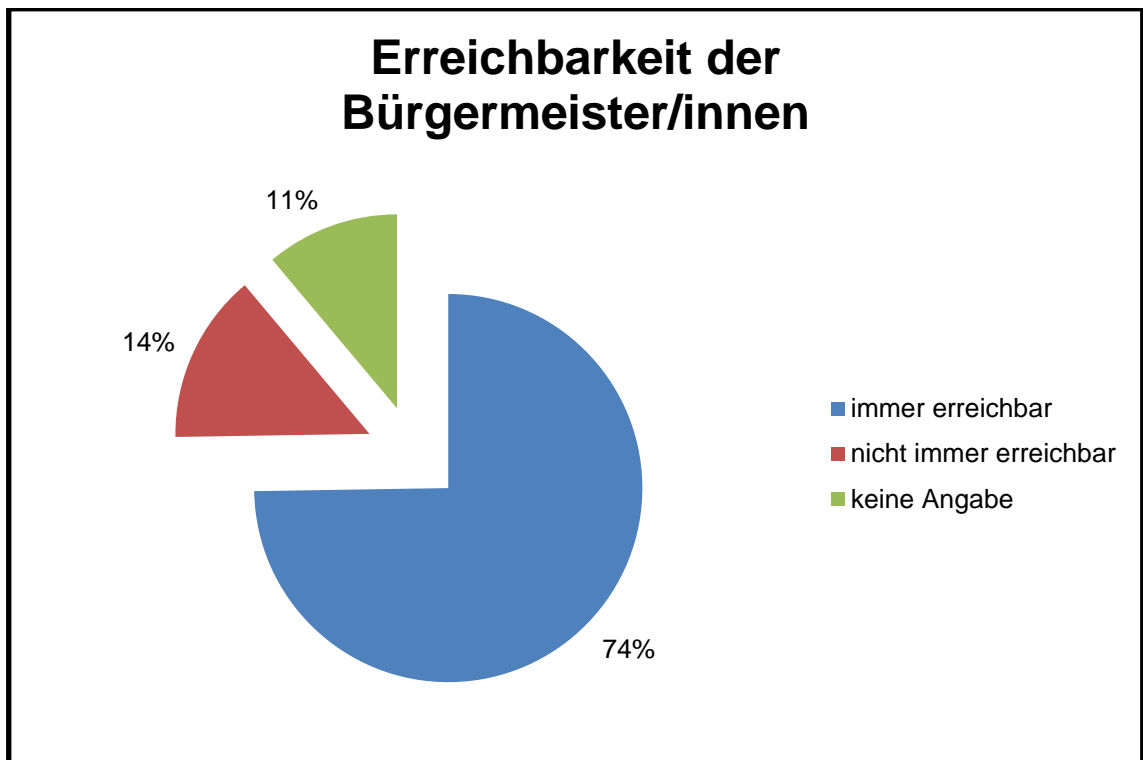
Auf die Frage, ob der Bürgermeisterberuf Zeit für Hobbies und außerberufliche Kontakte lässt, antworteten die Bürgermeister/innen gespalten. Etwas mehr als die Hälfte (57%) empfindet sowohl für Sport und Freunde zu wenig bis gar keine Zeit mehr zu haben. Viele von ihnen mussten aufgrund des Bürgermeisteramtes ihre Hobbies aufgeben und können sich durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten auch nicht vorstellen, dass sich daran in nächster Zeit etwas ändern wird.

Dementgegen stehen 43%, die durchaus der Meinung sind, ausreichend Zeit für ihre Hobbies und Sozialkontakte zu haben. Auffallend ist dabei, dass es sich entweder um Bürgermeister/innen handelt, die sich bereits in der dritten Amtszeit befinden und somit bereits über eine gewisse Routine verfügen oder um besonders junge Bürgermeister/innen, denen vor allem Sport – auch um belastbar zu bleiben – sehr wichtig ist. Von beiden Seiten wird oft genannt, dass Sozialkontakte für sie von großer Bedeutung sind und man sich für diese auch einfach die Zeit nehmen muss.

Betrachtet man die Antworten aller Befragten so fällt auf, dass vor allem durch Sitzungen und sonstige Abendtermine sowie Wochenendtermine die „Freizeit“ der Bürgermeister/innen nur schwer planbar ist. Darum geben 35% der Befragten an, dass spontane Treffen mit Freunden und Verwandten nicht möglich sind. Treffen mit solchen müssen daher bereits 2-3 Monate im Voraus geplant werden.

Bürgermeister/innen betreiben meist Individualsportarten wie joggen, Ski fahren, schwimmen, etc. Mannschaftssportarten werden überwiegend aufgrund der regelmäßigen Trainingszeit, aber auch teilweise aus Autoritätsgründen abgelehnt.

2.3.8 Können Sie in Ihrer Freizeit abschalten oder müssen Sie als Bürgermeister/in ständig erreichbar sein? Wie sehr belastet Sie das?



Die Auswertung der Frage hat ergeben, dass knapp drei Viertel der Bürgermeister/innen meinen, ständig erreichbar sein zu müssen. Die meisten haben ihr Handy 24 Stunden eingeschaltet, um im „Katastrophenfall“ sofort an Ort und Stelle sein zu können. „Ich bin lieber gleich vor Ort. Hinterher etwas zu korrigieren ist deutlich schwieriger, als es sofort in Angriff zu nehmen“ gab eine

befragte Person zur Antwort. Außerdem merkte der Großteil an, wirklich auch nur in Notfällen kontaktiert zu werden und dass ansonsten sehr verantwortungsvoll mit deren Nummern umgegangen wird und/ oder nur wenige im Besitz dieser Nummer sind. Nur einzelne Bürgermeister/innen gaben an, auch abends Anrufe von Bürgern zu erhalten, die sie als sehr störend empfinden, zumal es sich dabei meist um Unwichtigkeiten handelt.

Lediglich rund ein Siebtel der Befragten haben ihr Handy nur zeitweise an, legen es vor allem abends beiseite oder lassen es bei Familienausflügen zuhause.

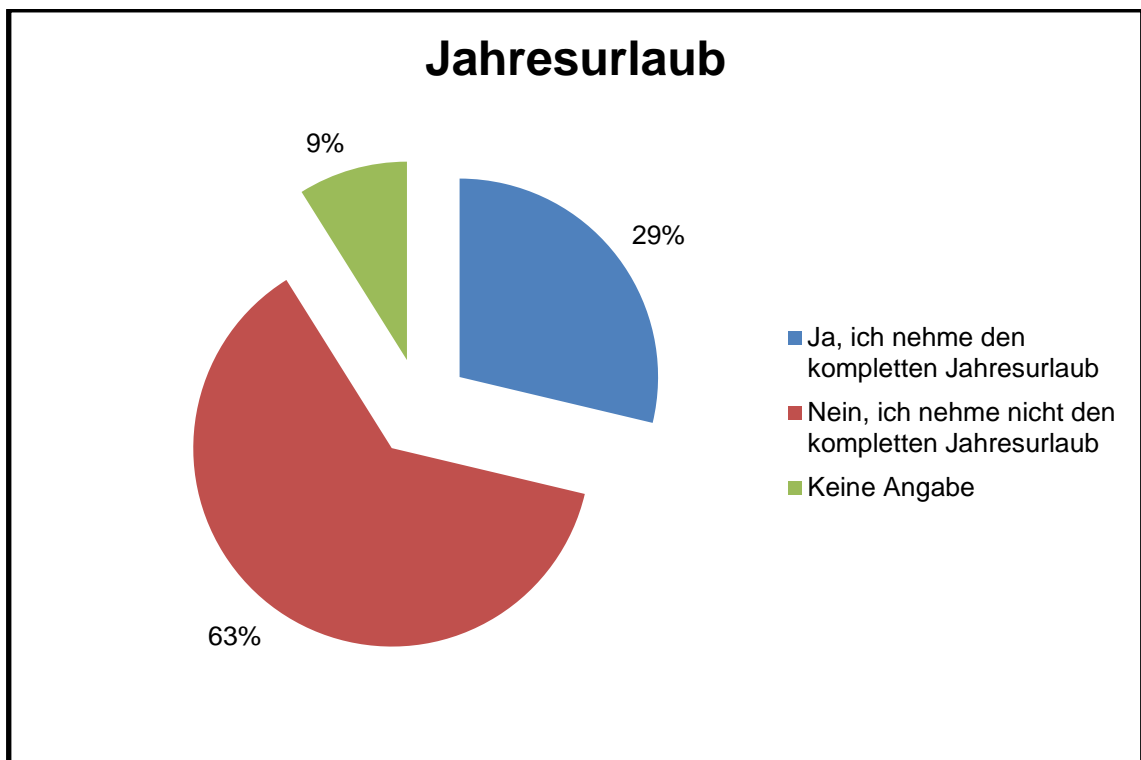
Auffallend ist, dass trotz der hohen Zahl an immer erreichbaren Bürgermeister/innen sich nur 20% dadurch belastet fühlen. Dies liegt zum einen daran, dass es sehr wenig zu abendlichen/ nächtlichen Störungen kommt und zum anderen daran, dass dies auch so von den Bürgermeister/innen gewünscht wird, um immer informiert zu sein und zu bleiben.

2.3.9 Wie viel Zeit haben Sie im Jahr, um in Urlaub zu fahren? Müssen Sie auch während des Urlaubs ständig erreichbar sein? Wie sehr belastet Sie das?

Den Bürgermeister/innen wurde auch die Frage gestellt, inwieweit ihr Beruf es zulässt, in den Urlaub zu fahren. Interessiert hat hierbei nicht nur, ob es möglich ist, den gesamten Urlaub zu nehmen, sondern auch, ob die Bürgermeister/innen währenddessen ständig erreichbar sein müssen.

Zunächst soll genauer betrachtet werden, ob es den Bürgermeister/innen möglich ist, den gesamten rechtlich zustehenden Jahresurlaub zu nehmen.

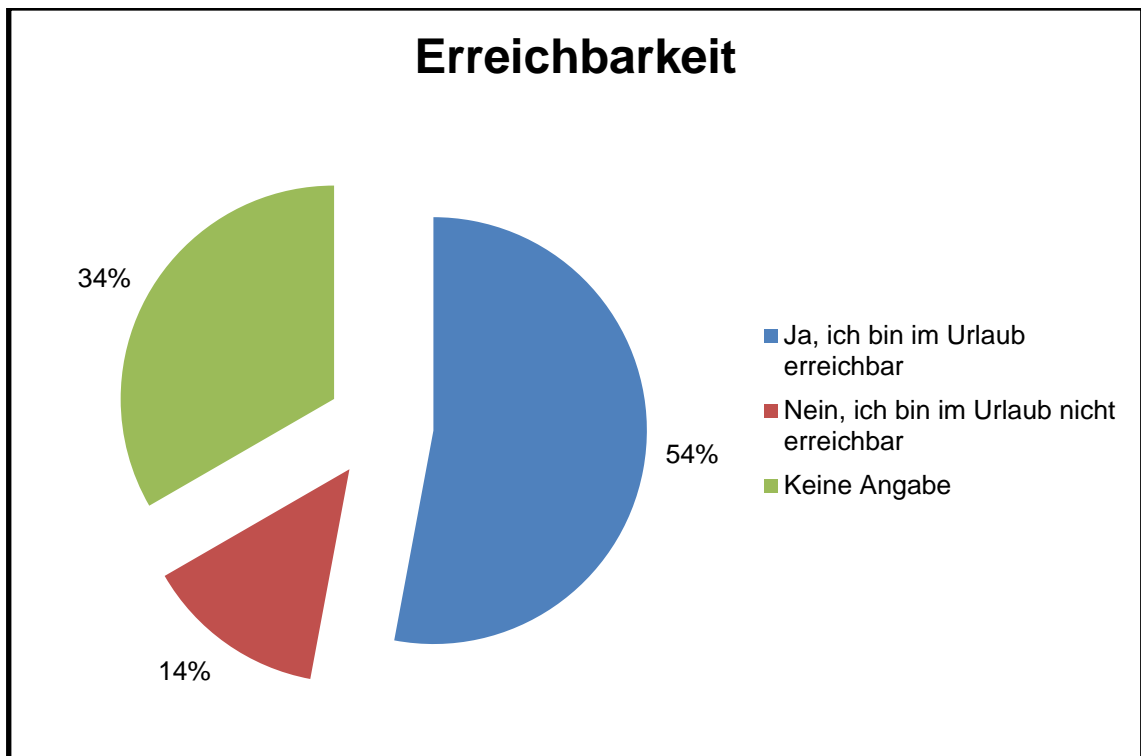
Die Befragung kommt zu einem deutlichen Ergebnis: 63% der Bürgermeister/innen gaben an, ihren Urlaub nicht komplett aufzubauchen.



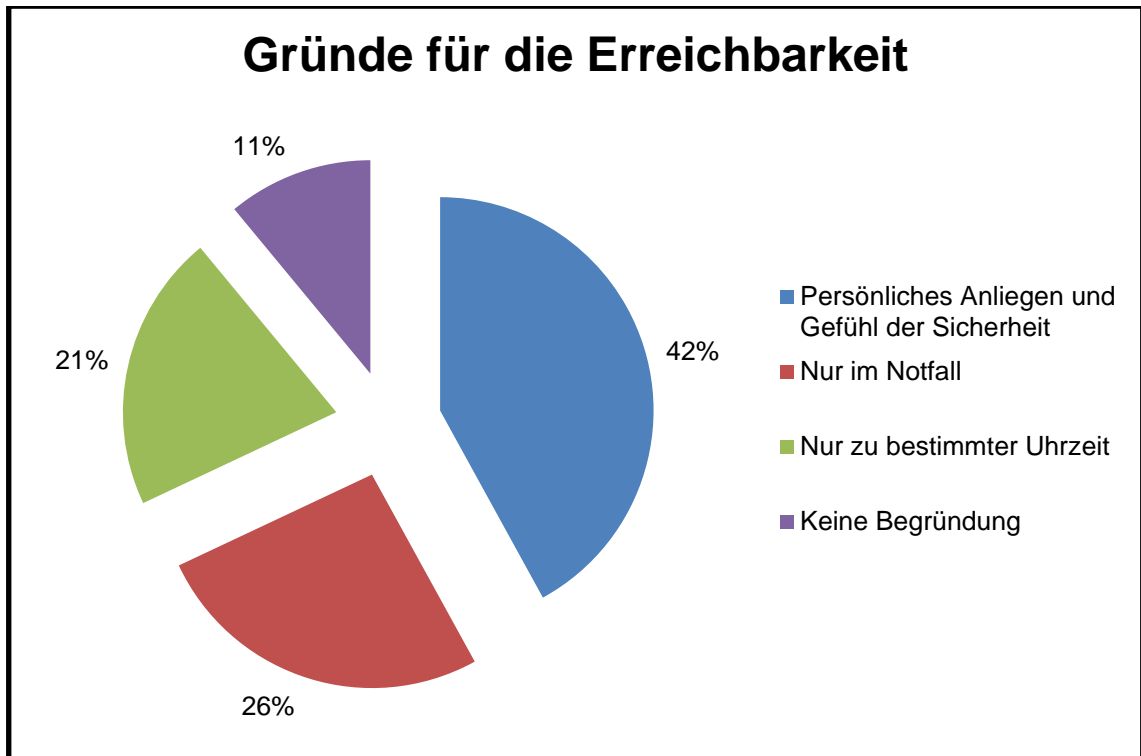
Im Schnitt nehmen sich die Bürgermeister/innen anstatt der ihnen zustehenden 30 Tage lediglich 21 Tage Urlaub pro Jahr. Damit nutzen sie beinahe ein Drittel des ihnen zustehenden Urlaubes nicht. Aus der Befragung lies sich zudem die Erkenntnis gewinnen, dass viele Bürgermeister/innen maximal 10 Tage (2 Wochen) am Stück wegfahren. Oft wurde auch erwähnt, dass für den Jahresurlaub das „Sommerloch“ gewählt wird, damit möglichst wenig Arbeit liegen bleibt.

Im Hinblick auf die Fragestellung war hier besonders interessant, dass unter den Bürgermeistern/innen, welche ihren kompletten Urlaub aufbrauchen, zum größten Teil Väter und Mütter sind, die mit ihrem Nachwuchs in den Schulferien wegfahren möchten. Hier sind, wie bereits oben erwähnt, besonders die Sommer-, sowie die Pfingst- oder Weihnachtsferien beliebt.

Zusätzlich wurde untersucht, ob die Bürgermeister/innen auch während ihres Urlaubes ständig erreichbar sein müssen. Zu beachten ist hier aber die erhebliche Zahl derjenigen, welche die Frage nicht beantwortet haben. Dennoch kann man eine eindeutige Tendenz erkennen: 54% der Bürgermeister/innen gaben an, während ihres Urlaubes erreichbar zu sein. Lediglich fünf der Befragten gaben klar zur Antwort, dass sie nicht erreichbar seien. Als Begründung wurde hauptsächlich genannt, dass der Urlaub mit dem Stellvertreter abgesprochen sei, sodass dieser die Geschäfte während dieser Zeit regelt. Ein Befragter räumte jedoch ein, dass seiner Sekretärin die Faxnummer des Hotels vorliege, sodass er in einem echten Notfall trotzdem zu erreichen wäre.

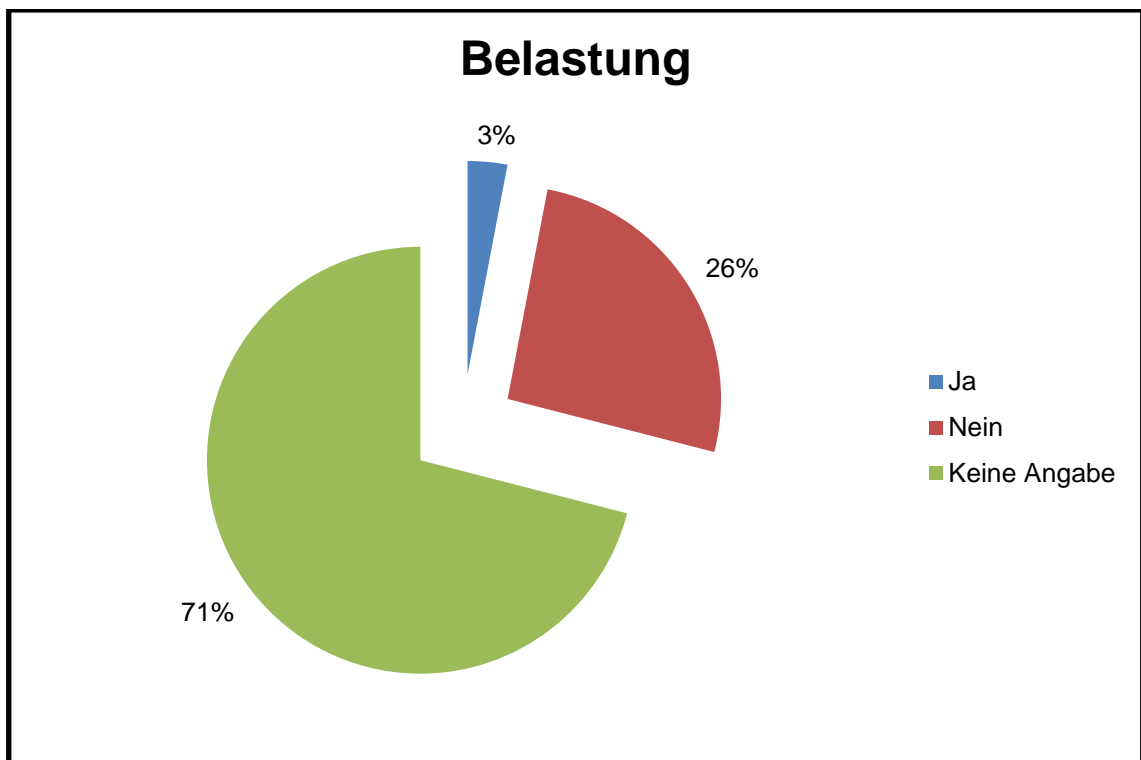


Im Folgenden soll noch einmal näher auf die 19 Bürgermeister/innen eingegangen werden, welche auch im Urlaub erreichbar sind. Diese wurden gefragt: Welches sind die Gründe für Ihre Entscheidung? Erleben Sie dies als Belastung in der eigentlich gedachten Erholungszeit?



Als wichtigster Grund für die Erreichbarkeit nennen die Befragten, dass es ihnen ein persönliches Anliegen ist. Als Vertreter der Bürger fühlen sie sich auch während der Urlaubszeit verantwortlich für die Gemeinde und möchten daher an allen wichtigen Entscheidungen teilhaben, sowie natürlich vorab informiert werden. Zudem gibt es ein beruhigendes Gefühl der Sicherheit, wenn sie die Gewissheit haben, in der Verwaltung ist alles in Ordnung und geht seinen Gang. Ein weiterer Grund für die Erreichbarkeit im Urlaub liegt darin, dass sich einige Bürgermeister/innen auf eine bestimmte Uhrzeit als Kontaktmöglichkeit festgelegt haben. Dies sind ca. 2 Stunden pro Tag, an denen die Verwaltung, in der Regel die Sekretärin, die Möglichkeit hat, den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin telefonisch zu erreichen. Damit findet die Arbeit in einem festgelegten Rahmen statt und der Befragte kann danach sicher sein, dass er den restlichen Tag nicht mehr gestört wird und seinen Urlaub genießen kann. Weiterhin wurde aufgeführt, dass die Erreichbarkeit eingeschränkt ist auf wirkliche Notfälle, sodass die Bürgermeister/innen in aller Regel einen ungestörten Urlaub verbringen können. Zu wirklichen Notfällen sei es bisher so gut wie nie gekommen, eine Störung während der Urlaubszeit ist also sehr selten.

Mit Blick auf die nachstehende Grafik lässt sich auch sehr gut erklären, warum sich lediglich ein Befragter dahingehend äußert, dass er dies als Belastung empfindet. Knapp der Hälfte ist es gelungen, Regelungen zu treffen, die es ihnen ermöglicht auf der einen Seite für die Verwaltung im Notfall erreichbar zu sein und auf der anderen Seite einen entspannten Urlaub zu verbringen. Es kann jedoch nicht mit Sicherheit von einer repräsentativen Aussage ausgegangen werden, da 25 Bürgermeister/innen hierzu keine Aussage getroffen haben.



Bei der Befragung ergibt sich aus sich selbst heraus, dass der Blick allein auf den Führungskräften des öffentlichen Dienstes liegt. Daher wird nachfolgend eine kurze Betrachtung der Situation in der freien Wirtschaft folgen. Insbesondere im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Führungskräften während ihrer Urlaubszeit.

Im Sommer 2013 hatte der Reiseveranstalter *lastminute.de* eine große Umfrage zu eben diesem Thema gemacht und war dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass jeder vierte auch im Urlaub arbeitet. Bereits 2011 hatte *Experteer* zu diesem Thema ausschließlich Führungskräfte aus der freien Wirtschaft befragt und war zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Hier gaben 70% an, dass sie im Urlaub erreichbar seien. Allerdings gaben 37% davon an, dass vereinbart sei, lediglich bei Notfällen telefonischen Kontakt aufzunehmen. Im Vergleich zur Befragung der Bürgermeister/innen zeigt sich nun, dass dieses Thema auch bei anderen Führungskräften hoch aktuell ist. Nimmt man bei der Bürgermeisterbefragung diejenigen aus, welche nicht geantwortet haben, so ergibt sich ein sehr ähnlicher Wert. In Prozenten ausgedrückt sind 79% während ihrer Urlaubszeit erreichbar, womit dieser Wert sogar noch etwas über dem Wert liegt, den *Experteer* ermittelt hat. Auf der einen Seite zeigt dies zwar, dass es kein exklusives Problem der öffentlichen Verwaltung ist, sondern ein Gesellschaftsproblem. Denn heute scheint es

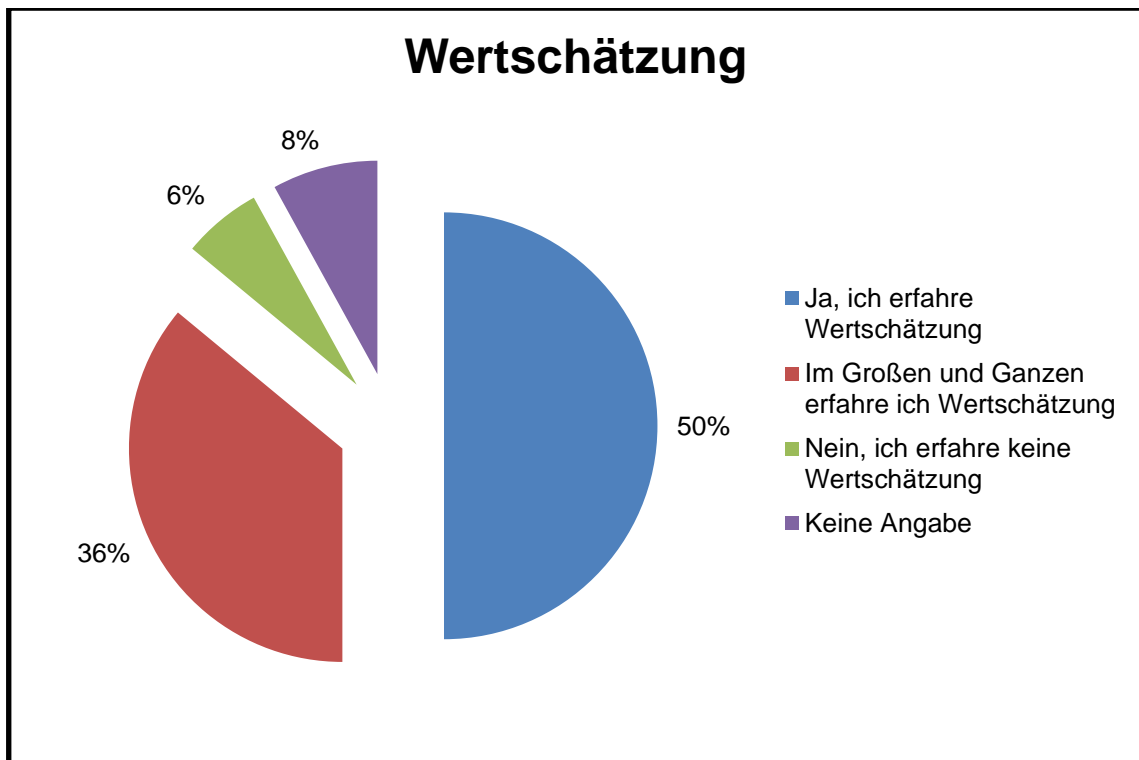
wichtiger denn je, immer erreichbar, immer auf dem neuesten Stand und immer für die Anliegen der eigenen Firma/ der Gemeinde offen zu sein. Auf der anderen Seite jedoch kann dieses Ergebnis auch als deutliches Signal verstanden werden, dass hier Handlungsbedarf besteht. Schließlich soll der Urlaub als Zeit der Erholung dienen und nicht im Nacharbeiten oder Vorbereiten von Tätigkeiten für den Job. Diese Annahme wird bestätigt durch die 64% der Führungskräfte, die aussagten, dass sie ihre Arbeit während dem Urlaub nicht vermissen würden.

Problematisch, wenn man dies angehen möchte, ist zudem die Anerkennung dieser Praxis. Für die große Mehrheit der Befragten ist die Erreichbarkeit im Urlaub bereits selbstverständlich. Auch einige der befragten Bürgermeister/innen, die zuvor in einer leitenden Funktion in der Wirtschaft tätig waren, sagten aus, für sie sei es keine Belastung, da sie es ja bereits aus ihrem ehemaligen Job gewohnt seien.

Im Hinblick auf die Familienfreundlichkeit ist dies aber kein gutes Zeichen, denn gerade während der Urlaubszeit, die wie bereits ermittelt, oft kürzer ausfällt als im Regelfall, sollte die Zeit mit der Familie verbracht werden. Abschalten vom Alltag fällt schwer, wenn man auch im Urlaub noch erreichbar für Anliegen und Aufgaben ist. Die Gefahr besteht, dass die Familie darunter leidet.

2.3.10 Denken Sie, dass Sie die für Ihr Amt angemessene Wertschätzung durch die Bürger erfahren?

Des Weiteren wurden die Bürgermeister/innen gefragt, ob sie das Gefühl haben, von den Bürgern ihrer Gemeinde angemessen wertgeschätzt zu werden. Die Wertschätzung durch die Bürger ist ein guter Indikator, ob der/die Bürgermeister/in seine/ihre Arbeit gut macht. Schließlich sind sie von den Bürger/innen ihrer Gemeinde gewählt worden, auch mit dem Ziel, deren Interessen zu vertreten, aber auch Wünsche durchzusetzen. So verwundert es kaum, dass mehrere Befragte bei dieser Frage auf ihre Wiederwahl verwiesen. Diese sei schließlich der beste Beweis, dass sie in der Bevölkerung sowohl Anerkennung als auch Rückhalt genießen würden. Das nachfolgende Diagramm soll aufzeigen, wie die Bürgermeister/innen die ihnen entgegengebrachte Wertschätzung sehen.



Exakt die Hälfte der Befragten gab an, dass sie sich von den Bürgern wertgeschätzt fühlen. Die allermeisten begründeten diesen Eindruck mit zurückliegenden sehr guten Wiederwahlen, wie bereits oben kurz erwähnt. Viele von ihnen wurden zum zweiten oder dritten Mal mit mehr als 90% und trotz Gegenkandidaten wiedergewählt. Dadurch wird ihnen der große Rückhalt in der Bevölkerung bewusst und bestärkt sie in ihrem Amt. Ein Befragter hatte auch offen zugegeben, dass er hier von den Fehlern seines Vorgängers profitiere, da dieser nicht sehr geschickt im sozialen Umgang mit den Bürgern gewesen sei. Dies wurde ihm bereits mehrfach bescheinigt, dass er hier ein besseres Verhalten an den Tag lege.

Ein weiteres Zeichen für die Anerkennung und Wertschätzung aus der Bevölkerung sehen die Bürgermeister/innen in der relativen Ruhe im Ort. Teilweise wurden die Befragten auch direkt aus der Bevölkerung angesprochen, wenn sie etwas gut gemacht hatten. Generell wird dies jedoch von Seiten der Bürgermeister/innen eher kritisiert, da sich nur sehr wenige positiv äußern würden. Diejenigen, denen etwas nicht passt, wären dafür umso lauter. Dies konnte man als Hauptargument von 36% der Bürgermeister/innen heraushören, die angaben, sie fühlen sich im Großen und Ganzen wertgeschätzt. Es gebe in jeder Gemeinde, in jeder Stadt Gegner und Neider. Und leider seien diese oft lauter als die Zufriedenen. Dabei könne man es einfach nicht jedem Recht machen.

Als schwierig wurde auch die Situation beschrieben, wenn es mehrere Teilorte gebe, da sich, egal bei welchem Thema, immer mindestens ein Teilort vernachlässigt fühle. Weiterhin seien die Bürger oft nicht sachlich genug. Fallen Entscheidungen zu ihren Gunsten, sind sie sehr zufrieden, im anderen Fall wird der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin als Schuldiger für das vermeintliche Versagen der Behörde gesehen. Problematisch findet eine Bürgermeisterin auch, dass oftmals nicht zwischen ihr als Person und ihrem Beruf als Bürgermeisterin differenziert werde. Eigenschaften, die ihr als Bürgermeister/in

zugeschrieben werden, werden im Positiven wie auch im Negativen auf sie als Privatperson übertragen, wodurch sie sich oft nur indirekt wertgeschätzt fühlt. Insgesamt sind jedoch mehr als 75% der Befragten der Meinung, dass sie wertgeschätzt werden und dies darf als positives Zeichen gewertet werden. Schließlich gibt es Kraft und Ermutigung, wenn der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin in ihrer Arbeit bestätigt und bekräftigt wird.

Lediglich zwei Bürgermeister/innen hatten die Frage mit „nein“ beantwortet. Auffallend war, dass beide erst im Laufe der Zeit zu dieser Erkenntnis gekommen waren. Zu Beginn ihrer Amtszeit waren sie noch von großem Rückhalt und Wertschätzung aus den Reihen der Bürger/innen ausgegangen. Begründet wurde ihre Aussage mit der zunehmenden Respektlosigkeit. Diese würde vor allem durch Soziale Netzwerke und die Medien befeuert. Es wurde hart kritisiert, dass sich viele, auch jüngere Menschen, leichtfertig zu einem vernichtenden Urteil hinreißen lassen ohne dies differenziert betrachtet zu haben. Zusätzlich nehme das kritische Verhalten in Kombination mit erstarktem Selbstbewusstsein manchmal Ausmaße an, die für die Bürgermeister/innen nicht mehr abschätzbar sind. Beide Bürgermeister/innen bedauerten diese Tendenz ausdrücklich und wiesen darauf hin, dass sie kritisches Verhalten der Bürger/innen grundsätzlich begrüßen würden. Dieses sei jedoch in den meisten Fällen nicht durchdacht und leichtfertig verbreitet.

2.3.11 Warum gibt es Ihrer Meinung nach so wenige Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg?

Der Frauenanteil im Bürgermeisteramt liegt in Baden-Württemberg momentan bei gerade einmal 5%. Allgemein verzeichnet Baden-Württemberg nur einen geringen Anteil von Frauen in politischen Gremien, obwohl mehr weibliche Absolventinnen als männliche Absolventen ihr Studium an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung erfolgreich abschließen.

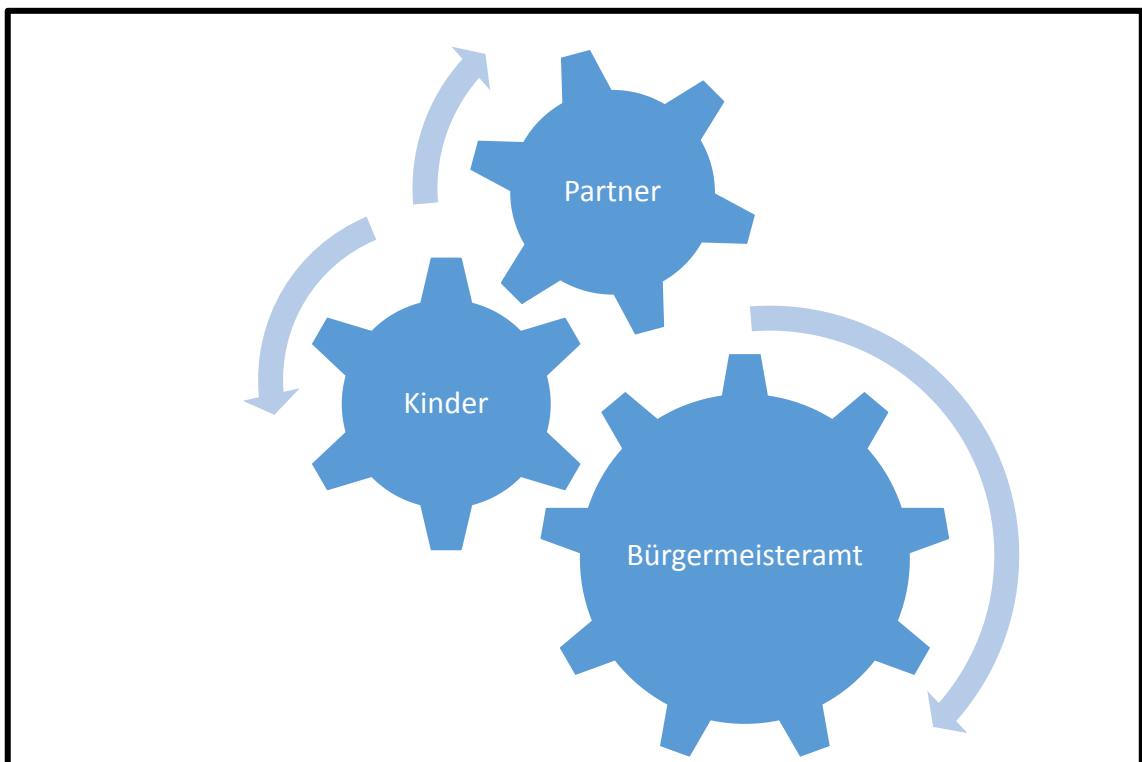
Daher wurden die Amtsinhaber zu möglichen Motiven befragt, welche Frauen von einer Bürgermeisterkandidatur abhalten könnten.

Im Verlauf der Untersuchung stand der Faktor Zeit immer wieder im Fokus der Befragten. Wie sich aus den vorangegangenen Ergebnissen entnehmen lässt, nimmt die Ausübung des Bürgermeisteramtes sehr viel Zeit in Anspruch. Um jeder Aufgabe angemessen nachkommen zu können, ist ein gutes Zeitmanagement unabdingbar. Schließlich gibt es keinen festen Arbeitsalltag, sondern sich täglich unterschiedlich ergebende Sitzungen, Projekte, Meetings und andere Termine. Modernes Zeitmanagement, das umsetzbare zeitliche Ziele enthält, ist daher umso wichtiger. Oftmals bedarf es hierfür einer guten Sekretärin, die den Terminplan auf die momentanen Gegebenheiten anpasst und bei dem Umfang an Aufgaben den Überblick behält. Für Außerberufliches verbleibt trotz allem nur ein geringes Zeitfenster.

Insbesondere Frauen gelten jedoch als Familienmenschen. Angesichts des Zeitmangels und des Arbeitsaufwands als Bürgermeister/in ist die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf umso fraglicher, denn sowohl die Partnerschaft als auch die Kinder bedürfen einer speziellen Aufmerksamkeit. Eine solche Aufmerksamkeit beanspruchen zusätzlich die Bürger für sich. Oftmals haben die Bürger/innen einen sehr überhöhten Anspruch an die ihnen zuteilwerdende Aufmerksamkeit, sodass sich die Doppelrolle zwischen Beruflichem und

Privatem noch schwieriger gestaltet. Diese These findet auch in der Literatur ihre Bestätigung.¹⁰

Vor allem Frauen, die bekanntlich vermehrt ihre Zeit in die Kindererziehung und –betreuung stecken, müssen somit einen beachtlichen Spagat zwischen Bürgermeisteramt und Familie bewältigen, um beiden Seiten gerecht werden zu können. Während andere berufstätige Frauen sich diesen Spagat mithilfe von Teilzeitarbeit erleichtern, ist dies im Bürgermeisteramt nicht denkbar. Die befragten Amtsinhaber meinen, dass Frauen die Akzeptanz der Bevölkerung nicht erfahren, wenn sie versuchen, sich um ihr Kind zu kümmern. Bürgermeister/innen würde zu oft als Eigentum der Bürger angesehen, sodass die Bürger sich auf der Prioritätenliste, wenn auch eher unbewusst, ganz oben sähen. Vom Bürgermeister/ der Bürgermeisterin würde die Anwesenheit grundsätzlich erwartet. Bei dessen/ deren Abwesenheit würden nur selten die Gründe hierfür hinterfragt oder versucht, Verständnis dafür aufzubringen. In den Köpfen der meisten Bürger ist die Pflicht zur Omnipräsenz verankert.



Die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf wird zudem durch die Medien beeinträchtigt. Wie reagieren Kinder beispielsweise, wenn die Presse die Mutter kritisiert? Wie belastend ist für sie die häufige Präsenz der Mutter oder ihrer selbst in der Öffentlichkeit? Dieser Rummel erschwert oftmals den Alltag der Bürgermeisterkinder.

Aus diesen Gründen, so bekräftigen die befragten Bürgermeister/innen, übernimmt die Frau in vielen Fällen die Rolle als Zweitverdiener. Vor allem für Frauen im gehobenen Dienst ist dies angesichts der Besoldung und des Status naheliegender.

¹⁰ Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister gewählt?, 2. Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2008, S. 69ff.

Als ein weiterer Grund dafür, warum es so wenige Bürgermeisterinnen gibt, führen die Befragten die Unterstützung und den Rückhalt des Partners auf. Eine Kandidatur für ein Bürgermeisteramt ist hauptsächlich davon abhängig, ob der Partner/die Partnerin diese Entscheidung in vollem Umfang mitträgt.

Oftmals haben Frauen aber auch heute noch gegen das althergebrachte Rollenmuster zu kämpfen. Das Bürgermeisteramt wird zum Teil immer noch als Männerdomäne angesehen, da das Führen und Leiten Männersache sei. Zudem käme es laut den befragten Bürgermeister/innen in der Praxis durchaus noch vor, dass sich sogar bei kinderlosen Kandidatinnen die Unterstützer, Parteien und/ oder Wählervereinigungen schwerer tun, Frauen anstatt Männer aufzustellen.

Zukünftig wäre wichtig, dass das typische Rollendenken weiter verändert wird. Im konkreten Falle sollte der Mann unter Umständen akzeptieren, dass die Frau eine höhere Position als er selbst einnimmt. Zudem steht fest, dass Frauen generell genauso selbstbewusst durchgreifen können wie ihre männlichen Kollegen. Auch hinsichtlich der Qualifikationen und Kompetenzen stehen die Frauen den Männern in nichts nach. Zweifellos können sachkundige und ambitionierte Frauen ebenso wie Männer für das Bürgermeisteramt kandidieren und so als Hauptverdiener agieren.

Daneben wird der Rückhalt und die Unterstützung benötigt, um den psychischen Belastungen des Berufs begegnen zu können. Das Arbeiten als Bürgermeister/in erfordert sowohl von Männern als auch von Frauen ein dickes Fell. Das Bürgermeisteramt wird, vor allem infolge der vielen anspruchsvollen Aufgabengebiete, als anstrengend verstanden. Rücktritte von Kolleginnen und Kollegen aufgrund gesundheitlicher Probleme wie Burnout sind den befragten Bürgermeister/innen bekannt. Dies strahle auch eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Bewerberinnen um das Amt aus, ist man sich sicher.

Ferner führe die Anspruchshaltung der Bürger/innen oft zu einer zusätzlichen Belastung für den Amtsinhaber. Vielen Bürgern fehle das Bewusstsein für den Umfang eines Arbeitstags eines Bürgermeisters/ einer Bürgermeisterin. Argumente wie „Der hat's leicht – er ist doch nur zwei Stunden am Tag im Rathaus!“ oder „Der macht das doch freiwillig.“, welche den Befragten durchaus zu Ohren kommen, demonstrieren, dass die Bürger nicht den vollen Arbeitsumfang kennen und daher viel fordern. Oft wird nur die Arbeit anerkannt, die in der Öffentlichkeit stattfindet. Die Büro-, Sitzungs- und sonstige Arbeit wird häufig übersehen.

Sobald Kritik an missbilligtem Verhalten oder ungeliebten Entscheidungen des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin laut wird, wird diese für gewöhnlich zusätzlich durch die Presse unterstützt.

Dankbarkeit für ihre Arbeit hingegen wird oftmals nicht ausgesprochen. Für die Amtsinhaber ist es daher selten erkennbar, ob die Dankbarkeit ganz fehlt oder einfach nur nicht geäußert wird.

Auch diese Beobachtungen sind eher weniger ein Anreiz, Bürgermeisterin werden zu wollen.

Der geringe Frauenanteil ist aber nicht nur ein Problem in Bürgermeisterämtern oder anderen politischen Gremien, sondern auch in der freien Wirtschaft ist der Anteil der weiblichen Führungskräfte ähnlich gering.

Oft wird als Lösungsvorschlag die Einführung einer Frauenquote genannt. Die Schwierigkeit hierbei wäre hinsichtlich des Bürgermeisteramts aber einerseits, dass die Bürgermeister/innen durch eine freie Wahl nach den Grundzügen der demokratischen Ordnung legitimiert werden müssen und evtl.

andererseits sich die Befähigung der männlichen und weiblichen Kandidaten unterscheiden könnte. Daher muss den Bürgerinnen und Bürgern auf jeden Fall die Wahl eines für sie geeigneten Kandidaten offen gelassen werden; ansonsten würde den Bürgermeisterinnen wahrscheinlich der Ruf vorauseilen, dass sie als Mann aufgrund der fehlenden Eignung niemals ihre Position erhalten hätten. Eine Frauenquote für Bürgermeisterwahlen kann allein deshalb nicht zielführend sein.

Die Entscheidung für oder gegen das Amt hängt überdies von zusätzlichen Faktoren ab. Je nach Kommune ist der Entschluss für oder gegen eine Kandidatur nicht einfach zu treffen. Vielfach ist dieser von der Konkurrenz abhängig. Potenzielle Kandidaten/innen müssen zunächst entscheiden, ob sie sich für ein freiwerdendes Amt oder gegen einen Amtsinhaber/in aufstellen lassen. Zwar gibt es mittlerweile Gemeinden und Städte, in denen ein Amtsinhaber nicht wiedergewählt wurde, jedoch kommt dies vergleichsweise selten vor.¹¹ Wer in sich selbst jedoch genug Vertrauen hat und wesentliche Kompetenzen für das Bürgermeisteramt mitbringt, kann es nach Meinung einiger der Befragten aber durchaus riskieren, sich als Gegenkandidat/in gegen einen/e Amtsinhaber/in zu bewerben.

Dies wird von vielen potenziellen Kandidaten/innen aber nicht gewagt. Sie wollen nicht als Verlierer dastehen, falls die Wahl zugunsten ihres Konkurrenten ausgeht. Vermehrt haben auch qualifizierte Fachkräfte Angst, nicht gewählt zu werden. Trotz der steigenden Anzahl der gewählten Bürgermeisterinnen sind sich wohl auch viele Frauen nicht sicher, ob sie sich bei einer Wahl durchsetzen und mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler erhalten können.¹² Die befragten Bürgermeister/innen hingegen stimmen dahingehend überein, dass zu wenige Frauen dieses Amt bekleiden, obwohl deren Chancen bei Wahlen meist erfolgsversprechend sind.

Eventuell hemmt aber auch der mögliche Widerstand nach einer erfolgreichen Wahl die denkbaren Bürgermeisteranwärterinnen. Schließlich kann es beispielsweise vorkommen, dass der Gemeinderat Entscheidungen trifft, die man selbst anders entschieden hätte. Solche Mehrheitsbeschlüsse müssen von einem Amtsträger jedoch mitgetragen werden. Dies kann so weit führen, dass Gemeinderat und Bürgermeister/in gegeneinander arbeiten. Dafür gibt es leider einige wenige Praxisbeispiele.

Obwohl dies überwiegend ein trauriger Einzelfall ist, können sich die befragten Bürgermeister/innen vorstellen, dass dieses Szenario Bewerber an der Einreichung einer Bewerbung hindert.

Gleichermaßen kann zudem Widerstand von den Bürgern ausgeübt werden. Mit diesem muss man schon im Wahlkampf umzugehen bereit sein. Aber auch, da Mehrheitsentscheidungen nicht allen Einwohnern in gleichem

¹¹ Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt?, 2. Auflage, Kohlhammer-Verlag 2008, S. 73ff.

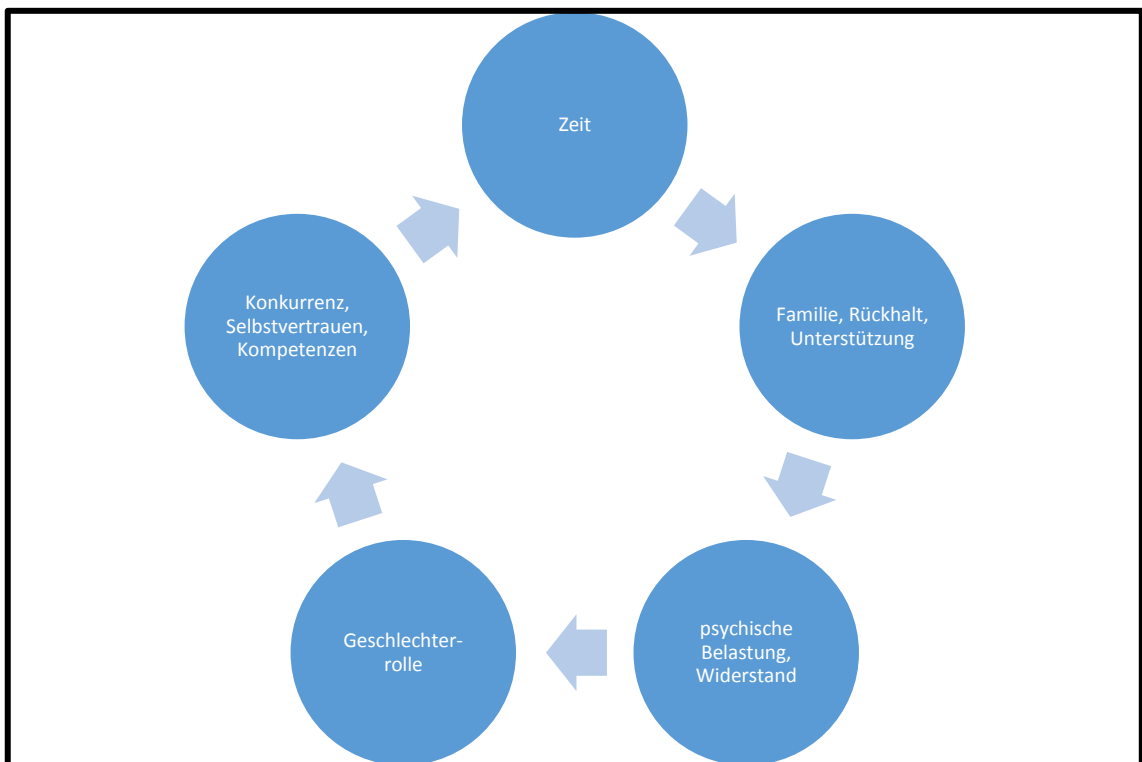
¹² Hans-Georg Wehling schreibt hierzu: „Bei einer sorgfältigen Beobachtung des kommunalpolitischen Geschehens in Baden-Württemberg gewinnt man nicht den Eindruck, dass Frauen schlechtere Chancen hätten als männliche Bewerber. Frauen kandidieren wesentlich seltener, doch wenn sie kandidieren, schneiden sie gut ab, selbst in scheinbar aussichtslosen Fällen: gegen Amtsinhaber. Es ist sogar auffällig, wie häufig Frauen einen Amtsinhaber aus dem Amt drängen [...]. Wehling, Hans-Georg: Wer wird Bürgermeister? in Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister: Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010, S. 47f.

Umfang gerechtfertigt erscheinen, kann es vorkommen, dass ein/e Bürgermeister/in vermehrt mit Kritik umgehen und sich verteidigen muss.

So könnte die Ausübung des Amtes nervenzehrend werden. Die meisten Streitigkeiten ufern glücklicherweise nicht aus. Diese „Worst-Case-Szenarien“ durchdenken viele Kandidaten/innen jedoch im Vorfeld. Möglicherweise ist dies ein weiterer Grund, der Frauen von einer Kandidatur abhält.

Somit gibt es viele Gründe, die für und gegen eine Bewerbung um das Bürgermeisteramt sprechen.

In der vorliegenden Untersuchung wurden diejenigen Faktoren explizit ausgeführt, welche durch die Befragten besonders fokussiert wurden, um den geringen Frauenanteil im Bürgermeisteramt zu erklären. Insbesondere die zeitliche Belastung, die Bedeutung der Familie, der erforderliche familiäre Rückhalt, die psychische Belastung, die Geschlechterrolle und die weiteren Konsequenzen, welche aus der Entscheidung für das Amt folgen, wurden dabei thematisiert.



Für viele Frauen scheinen – trotz der festzustellenden Chancengleichheit – die Argumente gegen eine Bewerbung zu überwiegen. Der Häufigkeit der Nennung nach zu urteilen, liegt dies insbesondere an der Doppelrolle als Mutter und als in Vollzeit tätiger (Ehe-)Frau. Aber auch die weiteren vielseitigen und intensiven Beanspruchungen spielen bei der Erklärung des bescheidenen Anteils an Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg eine Rolle.

Im Ergebnis zeichnet sich ab, dass der Bürgermeisterberuf von Frauen überdurchschnittlich viel abverlangt. Um erheblich mehr Frauen für dieses Amt zu gewinnen, müsste demzufolge die Belastungsintensität vermindert und die allgemeine Attraktivität dieses Berufs gesteigert werden.

2.3.12 Warum bewerben sich Ihrer Meinung nach so wenige Kandidaten?

Die zuvor beschriebenen Gründe, die Frauen dazu führen, sich eher gegen das Bürgermeisteramt zu entscheiden, sind in bestimmtem Maße auch Motive allgemein, warum sich eher weniger Kandidaten für den Bürgermeistersessel finden lassen. Insbesondere die zeitliche Intensität und die oftmals daraus resultierende psychische Belastung gelten für Männer und Frauen als Grundlage für die Entscheidung, sich nicht als Kandidat aufstellen zu lassen.

Des Weiteren ist aber auch die Sündenbockfunktion der Bürgermeister/innen ein Ausschlusskriterium für eine Kandidatur. Allein die Sorge, durch die Presse an den Pranger gestellt werden zu können, bewirke eine Tendenz zu einer alternativen Führungsposition hin, bei deren Ausübung man weniger in der Öffentlichkeit steht.

Zudem muss ein/e Amtsinhaber/in besondere Anstrengungen in Kauf nehmen und Herausforderungen meistern, um die Bürger/innen nicht zu enttäuschen und wiedergewählt zu werden. Dies bringt einen Leistungsdruck mit sich; schließlich hat ein/e Bürgermeister/in erst nach der zweiten Amtsperiode Pensionsansprüche. Daher möchten sich die Beamten auf Zeit vor einer „Abwahl“ und der damit einhergehenden finanziellen Unsicherheit schützen.

Um diese Hürden des Amtes überwinden zu können, sollten sich die Bürgermeister/innen umfassend auf den verschiedenen Arbeitsgebieten auskennen.

Viele Kandidaten/innen sind jedoch auf einen konkreten Bereich spezialisiert, sodass ihnen häufig generelle Kenntnisse auf dem kommunalen Gebiet fehlen, welche sie sich folglich aneignen müssten. Nicht jeder/jede potenzielle Kandidat/in möchte aber eine solche Generalistenrolle einnehmen.

Die Untersuchung hat auch ergeben, dass die Nachteile für Bewerber in größeren Gemeinden, da der Wahlkampf und der Organisationsaufwand für die Wahl dementsprechend aufwändiger und kostspieliger sind. Kandidaten/innen größerer Städte und Gemeinden suchen sich daher oftmals finanzielle Unterstützung von Parteien und Unternehmen.

Daran erkennt man auch, dass bei größeren Städten und Gemeinden die parteipolitische Bedeutung zunimmt. Verglichen mit kleineren Gemeinden werden in großen Gemeinden umfassendere und finanziell bedeutendere Entscheidungen getroffen. Diese Beschlüsse haben entsprechende politische Relevanz.

Aufgrund dieser großen Verantwortung für eine große Einwohnerzahl, dem politischen Aspekt sowie dem finanziellen und organisatorischen Aufwand, können sich die amtierenden Bürgermeister/innen gut vorstellen, dass mögliche qualifizierte Bewerber/innen das Wagnis einer Kandidatur scheuen. Viele trauen sich vermutlich nicht zu, die Aufgabenfülle bei einer entsprechend größeren Gemeinde bewältigen zu können. Zudem wäre die öffentliche Aufmerksamkeit um die eigene Person erheblicher.

Die sogenannte Sündenbockfunktion von Bürgermeister/innen in einigen Gemeinden, die Generalistenrolle, immense Anstrengungen sowie zusätzliche Herausforderungen von größeren Gemeinden sind weitere Faktoren, welche in der Untersuchung als Gründe für den Bewerbungsschwund aufgeführt wurden.

Falls Fehler im Rathaus auftreten, wird die Führungsspitze, also der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin, von Natur aus zum Verantwortlichen gemacht. Erst später wird oftmals klar, dass die Fehler primär anderen

Verantwortlichen zuzuschreiben sind. Die Generalistenrolle ist durch die zahlreichen Arbeitsgebiete des Bürgermeisteramtes unabdingbar, um die Führung übernehmen zu können.

So verdeutlichen die Bürgermeister/innen, dass an dieser Stelle keine befriedigende Lösung für die genannten Umstände gefunden werden kann.

Um die Anzahl an qualifizierten Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten zu steigern, muss also durch die Optimierung an anderen Stellen die Attraktivität dieses Amtes angehoben werden.

3. Einschätzungen und Aussagen von Familienangehörigen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

Im vorausgegangenen Teil dieser Arbeit wurde die Sichtweise von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dargestellt. Da vor allem die Familien unter dem Bürgermeisteramt leiden¹³, wurden auch Ehefrauen/Ehemänner und Kinder einiger Bürgermeister/innen befragt, um so ein umfassendes Bild zu bekommen, inwieweit das Amt der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters das Familienleben tangiert, beziehungsweise wesentlich mitgestaltet.

So empfinden es einige Familienangehörigen als störend, ständig in der Öffentlichkeit und somit unter Beobachtung zu stehen; man sei „schonungslos dem Urteil der Bürger ausgesetzt“. Außerdem weiß man nie, „wie ehrlich es die Bürger mit einem meinen“, was mit der Zeit zu einer misstrauischen Einstellung seitens der Familienmitglieder gegenüber der Öffentlichkeit führt.

Die Aussage, unter Beobachtung zu stehen, bezieht sich laut Aussagen der Befragten nicht nur auf repräsentative Anlässe, sondern auch auf ganz „normale“ Handlungen wie Einkaufen, Kinder von der Schule abholen, Freizeitaktivitäten der Familienmitglieder, gekleidet sein, um nur einige wenige Dinge zu nennen.

Einige Partner/innen von Bürgermeister/innen haben geäußert, dass Sie der „Öffentlichkeit“ gegenüber „dicht“ machen bzw. gemacht haben und sich bei öffentlichen Veranstaltungen oft nur noch am „Small talk“ beteiligen, da oft Aussagen von Familienmitglieder gegen die Partner/in verwendet wurden.

Ähnliches wurde auch von einigen Jugendlichen berichtet, deren Mutter oder Vater ein Bürgermeisteramt bekleiden. Diese sogenannte „Kollektiv-Schuld“, die Kinder mit ihrer Mutter, ihrem Vater tragen, ist oft für Kinder sehr anstrengend. Das führt sogar dazu, dass der eine oder andere sich einen Wegzug von der Gemeinde wünscht.

Der Funktion des „Dicht-Machens“ steht entgegen, dass sich manche Partner/innen ganz gezielt in sozialen Bereichen engagieren (z.B. Schirmherrin oder Schirmherr bei Benefiz-Veranstaltungen, Mitglied im Vorstand von sozialen und karitativen Vereinen, Initiatorin/Initiator für Wohlfahrtseinrichtungen). Manche Partnerinnen und Partner sagten aus, dass sie ohne das „Amt“ nicht die Chance gehabt hätten, sich in dieser Weise sozial und so effektiv zu engagieren.

Einige Befragte klagten auch über die mangelnde gemeinsame Zeit mit der Mutter/Ehefrau bzw. dem Vater/Ehemann. So seien spontane Unternehmungen kaum möglich. Selten sei die Familie an den Wochenenden und Abenden zusammen. Der Urlaub, der hauptsächlich außerhalb der Gemeinde verbracht wird, hat eine große Bedeutung für die Familien, denn dieser sei meistens die einzige Möglichkeit, gemeinsam Zeit zu verbringen.

Eine 17-jährige Tochter eines Bürgermeisters hat berichtet, dass sie sich auf die Liste der Bürgersprechstunde hat setzen lassen, um mit dem Vater ein – für sie – wichtiges schulisches Problem zu besprechen.

¹³ Bäuerle, Siegfried: Bürgermeister: Zur Charakterisierung einer interessanten Berufsgruppe - Eine empirische Untersuchung, in Position und Situation der Bürgermeister in Baden-Württemberg, Hrsg. Roth, Norbert Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 98f.

Besonders die Frage, ob eine geplante Wiederwahl positiv verlaufen kann und wie es bei einer möglichen Wahlniederlage weitergehe, verspüren manche Angehörige als ständigen Druck.

Eine Belastung für das Familienleben sind auch persönlich angreifende Leserbriefe, die über die freie Meinungsäußerung hinaus auch die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister beleidigen, denn viele Bürger können das Amt der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und die Privatperson nicht trennen. Die Bürger vergessen oder sind sich nicht bewusst, dass sie damit nicht nur die Bürgermeisterin/den Bürgermeister als Menschen, sondern auch die dahinter stehende Familie verletzen. So wünschen sich einige Befragte mehr Feingefühl und Umsicht von der Bevölkerung.

Doch trotz all der negativen Einflüsse und persönlichen Erfahrungen, können viele der Befragten dem Beruf der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters positive Seiten abgewinnen. So könne man die Ehefrau, den Ehemann, die Mutter, den Vater auch auf interessante Veranstaltungen begleiten, oft kann man interessante Menschen aus verschiedenen Sparten kennen lernen, was ohne das Amt nicht möglich wäre. Des Weiteren fühle man sich „automatisch“ der Heimatgemeinde viel mehr verbunden, als Bürger, die keine Verantwortung ihrer Gemeinde gegenüber haben oder empfinden.

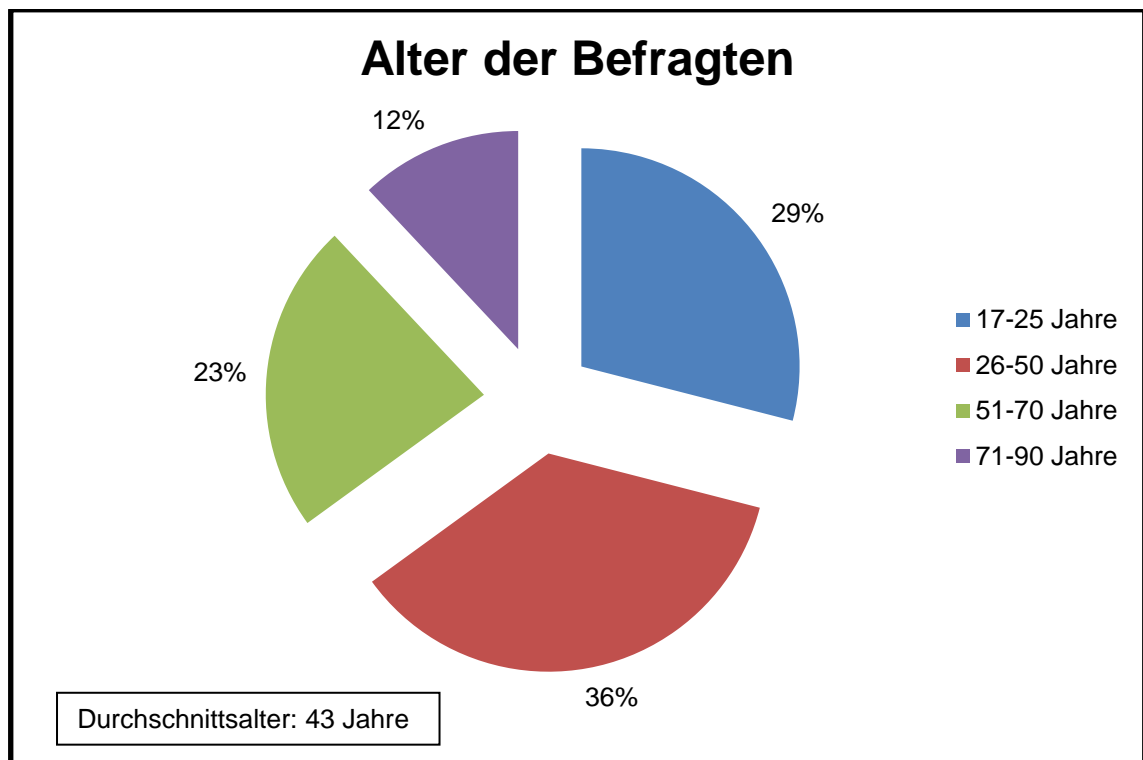
Auffallend jedoch ist, dass fast alle Befragten aussagten, dass Sie gegenüber dem Beruf der Ehefrau/Mutter oder des Ehemannes/Vaters dennoch Unterstützung, Toleranz, Respekt und Einsicht aufbringen.

4. Bürgerbefragung

Bürgermeister/innen stehen ständig in der Öffentlichkeit und werden somit auch von ihren Bürger/innen beobachtet und bewertet. Um klären zu können, ob sie das Bürgermeisteramt als familienunfreundlich betrachten, wurden 139 Bürger/innen aus verschiedenen Gemeindegrößen zu diesem Thema anhand eines Fragebogens befragt.

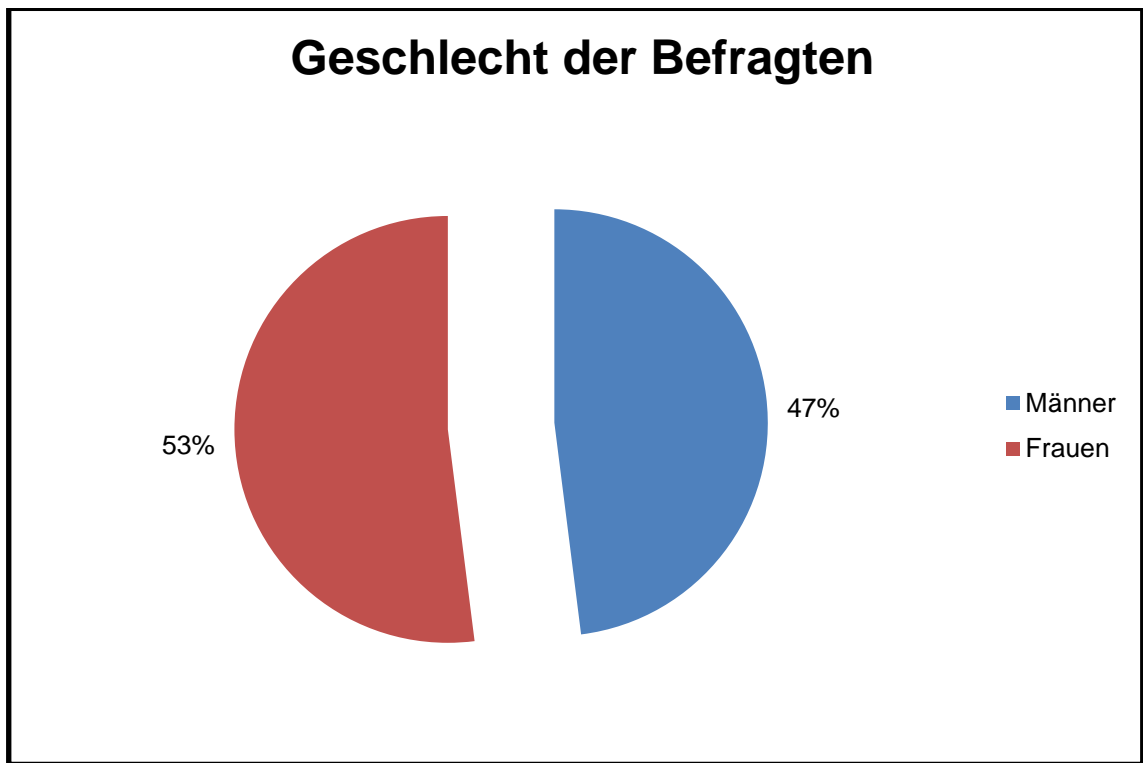
4.1 Alter

Um ein möglichst weites Spektrum an Sichtweisen der Bürger/innen zum Bürgermeisterberuf betrachten zu können, wurde darauf geachtet, Bürger/innen verschiedener Altersgruppen zu befragen. Die jüngsten Befragten sind 17, die ältesten 90 Jahre alt. Das nachfolgende Diagramm zeigt die Verteilung des Alters der befragten Bürger/innen auf.



4.2 Geschlecht

Um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, wurden Frauen sowie Männer befragt. 53% der Befragten sind weiblich, 47% männlich.

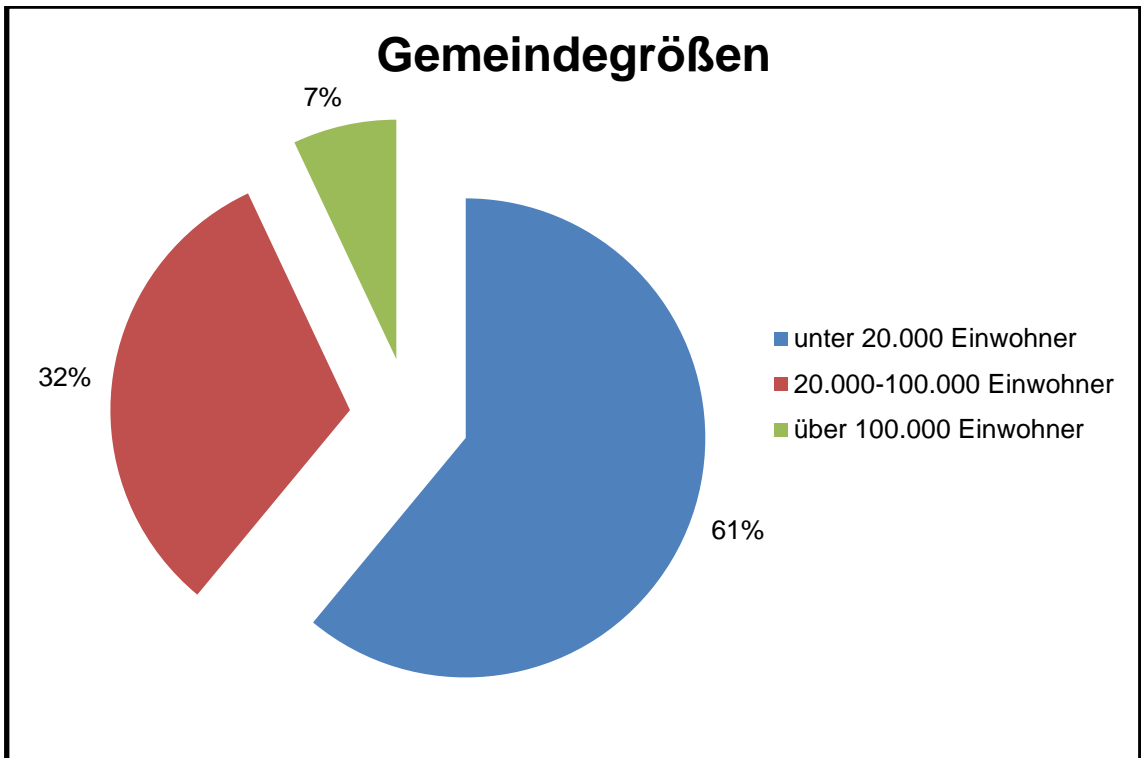


4.3 Gemeindegröße

Auch hier wurden Bürger/innen aus unterschiedlich großen Gemeinden befragt. Untergliedert wurden die Gemeinden nach Einwohnerzahlen. Drei Gemeindegrößenklassen ergaben sich hieraus:

- Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern
- Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern und
- Gemeinden über 100.000 Einwohnern

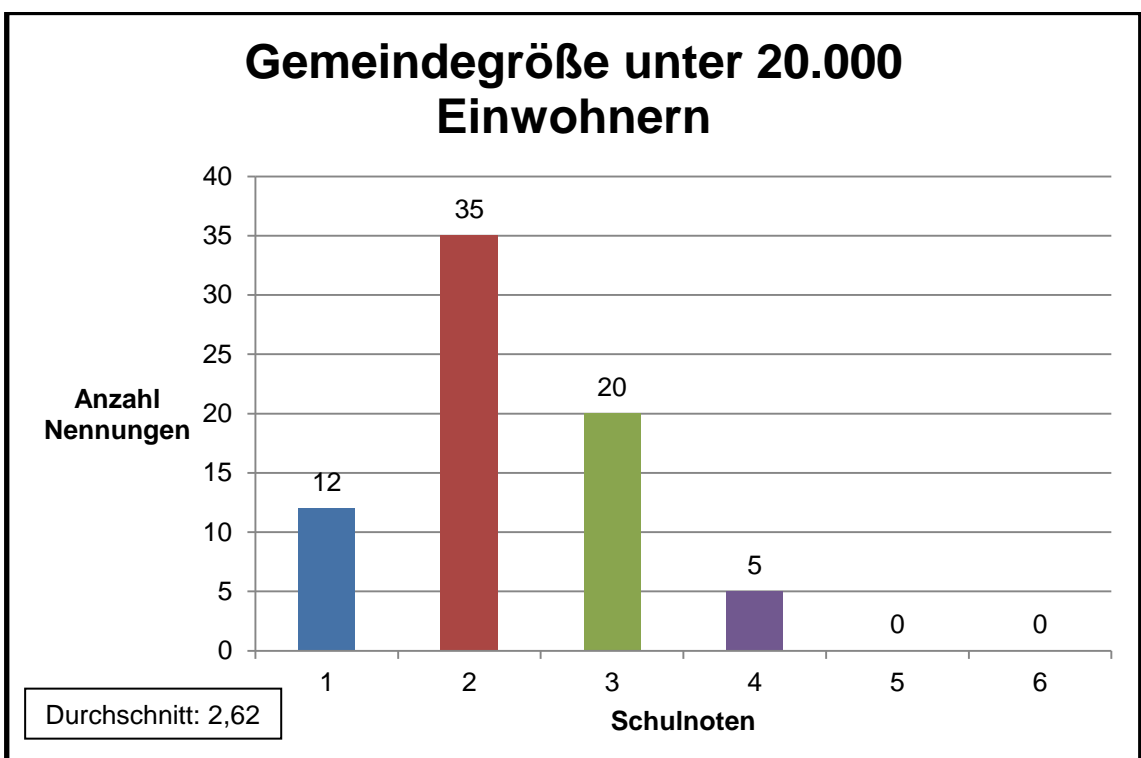
Im folgenden Diagramm ist dargestellt, wie viele der befragten Bürger/innen in den jeweiligen Gemeinden leben.



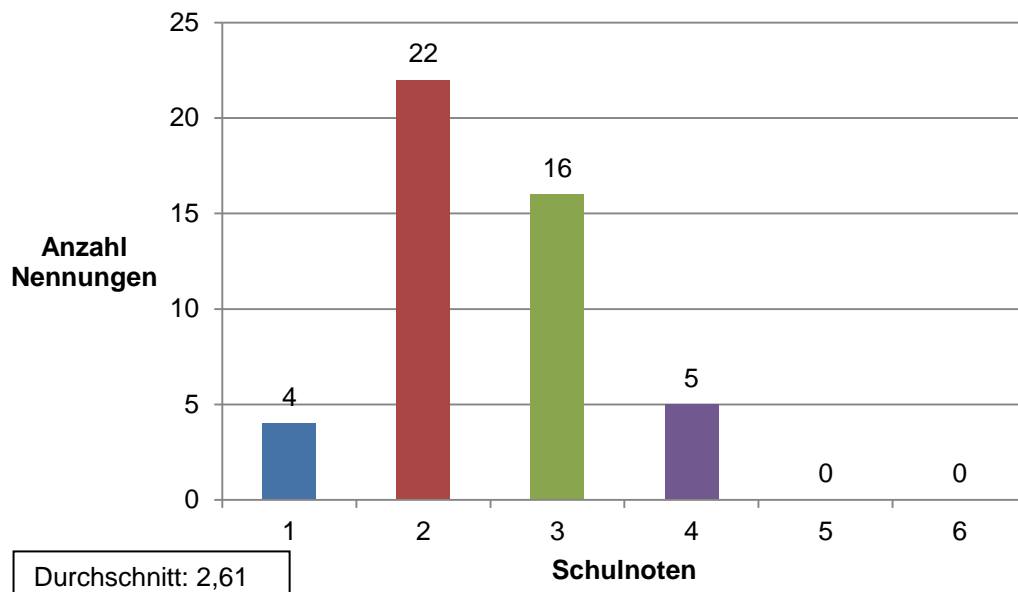
4.4 Wie zufrieden sind Sie mit der Gemeindepolitik in Ihrer Gemeinde?

Jeder befragte Bürger wurde außerdem gefragt, wie zufrieden er mit der Politik in seiner Gemeinde ist. Die Befragten sollten dies in Schulnoten angeben (von 1 = sehr zufrieden bis 6 = sehr unzufrieden).

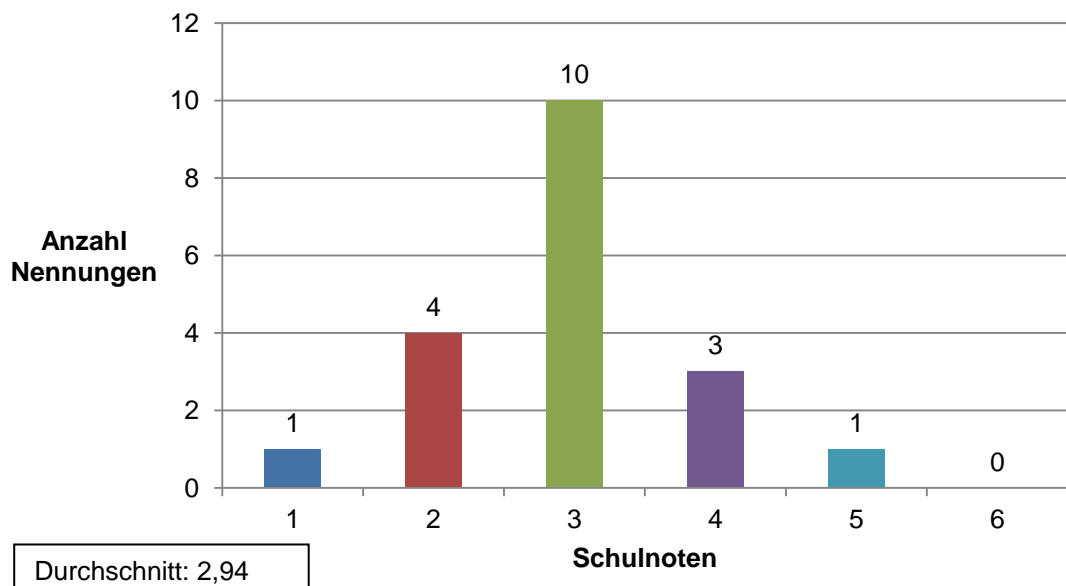
Nachfolgend sind die Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.



Gemeindegröße 20.000 bis 100.000 Einwohnern



Gemeindegröße über 100.000 Einwohnern



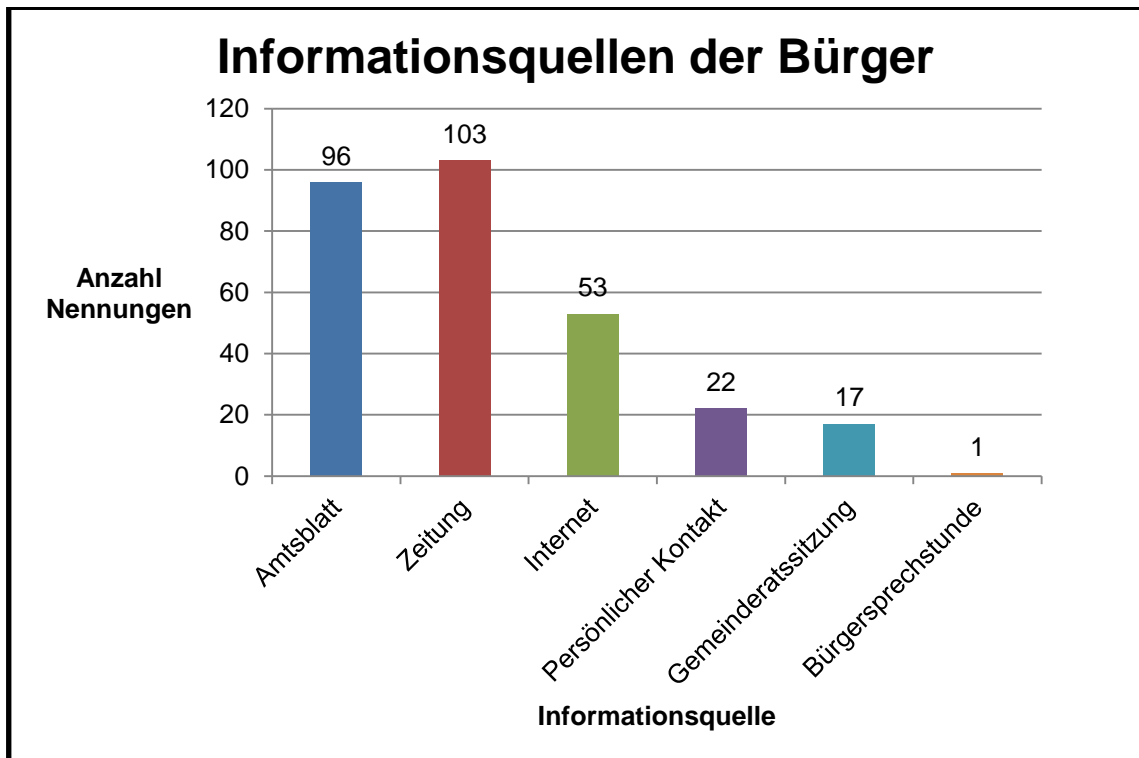
Signifikante Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der Gemeindepolitik in Bezug auf die Gemeindegröße lassen sich nicht feststellen.

Für schlechte Bewertungen (Schulnote 4) gaben die Bürger meist die Schuld den Gemeinderäten. Eine einseitige Lobby und zu wenig Innovation wurden an dieser Stelle gehäuft genannt.

4.5 Wie informieren Sie sich über das Geschehen in Ihrer Kommune?

Die befragten Bürger konnten aus folgenden Informationsquellen wählen:

- Amtsblatt
- Gemeinderatssitzung
- Internet
- Zeitung
- Bürgersprechstunde
- Persönlicher Kontakt



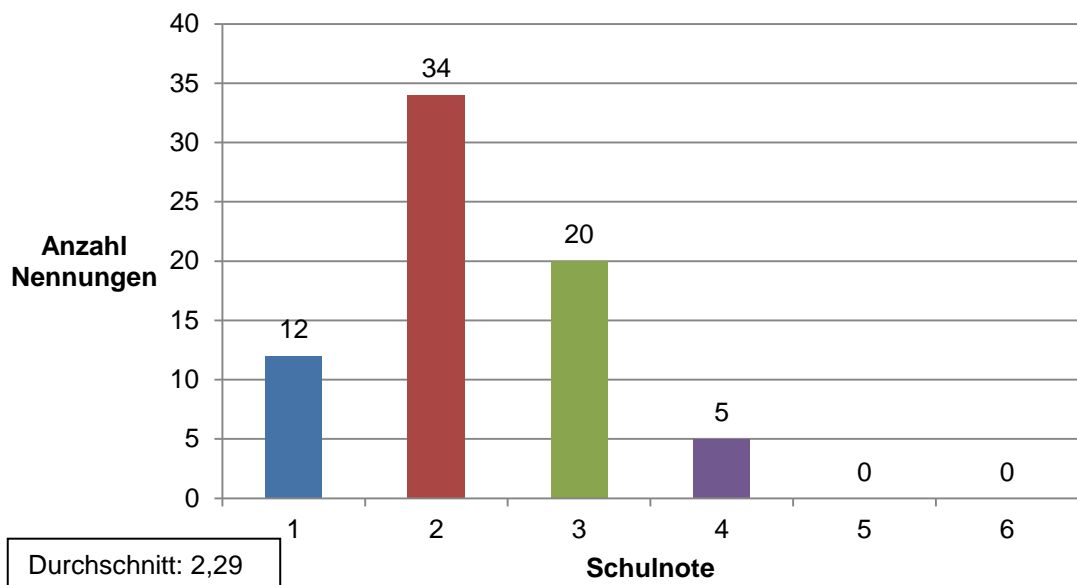
Die Grafik lässt erkennen, dass die beiden wichtigsten Informationsquellen der Bürger für das Politikgeschehen in ihrer Gemeinde das Amtsblatt und die Zeitung sind. Gemeinderatssitzungen und Bürgersprechstunden werden hingegen kaum wahrgenommen.

4.6 Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Bürgermeister/ Ihrer Bürgermeisterin?

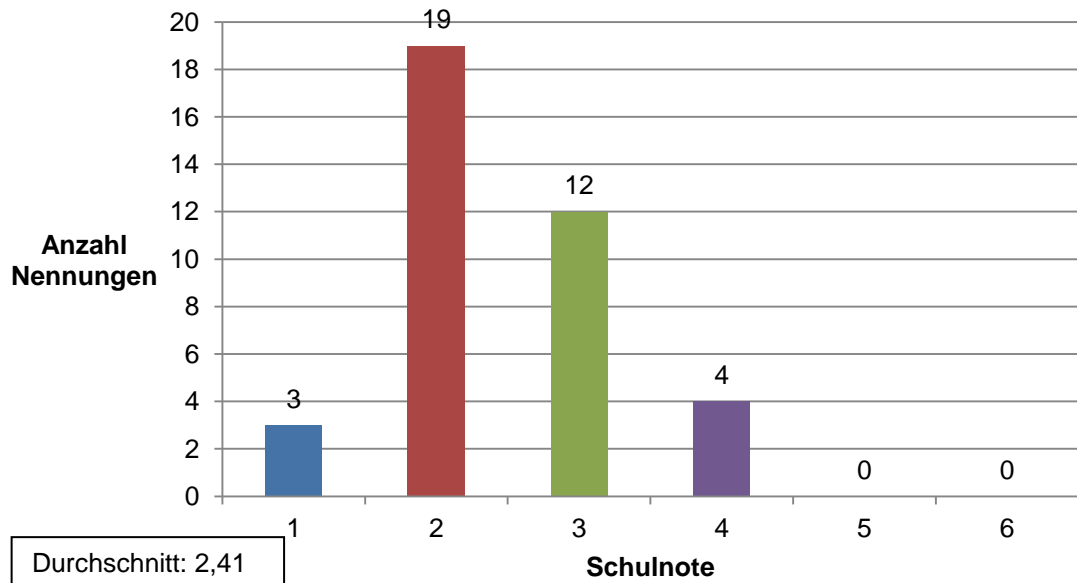
Wie schon in Bezug auf die Gemeindepolitik wurden die Bürger auch nach ihrer Zufriedenheit mit ihrem Bürgermeister/ ihrer Bürgermeisterin befragt. Auch hier sollten sie Schulnoten von 1 = sehr zufrieden bis 6 = sehr unzufrieden vergeben.

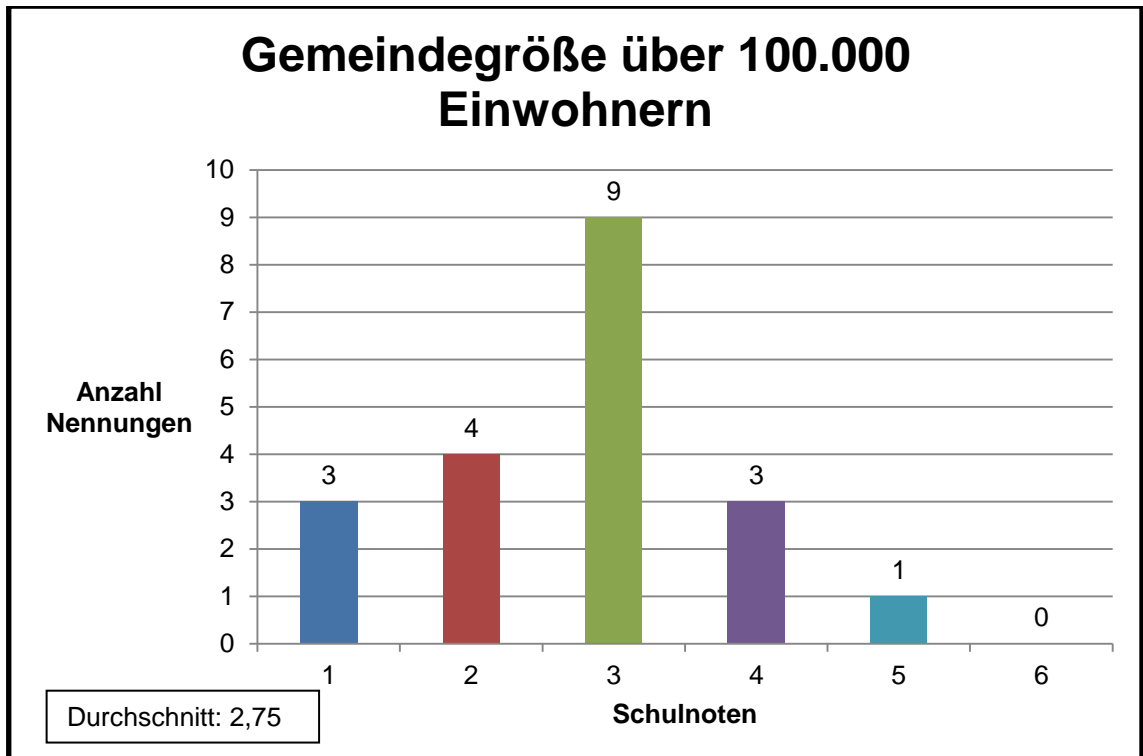
Nachfolgend sind die Ergebnisse dieser Befragung nach Gemeindegrößenklassen sortiert in 3 Diagrammen dargestellt.

Gemeindegröße unter 20.000 Einwohnern



Gemeindegröße 20.000 bis 100.000 Einwohnern

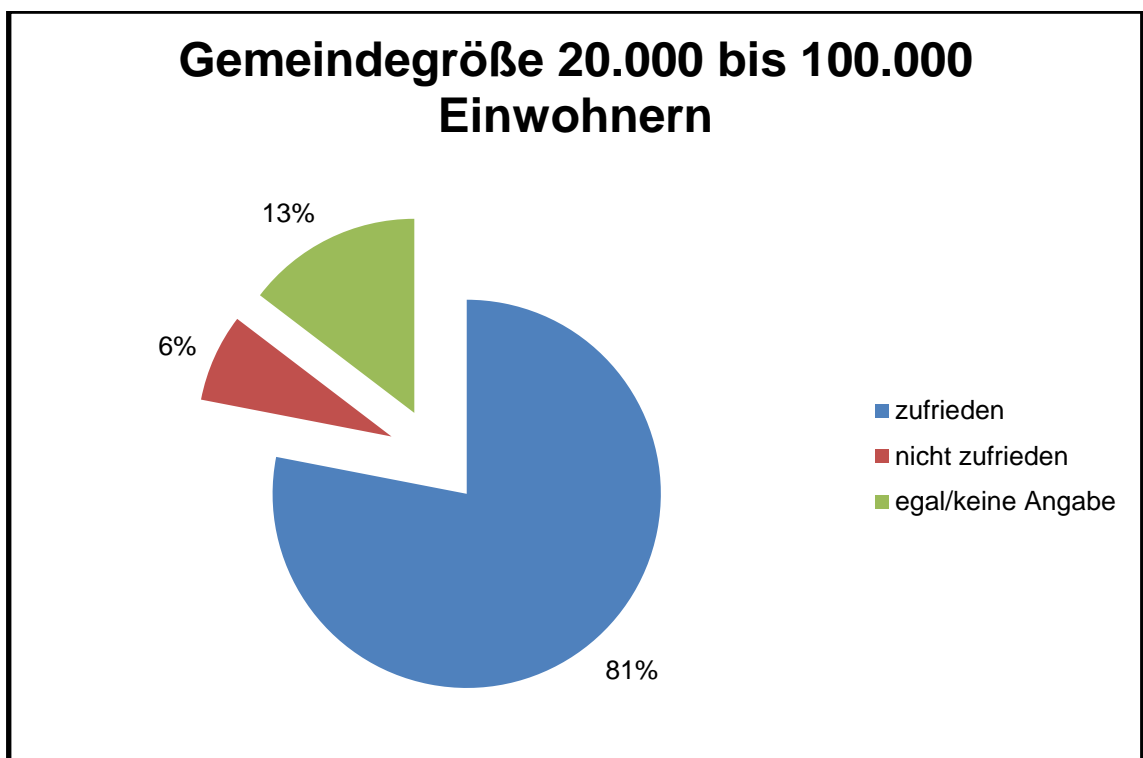
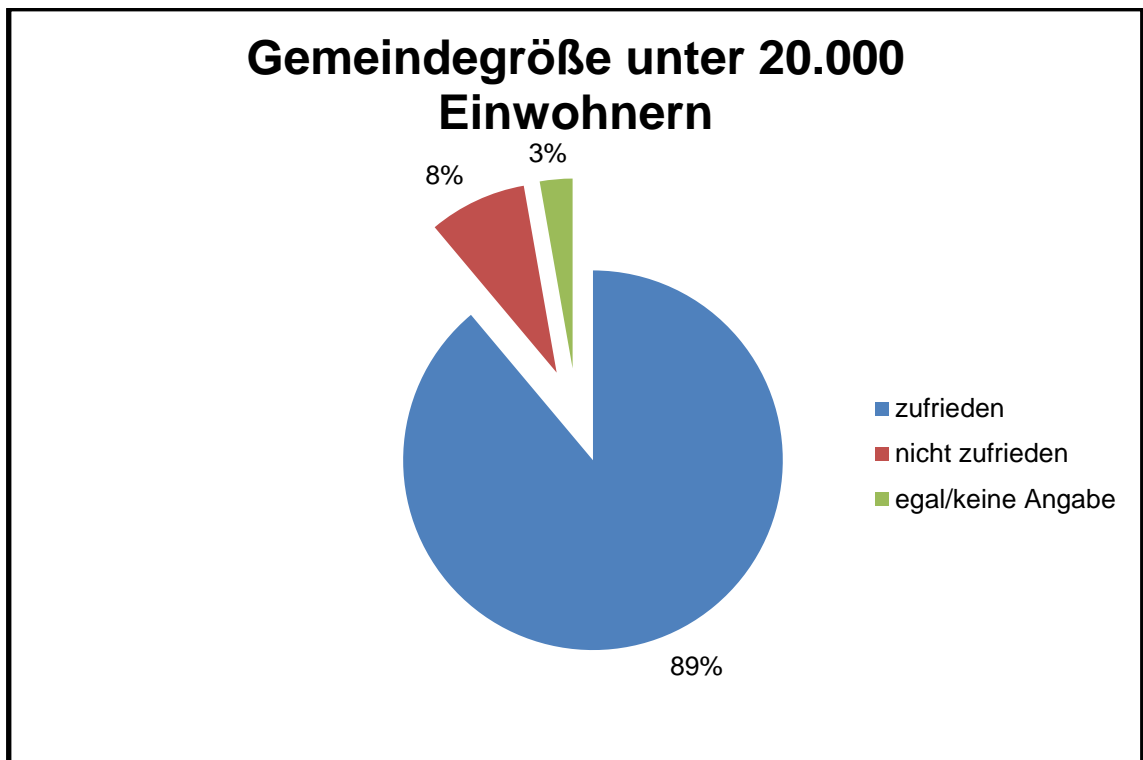


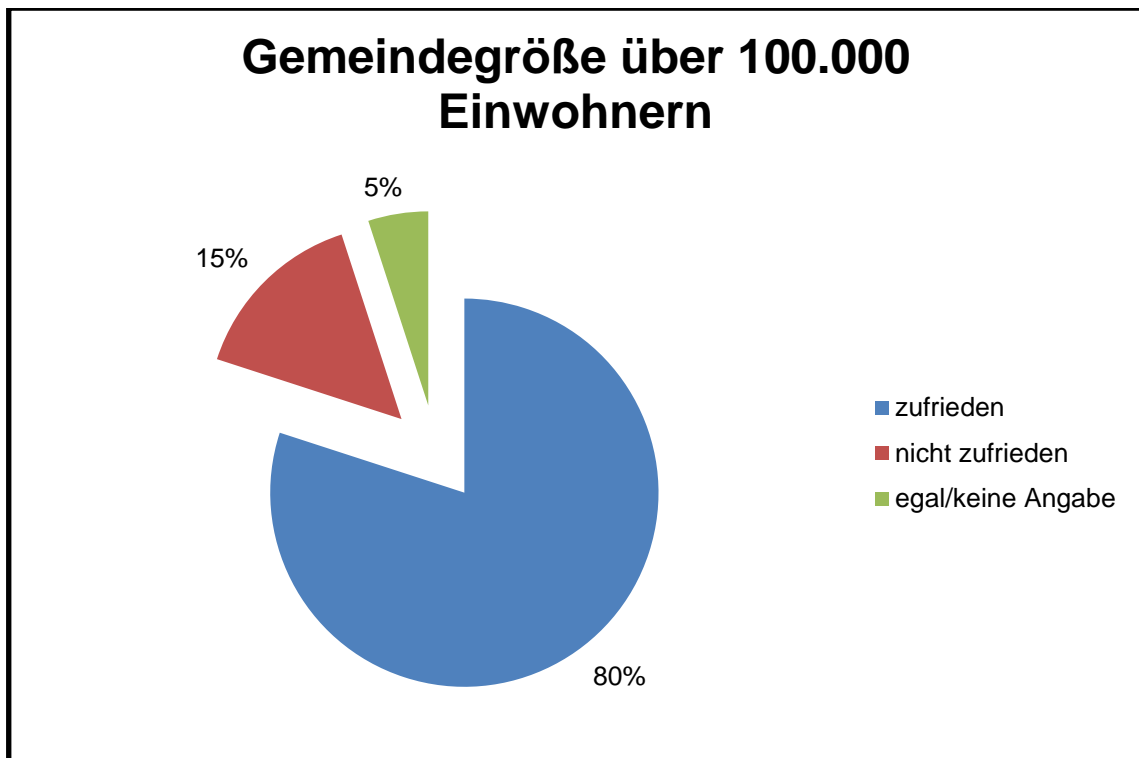


Ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem Bürgermeister/ der Bürgermeisterin und der Zufriedenheit mit der Gemeindepolitik scheint nicht gegeben zu sein. Jedoch weichen die beiden Angaben nicht auffällig voneinander ab.

Auch hervorzuheben ist, dass die Zufriedenheit der Bürger/innen mit den Bürgermeister/innen in kleineren Kommunen meist höher ist als in großen Städten.

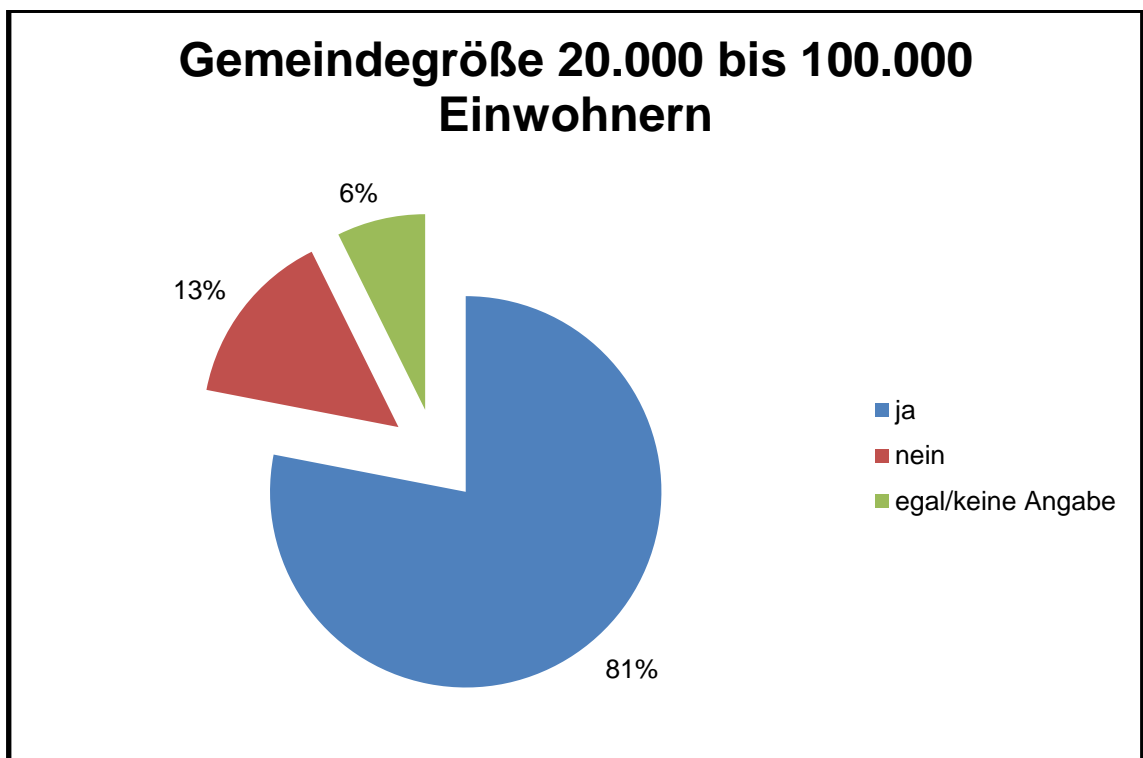
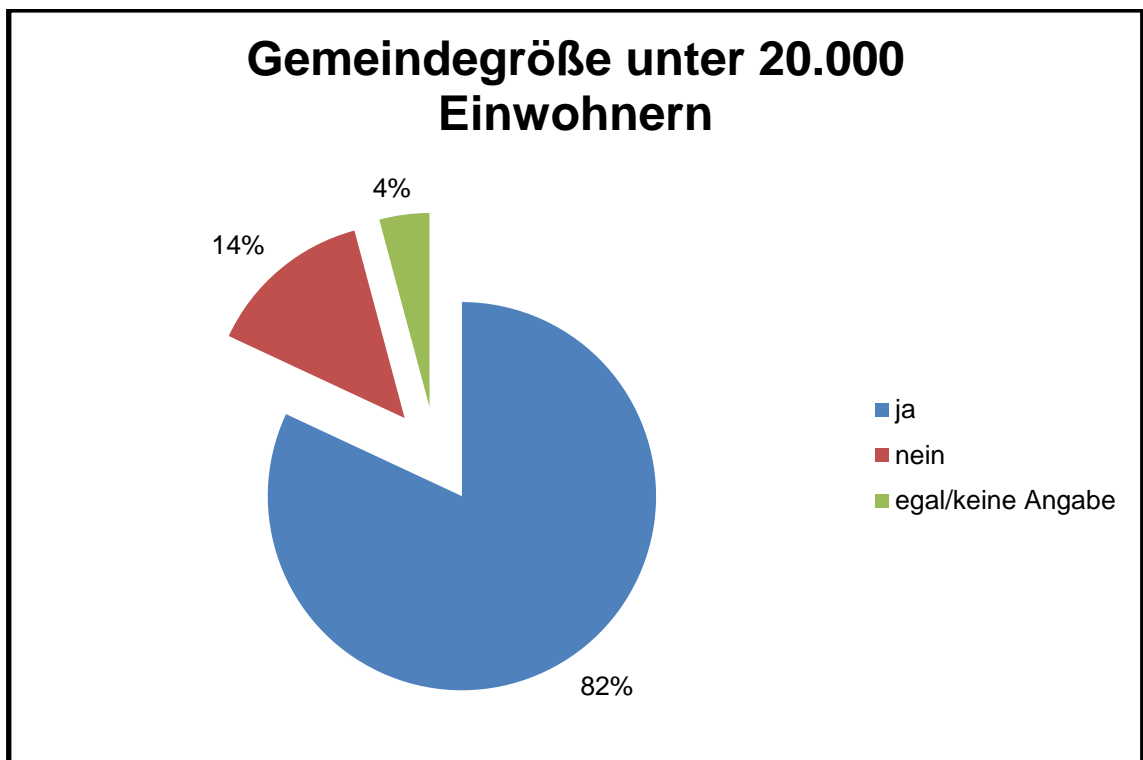
4.7 Sind Sie mit der Häufigkeit des Auftretens Ihres Bürgermeisters/ Ihrer Bürgermeisterin zufrieden?

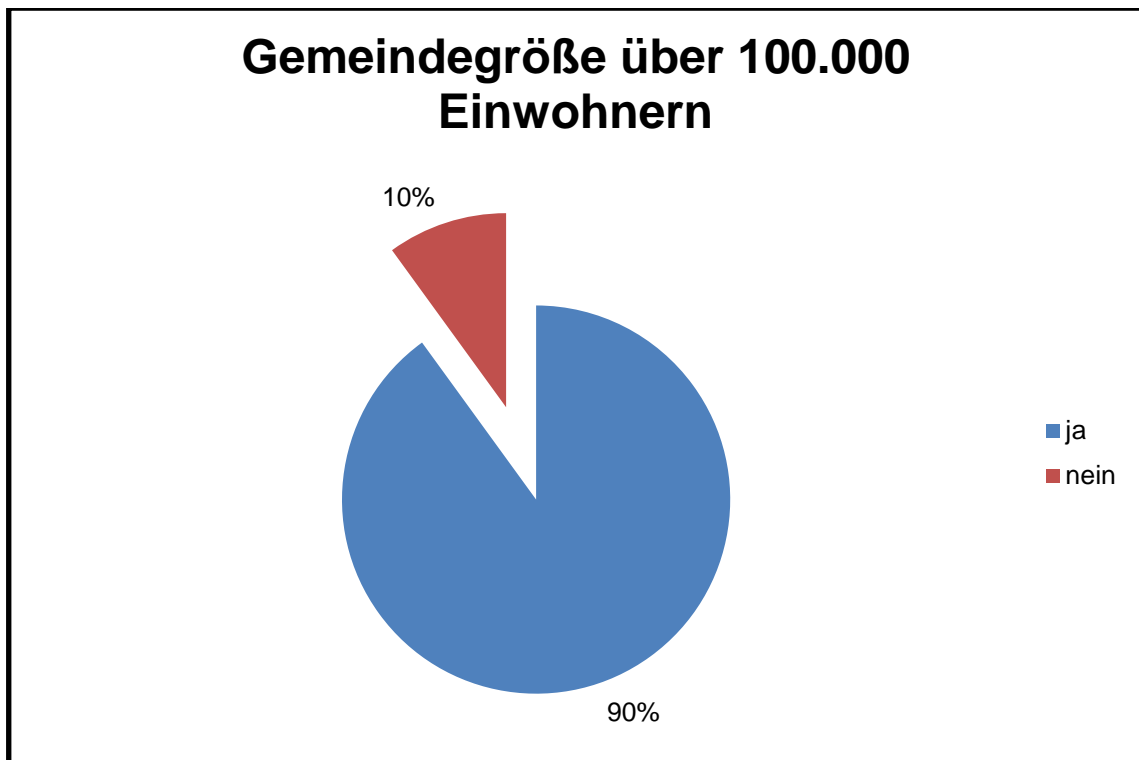




Von den 139 ausgewerteten Bögen hatten 6% der Bürger/innen keine Meinung oder es war ihnen gleichgültig (egal/keine Angabe). Bei den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 20.000 Einwohnern waren 89% mit der Häufigkeit des Auftretens ihres Bürgermeisters/ ihrer Bürgermeisterin zufrieden. 8% der befragten Bürger/innen waren es nicht. Bei den Gemeinden über 20.000 Einwohnern ergibt sich fast ein deckungsgleiches Bild. Von den befragten Bürgern waren 81% zufrieden, während 6% der Bürger/innen es nicht waren. Bei den Bürgern aus Gemeinden über 100.000 Einwohnern waren von den befragten Bürgern 80% zufrieden, während nur 15% der Bürger/innen unzufrieden waren. Aus den erhobenen Daten lässt sich deshalb kein Unterschied in Sachen Präsenz des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin in Bezug auf die Gemeindegröße feststellen. Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass die Bürger/innen mit der Präsenz ihres/r jeweiligen Bürgermeisters/in zufrieden sind.

4.8 Würden Sie auf Veranstaltungen einen Stellvertreter akzeptieren?

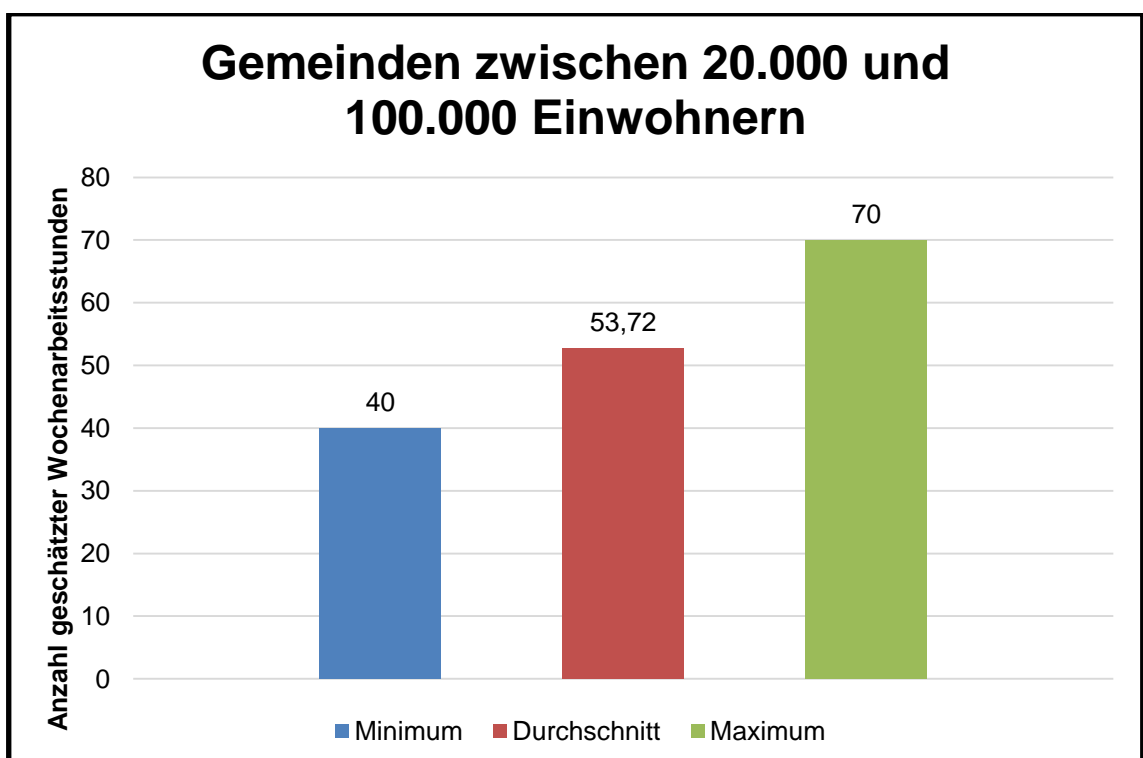
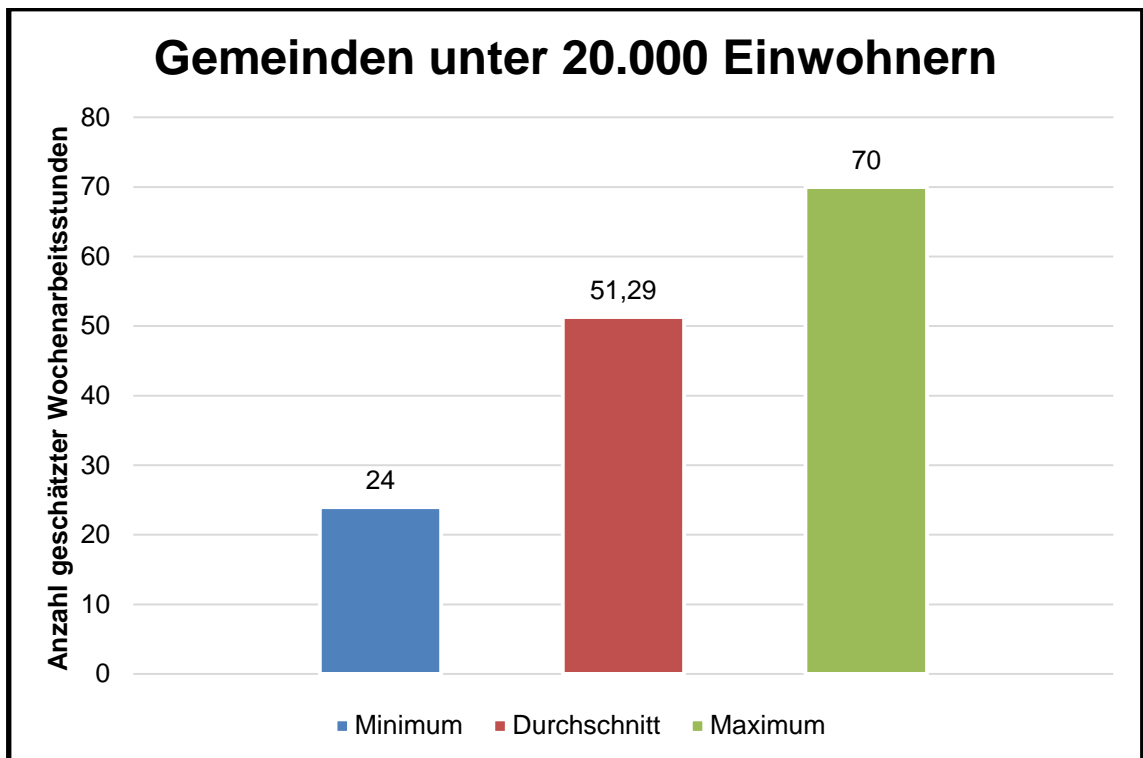


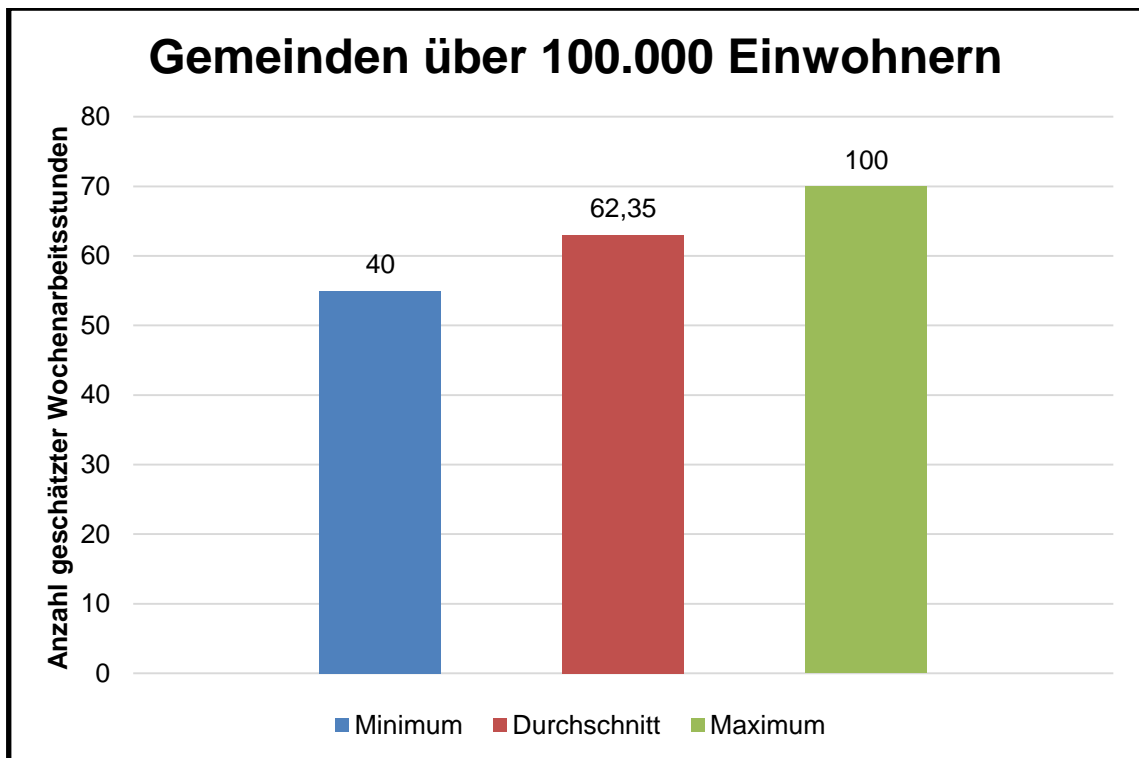


Bei den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 20.000 Einwohnern wären 82% damit einverstanden, dass statt des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin ein/e Stellvertreter/in anwesend ist. 14% der Bürger/innen würden dies negativ bewerten, während 4% hierzu keine Angabe machten oder es ihnen egal war.

Bei den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl über 20.000 würde dies 81% der befragten Bürger nicht stören, 13% würden dies negativ betrachten und 6% der Bürger/innen hatten hierzu keine Meinung oder es war ihnen egal. Bei den Bürgern, welche in einer Gemeinde über 100.000 Einwohnern lebten, wären 90% der Befragten mit einem/r Stellvertreter/in einverstanden während 10% es nicht wären. Es lässt sich vermuten, dass je größer die Gemeinde ist, desto eher der/die Bürger/in sich der Tatsache bewusst ist, dass der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin nicht bei allen Veranstaltungen der Gemeinde teilnehmen kann, sondern Prioritäten setzen muss. Dies unterstreichen die zusätzlichen Äußerungen der Bürger/innen in Bezug auf die Befragung. Von den 139 befragten Bürgern gaben 20% der Bürger/innen eine zusätzliche Begründung ab. Demnach ist es für 7% der Befragten wichtig, dass der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin bei besonderen Anlässen erscheint. Bei kleineren Gemeinden wird darauf ein besonderes Augenmerk gelegt. So gaben 3% der Befragten an, dass das Fehlen des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin automatisch auf ein fehlendes Interesse bezüglich der Veranstaltung hindeuten würde. Weitere 3% gaben als einzigen Entschuldigungsgrund an, dass ein wichtiger anderer Termin vom Bürgermeister/ der Bürgermeisterin wahrzunehmen ist. 2% der Bürger/innen gaben an, dass die Stellvertreter/innen zu unbekannt sind, als dass sie den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin vertreten könnten. Außerdem sei es eine „Sache des Amtsinhabers“ und man fühle sich diskriminiert, falls er auf der einen Veranstaltung auftritt, aber auf der eigenen nicht. Der persönliche Kontakt ist den Bürgern sehr wichtig, besonders bei Jubiläen. Ist ein Besuch nicht möglich, so solle wenigstens eine Postkarte geschrieben werden.

4.9 Wie viele Wochenstunden, schätzen Sie, arbeitet Ihr Bürgermeister/ Ihre Bürgermeisterin?





Vergleicht man die Durchschnittswerte der Wochenstunden, so fällt auf, dass je größer die Gemeinde ist, desto eher der Bürger das Gefühl hat, dass der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin eine höhere Anzahl an Wochenstunden hat. Auch beim Vergleich der Extremwerte wird dies deutlich. Während bei Gemeinden unter 20.000 Einwohnern der untere Extremwert bei 24 Wochenstunden liegt ist er bei Gemeinden über 20.000 Einwohnern und bei Gemeinden über 100.000 Einwohnern (40 Wochenstunden) deutlich höher. Bei den Gemeinden über 100.000 Bürger/innen wurde sogar eine höchste Wochenstundenanzahl von 100 angegeben.¹⁴

4.10 Was erwarten Sie von Ihrem Bürgermeister/ Ihrer Bürgermeisterin?

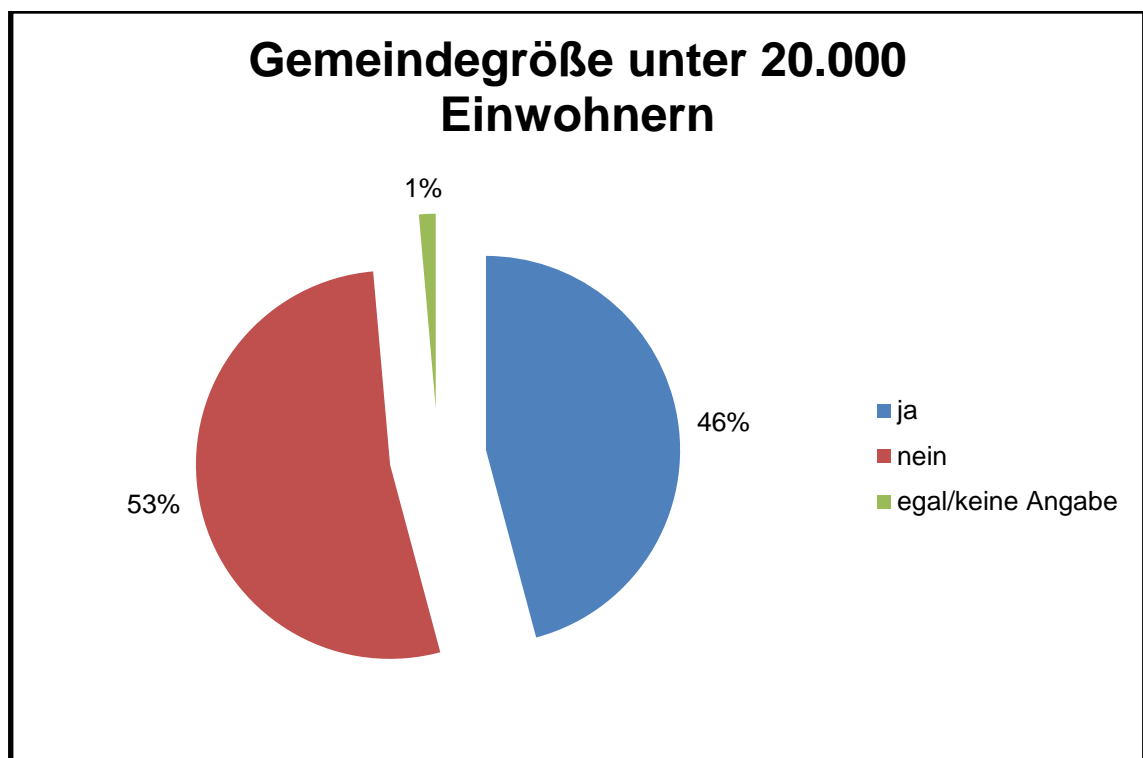
Von den 139 befragten Bürgern gaben 6% keine Auskünfte. Großer Fokus der Bürger liegt bei den Erwartungen in Bezug auf die Arbeit des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin auf dem Einsatz für die Belange der Bürger und die Kommune. 31% der Bürger äußerten dies als primäre Erwartung. Auch Sachthemen spielen bei den Bürgern eine große Rolle. So möchten 11% der Bürger/innen, dass sich der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin mehr für eine nachhaltige Haushaltspolitik einsetzt. Weitere 8% der Bürger/innen wollen, dass sich der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin für eine Verbesserung der Infrastruktur und des gesamten Ortsbildes einsetzt. Auch der Hochwasserschutz, mehr Jugendarbeit und eine nachhaltige Energiepolitik werden erwähnt. Ganz wichtig sind den Bürgern auch die charakterlichen Eigenschaften des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin. So sollte sie/er nett, freundlich, sympathisch und ehrlich sein, ein offenes Ohr für die Bürger/innen

¹⁴ Vgl. Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt?, 2.Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2008, S. 69f. Dort 60 bis 70 Stunden.

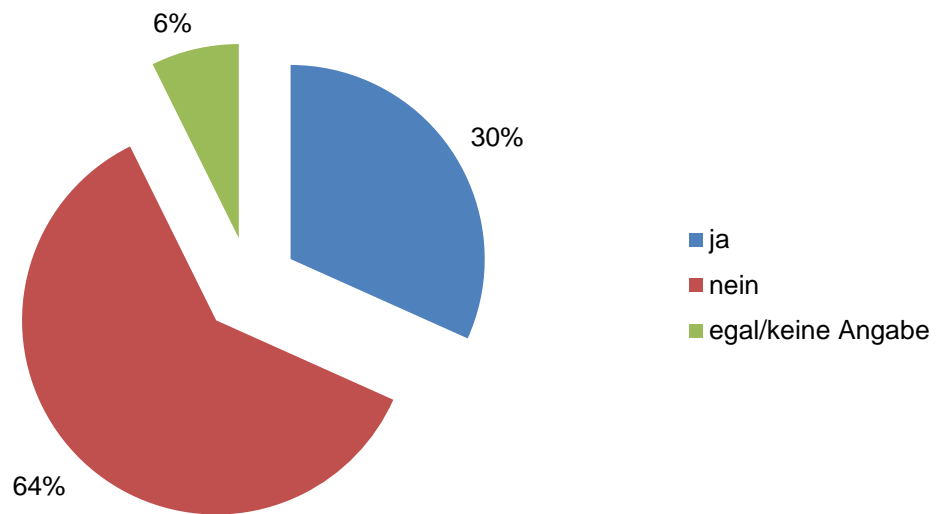
haben, Mut für Entscheidungen besitzen und ein Vorbild sein. Auch die Fachkompetenz ist einigen Bürgern wichtig. Ein besonderer Punkt stellt die Neutralität dar.

7% der Bürger/innen gaben als Erwartung an, dass ihr/e Bürgermeister/in keine Vetternwirtschaft betreibt und auch parteiunabhängig auftritt. Auch die Einhaltung der rechtlichen Regelungen wird erwähnt. Besonders wichtig sind aber vor allem auch die Präsenz bei Veranstaltungen und die Nähe zu den Bürgern. 16% der Bürger/innen gaben dies in der Befragung an.

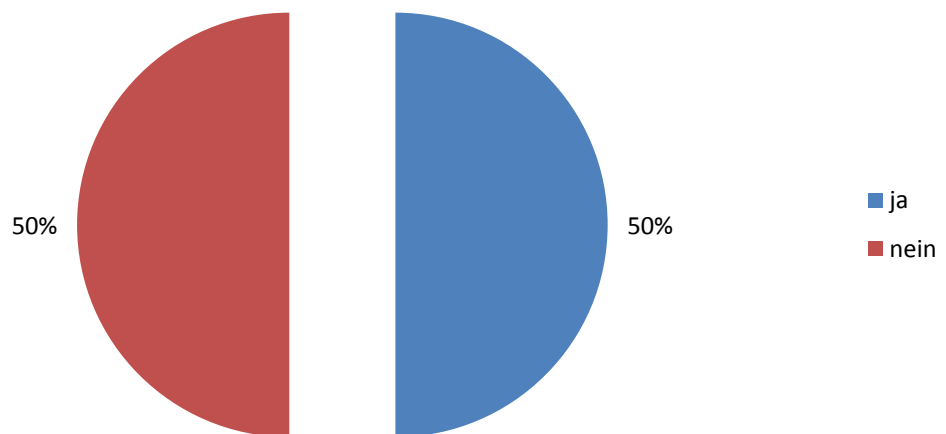
4.11 Halten Sie das Amt des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin für familienfreundlich?



Gemeindegröße 20.000 bis 100.000 Einwohnern



Gemeindegröße über 100.000 Einwohnern



Vergleicht man die Angaben der Bürger/innen aus Gemeinden über und unter 20.000 Einwohnern, so fällt auf, dass Einwohner kleinerer Gemeinden den Bürgermeisterberuf im Vergleich zu größeren Gemeinden als tendenziell weniger familienfreundlich betrachten.

4.12 Verbesserungsvorschläge für ein familienfreundlicheres Bürgermeisteramt

Von den 139 befragten Bürgern hatten 52% einen Verbesserungsvorschlag angegeben. 20% der Bürger/innen sehen demnach keine Möglichkeit, den Bürgermeisterberuf familienfreundlicher zu gestalten. Weitere 12% der Bürger/innen sehen eine Option darin, mehr Stellvertreter/innen wählen zu lassen und ihnen gleichzeitig auch mehr Aufgaben zu delegieren (Beispiel Jubiläen). Die grundsätzliche Option Aufgaben an dafür befähigte Mitarbeiter/innen zu delegieren empfinden weitere 4% der Bürger/innen als hilfreich. Insgesamt mehr Mitarbeiter/innen zur Entlastung einzustellen immerhin noch 2% der Bürger/innen. Sofern es in der Familie Kinder gibt, so 3% der Befragten, solle es die Möglichkeit geben, dass diese zum Amt mitgenommen werden können. Weitere 2% der Bürger/innen fänden es hilfreich, dass das Bild des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin in der Öffentlichkeit dahingehend geändert werden sollte, dass ein/e Bürgermeister/in keine Repräsentationsallmacht besitzt und deshalb auch nicht rund um die Uhr erreichbar sein sollte. Die meisten Bürgermeister/innen bieten hierzu feste Bürgersprechzeiten an, welche auch dementsprechend genutzt werden sollten.

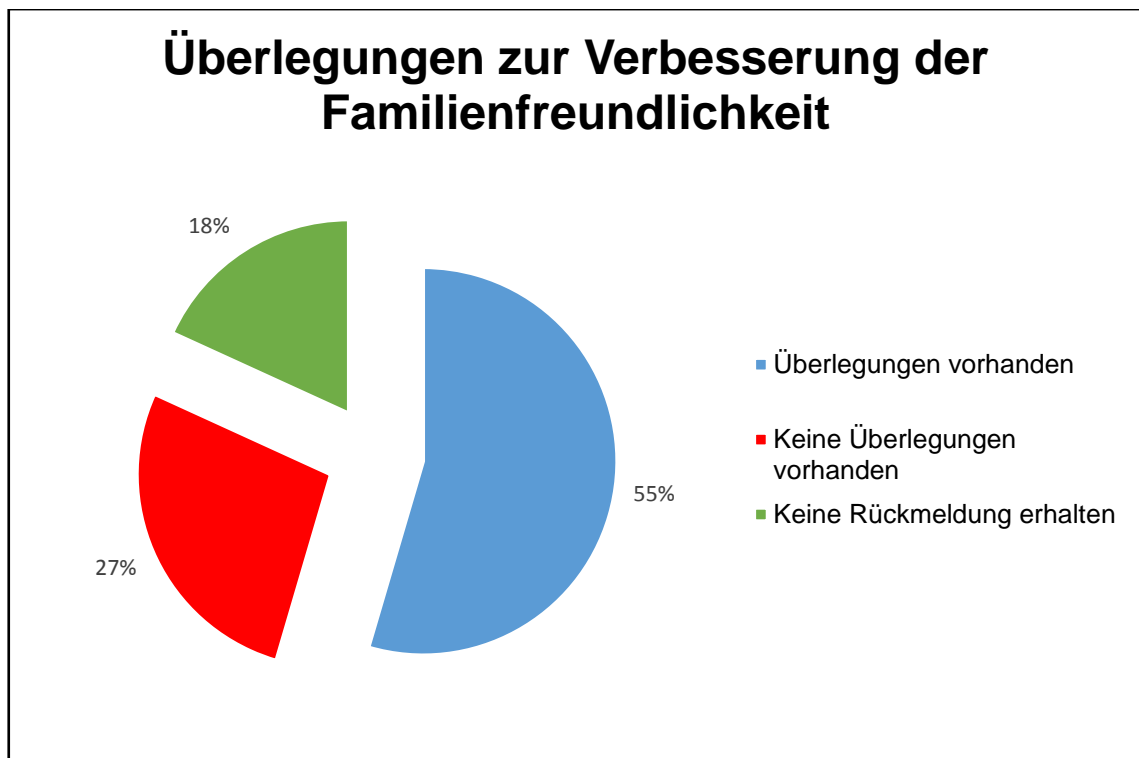
Des Weiteren finden sich zahlreiche Einzelmeinungen befragter Bürger/innen. So solle die Stundenarbeitszeit abgesenkt werden. Ein weiterer Bürger fordert mehr Transparenz vom Bürgermeister/ der Bürgermeisterin, damit die Bürger/innen nicht immer direkt auf sie/ihn zu kommen müssen. Wiederrum ein anderer fordert gegenüber der Tätigkeit des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin mehr Respekt und Toleranz gegenüber seiner Privatsphäre. Auch die Eigenverantwortung des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin bemängeln einige Bürger. So solle er seine Wochenendbelastung selbst herunterfahren und auch seinen Wohnort, falls nicht schon getan, in die von ihm geführte Gemeinde verlegen. Weniger Pressefokus als auch die Erhöhung der Bezüge werden als weitere Optionen genannt, um die Attraktivität des Amtes zu steigern. Abschließend lässt sich sagen, dass es für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit für den Bürgermeisterberuf aus Sicht der Bürger/innen kein Patentrezept gibt. Von den Bürgern, die sich zu der Thematik geäußert haben, sehen die meisten keine durchschlagenden Möglichkeiten, eine Verbesserung herbeizuführen.

5. Stellungnahme von Parteien, Verbänden und sonstigen Institutionen

Im Rahmen der Untersuchung wurden auch verschiedene Parteien, Verbände und weitere Institutionen befragt, um über die Überlegungen ihrer Organisation, wie man den Beruf der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters familienfreundlicher gestalten könnte, zu berichten. Das Ergebnis wird im Folgenden wiedergegeben.

Insgesamt wurden elf Institutionen zu der Problematik befragt. Dabei stellte sich heraus, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie der Gemeindetag mit dieser Fragestellung noch nicht befasst haben. Von dem Landesverband der Freien Wähler Vereinigung und der Bertelsmann Stiftung stehen die Rückmeldungen noch immer aus.

An dieser Stelle der Untersuchung werden daher nur die Überlegungen der sechs weiteren Institutionen dargelegt, die sich bereits intern mit der Problematik und den Lösungsmöglichkeiten beschäftigten.



Der **CDU-Landesverband** stellte eine Verbindung zwischen dem geringen Frauenanteil v.a. im Bürgermeisteramt und der sog. Süddeutschen Ratsverfassung her. Der geringe Anteil von Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg könnte auch damit zusammenhängen, dass der Bürgermeisterberuf entsprechend der Süddeutschen Ratsverfassung mit besonders vielen Kompetenzen ausgestattet ist und deshalb auch ganz besonders herausfordernd - und vielleicht gerade aufgrund dessen familienfeindlich - ist.

Der befragte Vertreter der CDU Baden-Württemberg könne aus seiner neunjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister subjektiv bestätigen, dass der

Beruf sehr zeitaufwendig und damit natürlich nicht familienfreundlich sei. Allerdings sei er auch davon überzeugt, dass man dieser Problematik nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen begegnen könne. Schließlich wolle niemand ernsthaft die Kompetenzen des Bürgermeisters beschneiden.

Darüber hinaus hinge die Art der Amtsausübung und damit auch die Frage der zeitlichen Intensität ganz entscheidend von der Persönlichkeit und dem Selbstverständnis der jeweiligen Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters ab. Dies ließe sich weder per Gesetz, noch in anderer förmlicher Weise befriedigend lösen, so der Vertreter des Landesverbands.

Zudem habe die Institution die Erhöhung des Frauenanteils in der CDU, insbesondere auch unter den Funktionsträgern, zum Ziel. Dafür wurde bereits im letzten Jahr das Projekt „Frauen im Fokus“ ins Leben gerufen, in dessen Zentrum die CDU Baden-Württemberg einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bis zum 10. Lebensjahr fordere.

Der **SPD-Landesverband** betonte, dass es durch gesetzliche Maßnahmen kaum gelingen könne, den Beruf der Bürgermeisterin /des Bürgermeisters familienfreundlicher zu gestalten, da die Bedingungen für deren Arbeit im Wesentlichen durch die örtlichen Anforderungen und die Erwartungen der Bürger/innen bestimmt würden.

Die SPD auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene könne jedoch einerseits einen Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung der Bedeutung von Familienarbeit leisten und andererseits Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für alle Berufstätigen ergreifen.

Zu diesen Maßnahmen gehören z.B. die Verbesserung der Kinderbetreuung und auch der Flexibilität für beide Elternteile (u.a. Anspruch auf Teilzeitarbeit, Sonderurlaub in Krankheitsfällen etc.), sodass nicht nur ein Elternteil alleine die familiären Pflichten wahrnehmen muss.

Auch der **Landesverband der Grünen** hat sich Gedanken zu dieser Thematik gemacht. Um den Beruf des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin attraktiver zu machen, würden die Grünen die Besoldungsstruktur der (Ober-)Bürgermeister/ innen anpassen.

Beim **Landesverband der FDP** besteht keine konkrete Beschlusslage zu diesem politischen Sachverhalt. Die Arbeitszeit sowie die arbeitsrechtliche Ausgestaltung des Berufsbildes seien ausreichend festgelegt. Nach der Meinung des Vertreters der FDP ergibt sich die enorme Zeitbelastung vor allem aus den zusätzlichen optionalen Veranstaltungen, welche ein Bürgermeister besucht. So bürde sich ein Amtsinhaber die meisten Aufgaben selber auf, sodass sich seine Bürger/innen wahrgenommen fühlen und die in der Regel angestrebte Wiederwahl nicht zu gefährden. Den Balanceakt zwischen Freizeit und Beruf müsse jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin für sich selbst bewältigen.

Der FDP-Landesverband ist daher der Auffassung, dass kein politisches Regulierungsinstrument dieser Situation Abhilfe schaffen könne.

Als Bürgermeisterkandidat benötige man schon von Anfang an das Bewusstsein für den Beruf und seine umfangreichen Aufgaben.

Im **Städtetag Baden-Württemberg** sind die Themen Familienfreundlichkeit, Integration und Inklusion ebenfalls aktuell.

Der befragte Vertreter des Städtetags agiert im Bereich für Inklusion, als welcher er u.a. regelmäßig Seminare zum Thema „Zeitmanagement“ gibt, und Bürgermeister/ innen als Coach dient.

Bei Themen wie Projektmanagement, Zeitmanagement, Strategische Ausrichtung der Kommune, Prozesshaftigkeit, Umgang mit blockierenden (problematischen) Angestellten steht er diesen beratend zur Seite.

Seiner Meinung nach ist der Beruf des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin im Wandel und muss sich daher dem neuen Familienmodell anpassen. Von Beginn an sei es v.a. unerlässlich, die Familie in die Entscheidung zur Kandidatur als Bürgermeister/ in einzubeziehen, um den für diesen Beruf besonders erforderlichen Rückhalt zu haben.

Die Omnipräsenz eines Bürgermeisters/ einer Bürgermeisterin müsse zugunsten der Familienfreundlichkeit eingeschränkt werden, sodass u.a. auch eine Elternzeit für Bürgermeister/ innen möglich werden müsse. Des Weiteren sei es bedeutsam, dass die Homosexualität als Bürgermeister/ in akzeptiert werde, da hier noch immer herrschende Meinung sei, man solle es besser für sich behalten, um keine negative Stimmung zu erzeugen. Dass dies nicht der Fall sei, würden jedoch einige Praxisbeispiele demonstrieren.

Zudem sei es für Bürgermeisterkandidaten von erheblicher Bedeutung, immer strukturiertere Wahlkämpfe zu führen und klare Ansagen zur späteren Arbeitszeit zu treffen, um den Bürgern von Anfang an zu vermitteln, dass man eben auch möglichst viel Zeit mit der Familie verbringen möchte. Aufgaben zu delegieren, soweit dies rechtlich zulässig sei, halte der Vertreter des Städtetags für eine sehr gute Möglichkeit, um den zeitlichen Aufwand zu verringern. Man müsse den meisten Amtsträgern aber Mut machen, wirklich Aufgaben abzugeben, wenn auch nur zeitlich befristet. Dies sei jedoch etwas, was man den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen erst beibringen müsse.

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** setzt an der politischen Bildung an. Unter dem Motto „Informieren - Orientieren - Aktivieren!“ möchte diese über die Aufgaben und Pflichten eines Bürgermeisters/ einer Bürgermeisterin informieren und Menschen ermutigen, sich zur Wahl zu stellen, da nur wenige Ämter ähnliche Gestaltungsmöglichkeiten wie das Amt des Bürgermeisters in Baden-Württemberg bieten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt fest, dass Frauen auch bei ihren Seminaren nur schwach vertreten sind und sich nur wenige Frauen für das Bürgermeisteramt bewerben. Dies mache hellhörig, da Frauen etwa bei den Studierenden der Hochschule Kehl in der Mehrheit sind und ihre Wahlchancen nicht schlechter sind als die der männlichen Kandidaten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, diesem Problem zu begegnen, indem sie bei ihren Seminaren Bürgermeister/innen vorstellt, die den Spagat zwischen Privatleben und Amt geschafft haben und die über diese positiven Erfahrungen berichten.

Die Arbeit der Stiftung liegt auch darin, Frauen zu qualifizieren und zu ermuntern, sich für Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu bewerben, u.a. durch das Frauenkolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung, durch das Frauen besonders gefördert und darauf trainiert werden, Verantwortung zu übernehmen.

Es lässt sich somit folgendes Fazit ziehen:

Die Rückmeldungen der befragten Parteien, Verbände und weiteren Institutionen zeigten, dass ein großes Interesse an der Klärung der

vorliegenden Fragestellung vorliegt. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist auch für einige der befragten Organisationen aktuell; andere erhoffen sich durch dieses Projekt, Denkanstöße und Lösungen zu finden, um dieser Problematik begegnen zu können.

Aus den Stellungnahmen derjenigen Organisationen, die sich bereits näher mit diesem Thema beschäftigt haben, zeichnet sich jedoch auch ab, dass es keinen eindeutigen, erfolgsversprechenden Lösungsansatz gibt. Um dieser Problemlage abzuhelpfen, muss an verschiedenen Punkten angeknüpft werden.

Einerseits müssen Bürger, welche hohe Erwartungen an ihren Bürgermeister/ ihre Bürgermeisterin stellen, über die intensive Beanspruchung durch das Bürgermeisteramt umfassend informiert werden, um die Problematik ganzheitlich verstehen zu können.

Andererseits hängt es auch von dem Bürgermeister/ der Bürgermeisterin ab, inwieweit sie die zeitliche, sachliche und persönliche Beanspruchung durch ihren Beruf zulassen. Durch Beratungsangebote und weitere Maßnahmen, wie sie die Organisationen vorschlagen, können diese jedoch in der Ausübung ihres Amtes erheblich unterstützt werden.

So könnte sich die Attraktivität und Familienfreundlichkeit des Bürgermeisteramtes steigern lassen.

6. Fazit

Ziel der vorliegenden Studie war es, herauszufinden, warum der Bürgermeisterberuf von potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten als „familienfeindlich“ wahrgenommen wird mit der Folge, dass scheinbar immer weniger qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten, insbesondere wenige Frauen, sich bewerben.

Was diese Frage betrifft, kann anhand der Untersuchungsergebnisse gezeigt werden, dass viele Faktoren auf die Entscheidung einer Kandidatur Einfluss haben.

Um die gegenwärtige Situation der Bürgermeister/innen analysieren zu können, wurden deshalb zunächst 35 Bürgermeister/innen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Gemeindegrößen befragt. Dies vor allem im Hinblick auf die Frage, ob das Bürgermeisteramt tatsächlich solch ein großes Problem hinsichtlich der Familienfreundlichkeit darstellt. Im nächsten Schritt wurde die Bevölkerung zu der Themenstellung befragt. Da sich unter diesen die potentiellen neuen Bürgermeisterkandidaten/Bürgermeisterkandidatinnen befinden, war es wichtig, zu erfahren, was diese von dem Beruf an sich und im Besonderen von der zeitlichen und familiären Belastung halten. Als dritte Anlaufgruppe, um eventuell Lösungsansätze zu entwickeln, wurden Parteien und Verbände befragt, ob es in ihrer Institution Überlegungen zu dieser Thematik gäbe.

Die Untersuchung ergab, dass die hohe zeitliche und psychische Belastung einer der Hauptgründe für die Entscheidung gegen das Amt darstellt.

Diese ergibt sich zum einen aus dem System der Süddeutschen Ratsverfassung, welche den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin mit besonders vielen Kompetenzen ausstattet. Daraus resultiert eine hohe Verantwortung für den Amtsinhaber/ die Amtsinhaberin. Es ist jedoch schwierig, diesem Problem durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegenzuwirken, da man die Handlungskompetenz eines/einer Bürgermeisters/ Bürgermeisterin nicht einschränken will. Obwohl der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin oft selbst die Entscheidung trifft, ob eine Veranstaltung besucht wird oder nicht, ist es oft gerade dieses Verantwortungsgefühl und die Angst der Nichtwiederwahl, die zu einer Omnipräsenz führt. Gerade bei persönlichen Veranstaltungen, wie etwa Geburtstagen oder Jubiläen, macht es oft keinen guten Eindruck, wenn der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin nicht bei allen Bürgern persönlich erscheint.

Auch bringt das Bürgermeisteramt meist weitere ehrenamtliche Tätigkeiten mit sich. Zwar sind solche zusätzlichen Ämter, wie der Vorsitz in Stiftungen oder die Mitgliedschaft in Orts- und Zweckverbänden, nicht verpflichtend, doch wird häufig ein diesbezügliches Engagement erwartet. Die Wahrnehmung solcher Tätigkeiten schafft zum einen wichtige Kontakte und Renommee in der Öffentlichkeit, jedoch bedeuten sie für den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin eine noch höhere zeitliche Belastung.

Fast die Hälfte der befragten Bürgermeister/innen arbeitet häufig bis 21 Uhr und auch ein freies Wochenende zählt eher zu den Ausnahmen. Unter diesen Voraussetzungen ist es schwer, ein „normales“ Familienleben aufrecht zu erhalten und gemeinsame Unternehmungen zu planen, zumal dreiviertel der befragten Bürgermeister/innen ständig und überall erreichbar sind. Dies ist mit einer hohen Belastung für die Familienmitglieder verbunden.

Bezüglich des Arbeitsbeginns konnte allerdings auch ein positiver Aspekt abgeleitet werden. So ging aus der Untersuchung hervor, dass die Bürgermeister/innen ihren Arbeitsbeginn flexibel gestalten können. Häufig ist es möglich, das Kind am Morgen noch in den Kindergarten oder die Schule zu bringen.

Jedoch steht die Familie unter ständiger Beobachtung und besonders in Zeiten des Wahlkampfs im Fokus der Öffentlichkeit. So sind oftmals alltägliche Handlungen wie Einkaufen, Freizeitaktivitäten oder der Kleidungsstil dem Urteil der Bevölkerung ausgesetzt. Dies kann enorme Folgen für das zuvor intakte Familienleben eines/einer Bürgermeisters/Bürgermeisterin haben, wie aus der Befragung hervorging. Es ist kein Einzelfall, dass die Beziehung dadurch „in die Brüche geht“ oder soziale Kontakte nicht gepflegt werden können. Zeit für Freunde und Hobbys bleibt in den meisten Fällen kaum. Wer zuvor Mannschaftssportarten betrieb, steigt oftmals auf Individualsportarten um. Es ist selten möglich, am Mannschaftstraining teilzunehmen.

Die familiären Belastungen können sich erheblich unterscheiden. Je nach Alter und Wahrnehmung der Kinder bzw. des/der (Ehe-)Partners/Partnerin, der Routine sowie der Häufigkeit der öffentlichen Präsenz der Familie wird die Belastung durch das Amt unterschiedlich wahrgenommen. Besonders eine geplante Wiederwahl bzw. eine mögliche Wahlniederlage üben einen ständigen Druck auf die Familie aus.

Vor allem die Möglichkeit aus der Wahl als Verlierer/in hervorzugehen und auch die finanzielle Belastung eines Wahlkampfs schrecken viele potentielle Bewerber/innen ab. Vor allem in großen Gemeinden ist eine Parteimitgliedschaft daher meist unabdingbar, um die Kosten abdecken zu können und eine politische Unterstützung zur Verfügung zu haben.

Die Bürgermeister/innen haben häufig auch mit der heftigen Kritik aus Presse und Bevölkerung zu kämpfen. Dies führt dazu, dass die Ausübung des Amtes zu einer psychischen Belastung für die Amtsträger/innen selbst sowie für deren Familien führen kann. Aufgrund der Tatsache, dass der Bürgermeister/die Bürgermeisterin das Oberhaupt der jeweiligen Gemeinde darstellt, werden sie für die Fehler und vorherrschenden Missstände verantwortlich gemacht. Viele potentielle Bewerber bevorzugen deshalb eine Führungsposition, bei der man weniger in der Öffentlichkeit steht. Die Bürger/innen sind größtenteils die härtesten Kritiker der Amtsinhaber/innen. Einige der befragten Bürgermeister/innen gaben an, dass eine angemessene Wertschätzung für das Amt ausbleibt.

Die Bürger/innen sollten mehr zwischen der Privatperson und dem/der Amtsträger/in trennen. Obwohl sie/er gegenüber der Bevölkerung verpflichtet ist, sollte ihr/ihm mehr Privatsphäre zugestanden werden. Dies erfordert ein gewisses Umdenken der Bürger/innen.

Trotz der Belastung sind über dreiviertel der befragten Bürgermeister/innen verheiratet und haben Kinder. Da besonders Frauen als Familienmensen angesehen werden, ist die Entscheidung für oder gegen das Bürgermeisteramt gerade für diese nicht einfach. Oftmals findet es unter der Bevölkerung keine Akzeptanz, wenn Frauen während einer Amtsperiode schwanger werden und für Wochen ausfallen. Auch die Tatsache, dass eine solch intensive Betreuung des Kindes, wie es im Falle einer gewöhnlichen Teilzeitarbeit beispielsweise gegeben wäre, nicht möglich ist, hindert einige an der Kandidatur. Viele Frauen entscheiden sich deshalb dazu, erst später für das Amt anzutreten, wenn die Kinder erwachsen oder „aus dem Gröbsten raus“ sind.

Frauen wird vor allem die Rolle als Zweitverdiener zugeschrieben. Gerade Frauen im öffentlichen Dienst verweilen in diesem aufgrund der damit einhergehenden Sicherheit.

Eine Voraussetzung für die Kandidatur ist ein starker Rückhalt des/der jeweiligen Partners/Partnerin, der gegebenenfalls auch den Großteil der Kinderbetreuung übernimmt oder zumindest eine große Unterstützung darstellt. Dies ist vor allem wichtig, um den Belastungen des Berufs begegnen zu können.

Eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Bewerber/innen hat auch ein Rücktritt von Amtsinhabern/Amtsinhaberinnen aufgrund gesundheitlicher Probleme, wie beispielsweise Burnout.

Ein möglicher Lösungsansatz zugunsten der Familienfreundlichkeit kann eine Flexibilisierung der Arbeitszeit sein. Die Allgegenwärtigkeit eines Bürgermeisters/ einer Bürgermeisterin könnte eingeschränkt werden, sodass u.a. eine Elternzeit oder Teilzeitarbeit möglich ist. Um später auf bessere Akzeptanz der Bürger zu stoßen, sollte schon im Wahlkampf die Absicht über die Arbeitszeiteinteilung in Bezug auf die Familie deutlich gemacht werden. Dadurch wird im Voraus Klarheit über die Beziehung zwischen Familie und Amtsausübung geschaffen und eventuelle Beschwerden der Bürger/innen im Hinblick auf Zeitmangel des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin verhindert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Delegation an Stellvertreter/innen und, soweit dies rechtlich zulässig ist, auch eine Abgabe einzelner Aufgaben an Mitarbeiter/innen. Vor allem bei der Befragung der Bürger/innen wurde deutlich, dass dies durchaus akzeptiert wird. Jedoch schrecken gerade davor noch viele Amtsinhaber zurück, da ihrer Ansicht nach eine Delegation nicht möglich oder nicht gern gesehen ist.

Auch ist es sinnvoll, Seminare zu Zeit- und Projektmanagement zu besuchen. Dies kann bei der Koordination der beruflichen und privaten Termine hilfreich sein.

Die Forderung einiger Parteien und Verbände ist eine Erhöhung der Besoldung. So könnte der Bürgermeisterberuf für potenzielle Bewerber/innen attraktiver werden.

Abschließend kann festgestellt werden, dass kein eindeutiges „Erfolgsrezept“ für mehr Familienfreundlichkeit im Bürgermeisterberuf erkennbar ist. Vielmehr kommt es auf die örtlichen Anforderungen, die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten/ der Kandidatin sowie die Erwartungen der jeweiligen Bevölkerung an.

7. Literaturverzeichnis

- BÄUERLE, Siegfried: Bürgermeister: Zur Charakterisierung einer interessanten Berufsgruppe - Eine empirische Untersuchung, in Position und Situation der Bürgermeister in Baden-Württemberg, Hrsg. Roth, Norbert Stuttgart/Berlin/Köln 1998
- BANNER, Gerhard: Die baden-württembergische Kommunalverfassung – Ein Modell für Deutschland, in: Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister : Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010
- BERTELSMANN-STIFTUNG/ Deutscher Städtetag/ Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, 2008
- BOGUMIL, Jörg/ HOLTKAMP, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung Eine policyorientierte Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaft/GWV Fachverlage, Wiesbaden 2013
- FREI, Thorsten: Motivation zur Kandidatur und Umsetzung im Wahlkampf – Eine Darstellung entlang eigener Wahlkampfverfahren, in: Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister: Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg Verlag, Stuttgart 2010
- HOLTKAMP, Lars: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit), VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage, Wiesbaden 2008
- KERN, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt?, 2. Auflage, Kohlhammer- Verlag, Stuttgart 2008
- SCHRÖTER, Susanne: Pressemitteilung zum Bürgermeistertag 2014, 14.03.2014, „Parteilos – kommunal – souverän – Eine beachtliche politische Kraft“, http://www.der-buergermeistertag.de/downloads/pressemitteilung_140314.pdf, 22.04.2014
- WEHLING, Hans-Georg: Wer wird Bürgermeister? in Witt, Paul (Hrsg.): Karrierechance Bürgermeister: Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur, Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010

INTERNETQUELLEN

<http://www.karriere.de/karriere/manager-arbeiten-weniger-165450/>,
03.04.2014

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommunen-in-baden-wuerttemberg-immer-mehr-buergermeisterinnen.8bf3aeb9-eef9-47a1-9ab7-4cdb5789bd31.html>, 22.04.2014

Anhang

Anhang 1: Fragebogen für Bürgermeister/innen

1. Steckbrief:

- Wie alt sind Sie?
- Wie lange sind Sie schon Bürgermeister?
- Gehören Sie einer Partei an? → Wenn Ja: Welcher?
- Wie viele Einwohner hat Ihre Gemeinde?
- Zu welchem Regierungsbezirk gehört die Gemeinde, in der Sie Bürgermeister/in sind?
- Wohnen Sie in Ihrer Gemeinde?
- Haben Sie neben Ihrem Amt als Bürgermeister noch andere berufliche oder ehrenamtliche Verpflichtungen (wie z. B. Kreistagsmandat, Verbandsvorsitz)?

2. Amtsbezogene Fragen:

- Was hat Sie motiviert Bürgermeister zu werden und was motiviert Sie heute?
- Wann beginnt morgens normalerweise Ihr Arbeitstag und wann endet er abends?
- Wie viele Tage die Woche arbeiten Sie normalerweise?
- Alternativ: Wie oft haben Sie ein freies Wochenende bzw. einen freien Tag(am Wochenende)?
- An wie vielen Gemeinderatssitzungen nehmen Sie durchschnittlich (pro Woche/Monat) teil? Wann finden diese statt und wie lange dauern sie?
- Man weiß, dass BM viele Repräsentationspflichten haben. Wie viel Zeit verwenden Sie durchschnittlich pro Woche für solche?
- Wäre es möglich, dass Sie einige Repräsentationspflichten nicht selbst wahrnehmen, sondern an einen Stellvertreter delegieren? → Wenn Nein: Warum nicht?
- Haben Sie schon einmal Seminare über Zeitmanagement, Umgang mit Kritik, der Analyse ihres Bildes in der Gemeinde oder zu ähnlichen Themen besucht? → Wenn Ja,: Waren diese Seminare hilfreich?
- Welche Nachteile sind Ihrer Meinung nach mit dem Beruf des Bürgermeisters verbunden?

3. Freizeit/ Familie:

- Wie ist Ihr Familienstand?
- Wie viele Kinder haben Sie und wie alt sind diese?

- Ist Ihr Ehepartner/Lebenspartner/Ihre Ehepartnerin/Lebenspartnerin berufstätig? (Falls bei Familienstand mit ledig geantwortet wird, fällt diese Frage weg.)
- Empfinden Sie die zeitliche Beanspruchung durch Ihren Beruf als belastend?
- Denken Sie, dass es Ihre Familie belastet, dass Sie durch Ihr Amt als BM ständig in der Öffentlichkeit steht?
- Würden Sie gerne mehr Zeit mit Ihrer Familie verbringen?
- Lässt Ihnen Ihr Beruf auch manchmal Zeit für außerberufliche Sozialkontakte oder Hobbies?
- Können Sie in Ihrer Freizeit abschalten oder müssen Sie als Bürgermeister ständig erreichbar sein? → Falls Letzteres: Wie sehr belastet Sie das?
- Wie viel Zeit haben Sie im Jahr, um in Urlaub zu fahren? → Müssen Sie auch während des Urlaubs ständig erreichbar sein? → Falls Ja: Wie sehr belastet Sie das?
- Denken Sie, dass Sie die für Ihr Amt angemessene Wertschätzung durch die Bürger erfahren?

Anhang 2: Fragebogen für Bürger/innen

Alter	_____
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich

1.	Wie sind Sie mit der Gemeindepolitik zufrieden? (in Schulnoten)	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 2 3 4 5 6 warum? _____
2.	Wie informieren Sie sich über das Geschehen in Ihrer Kommune?	<ul style="list-style-type: none"> • Amtsblatt <input type="checkbox"/> • Gemeinderatsitzung <input type="checkbox"/> • Internet <input type="checkbox"/> • Zeitung <input type="checkbox"/> • Bürgersprechstunde <input type="checkbox"/> • pers. Kontakt <input type="checkbox"/>
3.	Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Bürgermeister?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 2 3 4 5 6 warum? _____
4.	Sind Sie mit der Häufigkeit des Auftretens Ihres Bürgermeisters zufrieden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, warum _____
5.	Würden Sie bei einer Sie betreffenden Veranstaltung (Jubiläum, Geburtstag, Generalversammlungen, etc.) einen Stellvertreter akzeptieren?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, warum _____
6.	Wie viele Wochenstunden, schätzen Sie, arbeitet Ihr Bürgermeister?	_____
7.	Was erwarten Sie von Ihrem Bürgermeister?	_____
8.	Halten Sie das Amt des Bürgermeisters für familienfreundlich?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, warum: _____
9.	Verbesserungsvorschläge	_____